

Migrationen der Kriegs- und Nachkriegszeit in schriftlicher Erinnerung von Zeitzeugen

	Datum	Thema
I	12.10. 2009	Einführung, Vorstellung des Seminarplans
II	19.10. 2009	Formen der Zwangsmigration auf dem polnischen und deutschen Gebiet 1939-1950
III bis XIII	22.10. 2009 bis 25.10.2009	Tagung in der Europäischen Akademie Külz-Kulice / Polen zum Thema: „Dreigenerationengespräch über Krieg, Vertreibung, Integration und Versöhnung“
XIV	02.11.2009	
XV	23.11.2009	

19.10. 2009

Pflichttext:

- Ksero* 1. Krauss, Karl-Peter; Beer, Mathias: Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem. zur Geschichte eines europäischen Irrwegs. Stuttgart 2002, S. 5 - 23
- Ksero* 2. Piotr Madajczyk: Formen der Zwangsmigration in Polen 1939-1950. In: Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen – Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeptionen. Hrsg. v. Dieter Bingen (u.a.). Wiesbaden 2003, S. 110-123

Empfehlung:

Ksero Piskorski, Jan M.: Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte. Eine Streitschrift. Osnabrück 2007, S. 13-34

Ksero Lemberg, Hans: Ethnische Säuberung. Ein Mittel zur Lösung von Nationalitätenproblemen? In: Aus Politik und Zeitgeschichte/42. 1992, S.27-38

V Halicka, Beata: „Mein Haus an der Oder“ – Erinnerungen von Neusiedlern der Oderregion im Zwiespalt zwischen Wirklichkeit und Propaganda. In: Karl Schlögel, Beata Halicka (Hg.): Oder-Odra. Blicke auf einen europäischen Strom. Peter Lang Verlag, Frankfurt (Main) 2007, S. 265-286

Auf Polnisch:

Hryciuk, Grzegorz u.a.: Wysziedlenia, wypędzenia i ucieczki. 1939-1959. Atlas ziem Polski, Warszawa 2008

22.10.2009

Am Donnerstag Abend um 20 Uhr machen wir ein Seminar in der Europäischen Akademie in Kulice, dazu bitte folgenden Text lesen:

Pflichttext:

V Welzer, Harald: Der Krieg der Erinnerung. Holocaust, Kollaboration und Widerstand im europäischen Gedächtnis. Frankfurt (Main) 2007, S.7-40

Empfehlung:

Welzer, Harald/ Moller Sabine/ Tschuggall, Karoline: „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt (Main) 2002

„Ethnische Säuberung“: Ein Mittel zur Lösung von Nationalitätenproblemen?

I. Einführung: „Ethnische Säuberung“ heute

Eine der erschreckendsten Erscheinungen des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien ist die Vertreibung von Menschen aus ihren Wohnungen, aus ihren Dörfern und Städten, einzig und allein zu dem Zweck, eine „ethnische Säuberung (*etničko čišćenje*)“ zu erreichen. Dieser im Krisengebiet aufgetauchte, international rasch in Gebrauch gekommene Begriff – wenngleich hier mit eindeutig negativen Kennzeichen verbunden – suggeriert etwas scheinbar Positives: Die nationale Mischsiedlung wird als die Ursache von Konfliktsituationen angesehen; diese scheinen durch „Säuberung“ oder „Reinigung“ sozusagen mit der Wurzel, also dauerhaft beseitigt zu werden. Das Ergebnis einer solchen „Säuberung“ wäre eine national homogene Bevölkerung eines Stadtviertels, eines Ortes, einer Region, ja im Idealfall ganzer Staaten.

Diese Aktionen werden – nicht nur von der serbischen Seite – mit der erklärten oder unerklärten Nebenabsicht verbunden, vollendete Tatsachen zu schaffen und dann, auf dem Umweg über das mißbrauchte Selbstbestimmungsprinzip, das jeweils eigene nationale Gebiet bzw. den Nationalstaat zu festigen und möglichst zu vergrößern. Wenn beispielsweise aus einem Gebiet, in dem Muslime, Kroaten und Serben gemischt siedeln – und das ist in Bosnien und der Herzegowina geradezu die Regel¹ –, die Kroaten und Muslime vertrieben werden, dann wird der serbische Anspruch auf das betreffende Gebiet durch das bloße Faktum der (wenn auch gerade erst erzielten) „reinen“ serbischen Besiedlung hergestellt.

Dieses Beispiel ließe sich natürlich auch mit ausgetauschten Bezeichnungen für die anderen Nationalitäten darlegen. Das Nachsehen haben dabei u. a. diejenigen, die über keinen eigenen konnatio-

1 Siehe die Angaben der Volkszählung von 1981 über die nationale Zusammensetzung jugoslawischer Gemeinden in: Ivan Bertić, Geografski Atlas Jugoslavije za nastavno-obrazovne programe (Geographischer Atlas Jugoslawiens für Unterrichts- [und] Bildungsprogramme), Zagreb 1988, S. 120–132.

nalen Staat verfügen, so etwa die Muslime in Bosnien-Herzegowina, das ja kein moslemischer Nationalstaat ist, selbst wenn seit wenigen Jahrzehnten die Muslime – eigentlich eine religiös bestimmte Gruppe – im ehemaligen Jugoslawien als Nationalität anerkannt sind².

Diese „ethnischen Säuberungen“ sind in der Turbulenz des gewalttätigen Geschehens in der genannten Region nicht (oder zumindest noch nicht erkennbar) das unmittelbare Ergebnis von theoretischen Konzepten oder gar vertraglichen Vereinbarungen. Solche hat es gleichwohl schon zahlreich gegeben, ja das Prinzip der „ethnischen Säuberung“ durchzieht wie ein roter Faden die Geschichte des mittleren und östlichen Europa im zwanzigsten Jahrhundert. In der folgenden Skizze soll der Ausformung dieses Gedankens³ und einigen Varianten ihrer Verwirklichung nachgegangen werden⁴.

Die Idee, nationale Minderheitenprobleme in Nationalstaaten dadurch zu beseitigen, daß man die jeweiligen Bevölkerungen – wie schon zu Beginn der zwanziger Jahre formuliert worden ist – „entmischte“, also Minoritätengruppen entweder in das sogenannte Mutterland aussiedelt oder einen Austausch von Siedlungen gegenseitiger Minderheiten zwischen mehreren Ländern veranstaltet⁵, ist wohl zum ersten Mal ausdrücklich von dem Schweizer Anthropologen und Völkerkundler Georges Montandon im Ersten Weltkrieg formuliert worden. Dieser hat 1915 in einer Broschüre aufgrund der Beobachtung, daß die Nationalität in der gegenwärtigen Epoche das leitende Prinzip sei, gefolgert, eine Wiederholung von Kriegen wie dem da-

2 Vgl. Pedro Ramet, Die Muslime Bosniens als Nation, in: Andreas Kappeler/Gerhard Simon/Georg Brunner (Hrsg.), Die Muslime in der Sowjetunion und in Jugoslawien, Köln 1989, S. 107–114.

3 Und zwar im Sinne der Titelformulierung einer jiddischen Broschüre von Mark Venianovich Vishnyak, Dos transferirn bafelkerungen vi a mitl tsu farentfern [beantworten] di problem fun minoritetn, New York 1942.

4 Vgl. Joseph B. Schechtman, Postwar Population Transfers in Europe, 1945–1955, Philadelphia 1962, Annex: „Pro and Contra Population Transfer“, S. 389–396.

5 Vgl. eine Vorstudie des Verfassers dazu: Nationale „Entmischung“ und Zwangswanderungen in Mittel- und Osteuropa 1938–1948, in: Westfälische Forschungen, 39 (1989), S. 383–392; eine Monographie zum Thema ist in Vorbereitung.

gegenwärtigen müsse und könne durch folgende Ausgestaltung des Staatensystems verhindert werden⁶: „Nach der Festlegung einer (wenn möglich) natürlichen Grenze durch die *massive Verpflanzung*⁷ von Nichtangehörigen der Nation oder von solchen, die dafür erklärt werden, in Gebiete jenseits der Grenze, ferner durch das Verbot des Eigentumsrechts oder selbst des Aufenthaltsrechtes für Ausländer in den Grenzprovinzen.“⁸ Montandon verband dies mit recht konkreten Vorstellungen, wie die Staaten in Europa in ihren neuen Grenzen durch die von ihm so genannte *transplantation massive national* zu „reinigen“, sozusagen zu homogenisieren seien.

II. Die Vereinbarungen von Lausanne 1923 – ein Muster für Bevölkerungsaustausch?

Im konfessionellen Zeitalter der frühen Neuzeit war es die herrschende Leitideologie der Religion oder Konfession, die zur Umsiedlung und Vertreibung von Andersgläubigen führen konnte, z. B. von Juden oder Protestanten; im nationalen Zeitalter, also seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, übernahm diese Rolle das Nationalitätsprinzip.

So wurden in der Ära der Balkankriege unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg im Südostwinkel Europas zwischen Bulgarien, Griechenland und der Türkei freiwillige gegenseitige Umsiedlungen von ganzen Dörfern jeweils zweiseitig vereinbart; die Austauschbevölkerungen definierte man teils noch religiös (Muslime, Orthodoxe), teils schon national (Bulgaren, Griechen, Türken). Dieser Bevölkerungsaustausch im Grenzbereich der Staaten wurde jedoch durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges beendet.

Eine neue Qualität gewann die Idee des Bevölkerungsaustausches im Vertrag von Lausanne zwischen Griechenland und der Türkei vom 30. Januar 1923, in dem zum ersten Mal in der Geschichte ein Zwangsaustausch der gegenseitigen nationalen Minderheiten vertraglich vereinbart worden ist: Möglichst alle Griechen sollten die Türkei, alle Türken Griechenland verlassen⁹.

6 Vgl. Georges Montandon, *Frontières nationales: Détermination objective de la condition primordiale nécessaire à l'obtention d'une paix durable*, Lausanne 1915.

7 Im Original hervorgehoben.

8 Ebd., S. 9.

9 Vgl. Stephen P. Ladas, *The Exchange of Minorities. Bulgaria, Greece and Turkey*, New York 1932.

Diese Vereinbarung ist das Ergebnis einer höchst chaotischen Situation gewesen: Der Vertrag von Sèvres zwischen der Türkei und den Alliierten war der erste und für die Zwischenkriegszeit einzige des Pakets der Pariser Vorortverträge, der wenige Monate nach Abschluß schon durch einen neuen (griechisch-türkischen) Krieg obsolet wurde. Dabei kam es zu einer gewaltsamen und wilden Vertreibung von Hunderttausenden von Griechen vor allem aus Kleinasien und Thrazien, also aus dem türkischen Nationalstaat, in den das Kerngebiet des zerfallenen übernationalen Osmanischen Reiches gerade sich zu verwandeln im Begriff war. Die vom britischen Außenminister geleiteten Verhandlungen in den Wintermonaten 1922/23 in Lausanne waren gekennzeichnet durch einen außerordentlichen Zeitdruck wegen des wachsenden Vertreibungselends.

Die Vertreter Griechenlands und der Türkei wurden von den Vertretern des Völkerbundes, vor allem vom Vorsitzenden der Konferenz, dem britischen Außenminister Lord Curzon, mit erheblicher Mühe zum Abschluß des Vertrags bewegt. Ihm lag ein Exposé des Flüchtlingskommissars des Völkerbundes, Fridtjof Nansen, zugrunde, in dem sich die klassisch gewordene Formulierung findet: „*that to unmix the populations of the Near East will tend to secure the true pacification of the Near East... an exchange of populations is the quickest and most efficacious way of dealing with the grave economic results which must result from the great movement of populations which has already occurred*“¹⁰.

Zum ersten Mal begegnen wir hier der Erkenntnis, daß nur eine Zwangsumsiedlung in kurzer Zeit zum erhofften Erfolg der Befriedung einer Region führen könne – Curzon fürchtete, daß ein freiwilliger Austausch Monate dauern und zu weiteren Konflikten und Härten führen könnte. Noch während der Verhandlungen kam es unter den Umgesiedelten zu großer Unruhe, als sie davon erfuhren, sie würden nicht mehr zurückkehren können. Daraufhin versuchten die Konferenzteilnehmer, die Verantwortung für die Idee der Zwangsumsiedlung jeweils von sich abzuschieben¹¹, wie später auch Fridtjof Nansen¹². Lord Curzon drückte in dieser Situation sein Bedauern mit den bekannten Worten aus: Ein Zwangsaustausch von Bevölkerungen sei „*a thoroughly bad and vicious solution, for which the world pay a heavy penalty for a hundred years to come*“¹³.

10 Ebd., S. 338.

11 Vgl. ebd., S. 339ff.

12 Vgl. Public Record Office, London, Politische Korrespondenz des Foreign Office (künftig abgekürzt als „FO“): FO 371/9092 – E 1131/4/44: Report Nansens vom 5. Februar 1923.

13 Zit. bei S. P. Ladas (Anm. 9), S. 341.

Der Vertrag von Lausanne hat jedoch die Türkei und Griechenland tatsächlich einer nationalen Homogenität erheblich nähergebracht: In Griechisch-Mazedonien war beispielsweise der Anteil der Griechen von 42,6 Prozent im Jahre 1912 auf 88,8 Prozent im Jahre 1926 gestiegen¹⁴. Es hat jedoch Jahre gedauert, bis die Flüchtlinge auf beiden Seiten integriert waren; die Aktion hat verheerende finanzielle Folgen gehabt; die dauerhafte Verbesserung der griechisch-türkischen staatlichen Beziehungen ist nicht im erhofften Maße eingetreten. Dennoch galt in der Folgezeit dieser Bevölkerungsaustausch in der europäischen öffentlichen Meinung als Erfolg.

III. Lösungsmöglichkeiten für Minderheitenprobleme in den zwanziger Jahren

Die Aktion des umfassenden griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausches hat sich den europäischen Politikern nachhaltig – sozusagen als mögliches Verhaltensmuster – eingeprägt. Lausanne war gleichzeitig ein später und – so mochte es scheinen – letzter Akt der europäischen Friedensregelung, die 1918/19 begonnen hatte. Die zwanziger Jahre waren von einer deutlichen Konsolidierung geprägt, für die das Vertragswerk von Locarno als einprägsames Signal gelten kann.

Weitere Grenzverschiebungen und damit eventuell ein nationaler Bevölkerungsaustausch schienen nicht mehr notwendig zu sein. Für die verbreiteten Minderheitenprobleme im mittleren und östlichen Europa hatte der Völkerbund den ausgeklügelten Mechanismus des Minderheitenschutzes entwickelt, der recht und schlecht funktionierte¹⁵; die Unzufriedenheit der Betroffenen beschränkte sich auf verbale Bekundungen und steigerte sich kaum irgendwo zu Ausschreitungen oder zu internationalen Konflikten¹⁶.

¹⁴ Vgl. ebd., S. 700.

¹⁵ Aus der umfangreichen Literatur zum Minderheitenschutz vgl. Erwin Viehhaus, Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919, Würzburg 1960; Bastiaan Schot, Nation oder Staat? Deutschland und der Minderheitenschutz. Zur Völkerbundspolitik der Stresemann-Ära (= Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, 4), Marburg 1988.

¹⁶ Diese Haltung kann man als „quietistisch“ bezeichnen; vgl. Rudolf Jaworski, Vorposten oder Minderheit? Der Sudetendeutsche Volkstumskampf in den Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und der CSR, Stuttgart 1977, S. 182.

1929 hat in England John S. Stephens auf drei Möglichkeiten hingewiesen, wie man mit dem Minderheitenproblem umgehen könne¹⁷: Als Methode der Wahl erschien ihm der Schutz von Minderheiten optimal. Dieser konnte unterschiedliche Formen annehmen und – so lautete die Forderung der gleichzeitigen Minderheitenkongresse – bis zu Autonomielösungen reichen. Stephens stand sichtlich unter dem Eindruck der scharfen Auseinandersetzungen um das komplizierte System des Minderheitenschutzes. Aus der Distanz von mehr als einem halben Jahrhundert seit dem vielgeschmähten „Scheitern“ des Minderheitenschutzsystems im Völkerbund und angesichts der Erfahrungen mit den Alternativen dazu wird man jedoch dieses System so charakterisieren können, wie Winston Churchill die Demokratie definiert haben soll¹⁸: als durch und durch mangelhaftes, aber immer noch das beste der vorhandenen Systeme.

Entgegengesetzt zu dieser die Minderheiten im Prinzip bewahrenden Strategie hatte einige Zeit vorher, im Dezember 1925, kurz nach der Konferenz von Locarno, der Berichterstatter über Minderheitenfragen im Völkerbund, der brasilianische Diplomat Mello-Franco, die aufsehenerregende These vorgetragen, der Minderheitenschutz diene dazu, „nach und nach die notwendigen Bedingungen vorzubereiten, um die *complete unité nationale* zu schaffen“¹⁹. Das wurde (wegen der Mehrdeutigkeit des Wortes *nation* in den europäischen Sprachen) als Forderung nach Assimilation der Minderheiten verstanden; was Mello-Franco meinte, war freilich eher Identifikation der Minderheiten mit dem Staat, in dem sie lebten, „*to become loyal citizens of the state*“. Gleichwohl: Assimilation im Sinne einer Angleichung auch der kulturell-sprachlichen Identität der Minderheiten an die herrschende Staatsnation spukte in manchen Köpfen als die zweite Möglichkeit, mit dem Minderheitenproblem umzugehen.

Stephens knüpfte an diese zweite Perspektive eine dritte an: „*to exchange populations*“. Er bezeichnete diese Möglichkeit allerdings als „*a remedy so drastic when attempted in the Near East that one shudders at the thought of its application to European peoples so much more firmly rooted*“²⁰. Der Entmischungsgedanke war also in den zwanziger

¹⁷ Vgl. John S. Stephens, *Danger Zones of Europe. A study of National Minorities* (= Merritts Lecture on War and Peace, 3), London 1929.

¹⁸ „Democracy is the worst form of government except all those other forms that have been tried from time to time.“ Rede im Unterhaus am 11. 11. 1947, zit. in: J. M. and M. J. Cohen, *The Penguin History of modern Quotations*, London 1980², S. 74.

¹⁹ Zit. in: B. Schot (Anm. 15), S. 16

²⁰ J. S. Stephens (Anm. 17), S. 31f.

Jahren noch nicht tot; es gab jedoch erhebliche Zweifel, ob sich die quasi orientalische Lösung des griechisch-türkischen Transfers auf Mitteleuropa werde übertragen lassen.

IV. Grenzveränderungen und Bevölkerungsaustausch am Vorabend des Zweiten Weltkriegs

Eine vierte Alternative, die John S. Stephens allerdings nicht erwähnte und die ihm und vielen Zeitgenossen in der Ära einer scheinbaren Stabilität vielleicht als nicht mehr realistisch erschien, war die Änderung der Staatsgrenzen. Zehn Jahre später war diese Option an der Tagesordnung der mitteleuropäischen Politik. Hitler hatte nach seiner Machtübernahme begonnen, das Versailler Staatensystem zu zerstören und damit vor allem die Grenzen in Mitteleuropa zu korrigieren.

Die erste größere dieser Korrekturen war der Anschluß Österreichs im März 1938. Das Deutsche Reich erhielt nun gemeinsame Grenzen u. a. mit Italien. Jenseits des Brenners aber hatte die faschistische Regierung bisher in geradezu klassischer Weise die deutschsprachigen Südtiroler einem scharfen assimilatorischen Druck unterworfen. Dieses potentielle Hindernis der Achsenfreundschaft zwischen Rom und Berlin sollte nun beseitigt werden. Der Slogan „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“ konnte aber hier nicht nach dem Muster des Abkommens von München angewandt werden, wo im Herbst 1938 unter Assistenz Mussolinis und der Westmächte ein Minderheitenproblem durch Lostrennung von erheblichen Teilen der Tschechoslowakei und deren Anschluß an das Deutsche Reich „gelöst“ wurde²¹.

So ist statt dessen in Südtirol zum ersten Mal nach Lausanne – also nach einer Pause von 15 Jahren – wieder das Modell des durch internationale Abmachungen in Gang gesetzten Bevölkerungstransfers verwirklicht worden; diese Aktion sollte eine Lawine von Umsiedlungen einleiten, die dann in den vierziger Jahren Millionen von Menschen erfaßte.

Die Verantwortung für diese Umsiedlung ist oft allein der faschistischen Regierung Italiens zugeschoben worden²². Schon seit 1923 und unter deut-

21 Auch im Münchener Abkommen sind freilich Regelungen für einen „Austausch der Bevölkerungen“ vereinbart worden. Vgl. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1915–1938 (ADAP), Serie D, Band 2, Baden-Baden 1950, Dokument Nr. 675.

22 Zur Kritik an dieser Meinung vgl. Leopold Steurer, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919–1939, Wien – München –

licher Inspiration durch das Ergebnis von Lausanne waren jedoch im deutschen Auswärtigen Amt Pläne ventilert worden, das Südtirol-Problem durch Umsiedlung zu lösen. Solche Vorstöße wurden damals aber nicht weiter verfolgt. Auch Adolf Hitler hatte schon 1932 darüber nachgedacht, daß „aus staatspolitischen Gründen“ die Südtiroler entweder italianisiert oder ausgesiedelt werden müßten. Seit dem Herbst 1937 und vor allem nach dem Anschluß Österreichs wurden dann zwischen Berlin und Rom Umsiedlungspläne erörtert und 1939 – nach dem Münchener Abkommen – wieder aufgenommen.

Die Verhandlungen – auf deutscher Seite von der SS geführt – zogen sich von Mitte 1939 bis in die ersten Wochen des Zweiten Weltkrieges hin und kamen erst im Oktober 1939 einigermaßen zum Abschluß²³. Die beginnende Umsiedlung stand im Kreuzfeuer eines ideologisch-propagandistischen Kampfes zwischen „Option“ für das Deutsche Reich oder „Dableiben“ in der Heimat; die interessierten Gruppen versuchten die Südtiroler auf die eine oder andere Seite zu ziehen, aber die zunächst vorgesehene Gesamtumsiedlung wurde im Laufe der Zeit immer mehr in den Hintergrund gedrängt.

Die Umsiedlung der Südtiroler hat, so wenig eigentlich Dauerhaftes herausgekommen ist (nach dem Krieg kehrten die Südtiroler meist in ihre Heimat zurück), doch eine Signalfunktion als eine Art von Prototyp einer solchen Umsiedlung in Mitteleuropa gehabt. Die Lösung eines nationalen Minderheitenproblems durch Bevölkerungsaustausch war durch das Experiment Südtirol abermals in Erinnerung gerufen worden, und es scheint, als hätten fortan europäische Politiker sich dieses Modells immer wieder in Krisensituationen entsonnen. Der größte mögliche Krisenfall, der drohende Kriegsausbruch zwischen Deutschland und Polen, zeigt das in seinem Vorfeld recht deutlich.

Schon am 18. August 1939 hatte der britische Konsul aus Kattowitz eine Anfrage des Foreign Office, „whether he thought that there was any possibility of a solution by exchange of population“, unter Hinweis auf die gemischte Siedlungsstruktur in Oberschlesien verneint²⁴. Als sich die Situation einige Tage später weiter zuspitzte, versuchte der britische Botschafter in Berlin, Henderson, die Idee des Bevölkerungsaustausches dem dortigen polni-

Zürich 1980; vgl. ferner Option – Heimat – Opzioni. Eine Geschichte Südtirols. Una storia dell' Alto Adige. Katalog zur Ausstellung des Tiroler Geschichtsvereins, Bozen 1989.

23 Insgesamt gab es zwischen Sommer 1939 und 1942 über 20 deutsch-italienische Verträge über die Umsiedlung der Südtiroler.

24 FO 371/23026 – C11649/54/18.

nis von Lau-
Auswärtigen
Südtirol-Pro-
che Vorstöße
erfolgt. Auch
über nachge-
bränden“ die
r ausgesiedelt
1937 und vor
eichs wurden
iedlungspläne
ener Abkom-

Seite von der
939 bis in die
ieges hin und
ermaßen zum
lung stand im
igandistischen
das Deutsche
nat; die inter-
Südtiroler auf
, aber die zu-
ng wurde im
nter und ge-

at, so wenig
men ist (nach
st in ihre He-
n als eine Art
ung in Mittel-
tionalen Min-
ingsaustausch
l abermals in
s scheint, als
ch dieses Mo-
onen entson-
der drohende
id und Polen,
tlich.

ritische Kon-
oreign Office,
possibility of
“, unter Hin-
ktu Ober-
nation einige
hte der briti-
son, die Ide-
ortigen polni-

- Option. Eine
Adige. Katalog
s, Bozen 1989.
9 und 1942 über
Umsiedlung der

schen Botschafter nahebringen: Er möge dem deutschen Außenminister vorschlagen „as the sole method of terminating minority disputes an exchange of populations on the same but much easier lines as in South Tyrol“²⁵. Henderson drängte jedoch an diesem Tag vergeblich. Am 27. August schließlich, nur fünf Tage vor Kriegsausbruch, berichtete Henderson, er habe, als „Herr Hitler“ von seiner Entschlossenheit gesprochen habe, die „mazedonischen Zustände an seiner (d.h. der deutschen Ost-)Grenze“ zu beseitigen, sofort zugestimmt, „that the nationality idea being so strong today, the exchange of populations was a very useful solution“²⁶. Ein solcher Austausch ist jedoch, wie bekannt, vor dem nicht mehr zu verhindernden Kriegsausbruch nicht mehr zustande gekommen.

V. Krieg und Umsiedlungen im Herrschaftsbereich Hitlers

Die Zwangsvorstellung, daß die Nationalstaatsgrenzen mit den ethnographischen in Übereinstimmung gebracht werden müßten, war offensichtlich auch im Zweiten Weltkrieg bei beiden gegnerischen Seiten verbreitet. So hielt Hitler einen Monat nach Kriegsbeginn, am 6. Oktober, nach dem „Blitz“feldzug in Polen und nach dessen neuerlicher Teilung, eine Rede im Deutschen Reichstag, die streckenweise ganz dem geschilderten Denkmodell folgte: Die neue Reichsgrenze müsse „den historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten gerecht“ werden. Die „wichtigste Aufgabe aber“ sei es, „eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“ herzustellen, „das heißt eine Umsiedlung der Nationalitäten so, daß sich am Abschluß der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist“. „Der ganze Osten und Südosten Europas“, so fuhr Hitler fort, sei „zum Teil mit nicht-haltbaren Splittern des deutschen Volkstums gefüllt. Gerade in ihnen liegt ein Grund und eine Ursache fortgesetzter zwischenstaatlicher Störungen... Es gehört daher zu den Aufgaben einer weitschauenden Ordnung des europäischen Lebens, hier Umsiedlungen vorzunehmen, um auf diese Weise wenigstens einen Teil der europäischen Konfliktstoffe zu beseitigen.“ Soweit paßt dieser Text genau in das auch in der englischen Politik verbreitete Argumentationsmuster. In der Begründung, die Hitler gab, fanden sich freilich

25 FO 371/3207 - C12058/54/18.

26 Ebd. Vgl. ADAP, Serie D, Bd. 7, Baden-Baden 1956, Nr. 265, S. 234.

alsbald die bekannten Motive des Rassegedankens, der Höherwertigkeit des deutschen Volkes, der „Ordnung und Regelung des jüdischen Problems“ und des „Lebensraums im Osten“ wieder²⁷.

Diese Rede Hitlers bildete das propagandistische Vorspiel zu einer neuen Lawine von Umsiedlungen deutscher Bevölkerungsgruppen aus osteuropäischen Nachbarstaaten unter der Devise „Heim ins Reich“. In den folgenden Monaten wurden mit diesem Ziel mit den osteuropäischen Nachbarstaaten 15 Umsiedlungsverträge abgeschlossen, die sämtlich die sogenannte „Heimführung“ deutscher Bevölkerungsgruppen betrafen²⁸.

Als die Umsiedlung der Südtiroler sich in der ersten Planungsphase befand - der Krieg war damals noch nicht vom Zaun gebrochen -, hatte der SS-Führung ein Zwei-Phasen-Modell vorgeschwebt: Zunächst sollten die Umsiedler vorläufig im Reich untergebracht werden, und wenn dann neue Gebiete im Osten zur Verfügung stünden, sollten die Südtiroler dort angesiedelt werden. Die Deutschbalten, die wenige Wochen später aufgrund von Verträgen zwischen dem Reich und den baltischen Staaten umgesiedelt wurden, wurden bereits - statt ins Reich, wie sie bei der Abreise aus dem Baltikum meinten - ohne Umweg in die neuerobernten Ostgebiete geleitet²⁹.

Jetzt wurde erstmalig eine neue Verschärfung des Umsiedlungsmodells praktiziert: Um Platz für die Umsiedler aus dem Baltikum zu schaffen, wurden in überstürzten und exzessiv inhumanen Aktionen Polen massenweise aus dem Warthegau ins Generalgouvernement vertrieben bzw. deportiert. Es wurde damals verwirklicht, was Rauschnig in seinen weitgehend fiktiven Gesprächen mit Hitler als die „Technik der Entvölkerung“ bezeichnet hat³⁰.

27 Der großdeutsche Freiheitskampf. Reden Adolf Hitlers vom 1. September 1939 bis 10. März 1940, München 1942, S. 67-100, hier S. 82f.

28 Vgl. Hellmuth Hecker, Die Umsiedlungsverträge des Deutschen Reiches während des Zweiten Weltkrieges (= Werkhefte der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg, 17), Hamburg 1971.

29 Vgl. Dietrich A. Loeber (Hrsg.), Diktierter Option. Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939-1941. Dokumentation, Neumünster 1972; Jürgen von Hehn, Die Umsiedlung der baltischen Deutschen - das letzte Kapitel baltisch-deutscher Geschichte (= Marburger Ostforschungen, 40), Marburg 1982.

30 Vgl. Hans Lemberg, Flucht und Vertreibung in der Zeit des Zweiten Weltkriegs, in: Geflohen und vertrieben. Augenzeugen berichten. Nach der Fernseh-Dokumentation „Flucht und Vertreibung“ von Eva Berthold und Jost v. Murr, hrsg. von Rolf Mühlfenzl, Königstein/Ts. 1981, S. 126-139. Zur NS-Polenpolitik s. das schon klassische Werk: Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 2), Stuttgart 1961.

Diese Umsiedlung wurde dadurch besonders brutalisiert, daß zusätzlich zu dem für die NS-Polykrafie ohnehin charakteristischen Wirrwarr von beteiligten Organisationen – so die Volksdeutsche Mittelstelle, die diversen Parteistellen, die Polizei, die Wehrmacht usw. – neue Organisationen eingerichtet wurden, wie die UWZ (Umwandererzentrale), vor allem aber dadurch, daß die Oberleitung des Umsiedlungswesens der SS Heinrich Himmler unterstellt wurde, der sich einen Tag nach der zitierten Hitlerrede zum „Reichskommissar zur Festigung des deutschen Volkstums“ (RKFDV)³¹ ernennen ließ. Damit bemächtigte sich der ausgedehnte SS-Apparat des Umsiedlungswesens in einer zwar oft widersprüchlichen und unkoordinierten Weise, aber mit der für die SS charakteristischen zynischen Menschenverachtung.

Man kann die An-, Aus- und Umsiedlungsaktionen im deutschen Machtbereich in drei Phasen periodisieren:

- 1939–41: die Phase der Neuordnung, in der planlos und improvisiert gehandelt wurde;
- 1941–43: die Phase der Aktionen nach Planungen;
- 1943–45: die Rückzugsphase, in der bis zum Kriegsende immer neue Umsiedlungen in Gang gesetzt wurden; z.B. noch 1944 die der Schwarzmeerdeutschen, die ins Wartheland transportiert wurden, wo ihre Umsiedlung sich bald in eine Flucht vor der herannahenden Front verwandelte.

In dieser relativ kurzen Zeit hatte das von den deutschen Organen veranstaltete Herumsiedeln – das Wort sei gestattet – im östlichen Europa eine große Variationsbreite, in der es auch wohlorganisierte Rückführungen, ja Hof-zu-Hof-Umsiedlungen zwischen Deutschen und Polen mit vorgesehener Wertausgleich³² gab; häufiger waren freilich die willkürlichen oder von vornherein unmenschlichen Austreibungsaktionen, in denen die planmäßige Deklassierung der Bevölkerungen besetzter Länder, besonders der polnischen, sowie das System der Zwangsarbeit bis hin zum Genozid der „Lösung der Judenfrage“ und der Konzentrationslager reichte³³.

31 Vgl. R. L. Koehl, RKFDV. German Resettlement and Population Policy 1939–1945. A history of the Reich Commission for the Strengthening of Germanism, Cambridge 1957.

32 Für diese Mitteilung danke ich Herrn Alexander Dolezalek, Vlotho.

33 Vgl. dazu u. a. Janusz Sobczak, Hitlerowskie przesiedlenia ludności niemieckiej w dobie II wojny światowej (Die Hitlerschen Umsiedlungen deutscher Bevölkerung während des 2. Weltkriegs), Poznań 1966; Czesław Łuczak (Hrsg.),

Umsiedlungen fanden übrigens nicht nur in Osteuropa statt. Das Bestreben, die durch Eroberung weit gewordenen Grenzen des Großdeutschen Reichs durch die Ausweisung oder Eindeutschung von nichtdeutschen Bevölkerungsgruppen und durch das Nachziehen von Deutschen von anderswoher aufzufüllen, gab es auch im Westen (in ElsaßLothringen)³⁴ oder im Süden (in den von Jugoslawien annektierten Gebieten, wo Slowenen ausgesiedelt wurden)³⁵; ja auch unter den Verbündeten des Deutschen Reichs hat es Bevölkerungsaustausch gegeben: zwischen Bulgarien und Rumänien, zwischen Kroatien und Serbien usw.

In der Phase der Planungen kam es zu grundsätzlichen Zukunftsprojekten wie dem berüchtigten „Generalplan Ost“³⁶, in dem die Neuordnung Osteuropas für die Nachkriegszeit ins Auge gefaßt wurde. Der Tenor dieser Planungen wurde von Karl Hermann Frank 1941 knapp im NS-Jargon so zusammengefaßt: „Umvolkung der rassisch Geeigneten, Aussiedlung von rassisch Unverdaulichen, Sonderbehandlung destruktiver Elemente, Neubesiedlung dadurch freigewordenen Raumes mit frischem deutschem Blut.“³⁷

Es gab aber auch Planungen, die sofort in die Tat umgesetzt wurden. Das groteskteste Beispiel war wohl die Aktion, in der das Gebiet um Zamość in einer Art von Laboratoriumsversuch³⁸ durch Aussiedlung von Polen und Ukrainern sowie Neuansiedlung von Deutschen und anderen, aber auch durch die sogenannte Wiedereindeutschung von längst an die polnische Umgebung assimilierten Familien, die von früheren deutschen Einwanderern abstammten, in einen Teil einer vorgesehene deutschen „Siedlungsbrücke“ verwandelt werden

Wysiedlenia ludności polskiej na tzw. ziemiach wcielonych do rzeszy 1939–1945. Wybor źródeł (Aussiedlung polnischer Bevölkerung in den sogenannten eingegliederten Reichsgebieten 1939–1945. Quellenauswahl), Poznań 1969.

34 Vgl. Alfred Wahl, Les Expulsions en Alsace et en Lorraine (1940–1944), in: Studia Historiae Oeconomicae (Poznań), 8 (1973), S. 107–116; (im selben Heft auch weitere Aufsätze zum Themenbereich).

35 Vgl. Tone Ferenc, Die Massenvertreibung der Bevölkerung Jugoslawiens während des Zweiten Weltkrieges und der mißglückte Plan einer Ansiedlung von Slowenen in Polen, in: ebd., S. 51–76.

36 Vgl. Rolf-Dieter Müller, Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS, Frankfurt 1991, S. 83 ff.

37 Zit. in: Karl Drechsler/Gerhard Hass/Wolfgang Schumann, Zwangsaussiedlung und Germanisierung in den Kriegszielplanungen der faschistischen deutschen Monopolbourgeoisie, in: Studia Historiae Oeconomicae (Poznań), 8 (1973), S. 35–49, hier: S. 41.

38 Vgl. Czesław Madajczyk (Hrsg.), Zamojszczyzna – Sonderlaboratorium SS. Zbiór dokumentów polskich i niemieckich z okresu okupacji hitlerowskiej (Die Region Zamość – Sonderlaboratorium der SS. Sammlung polnischer und deutscher Dokumente aus der Zeit der Hitlerschen Okkupation), 2 Bde., Warszawa 1977.

sollte, die vom Baltikum bis Siebenbürgen reichen sollte. Spätestens jetzt merkte man, daß die Umsiedlung der Deutsch-Balten in dieser Hinsicht ein Fehler gewesen war. Die Zamość-Aktion war wegen des Widerstandes aller Betroffenen für ihre Organisatoren schon gescheitert, bevor die Rote Armee diese Region erreichte.

Die Entmischungsidee hat in der kurzen Ära der NS-Herrschaft über weite Teile Europas einen qualitativen Sprung erfahren: Sie war jetzt gekennzeichnet durch eine bisher unbekannte Mischung aus Zynismus, „wissenschaftlichem“ Herumexperimentieren mit dem Hin- und Herschieben von Menschengruppen und durch gesetzlose Brutalität. So ist durch Hitler die Hemmschwelle hinsichtlich dessen, was man mit Menschen und Menschengruppen meinte tun zu können, gegenüber den Verhältnissen der Zwischenkriegszeit ebenso gesenkt worden, wie das Grenzen-Verschieben durch ihn wieder in Schwung gekommen ist.

VI. Umsiedlungspläne der Alliierten und ihre Verwirklichung

Auch auf der Seite der Alliierten war der Gedanke der Entmischung weiterhin lebendig. Seit dem Einsetzen der Planungen für die Nachkriegszeit, für die die Erzielung von national homogenen Staaten eines der wichtigsten Mittel erschien, Konfliktherde zu beseitigen und eine stabile Friedensordnung aufzurichten, wurden Umsiedlungen von Minderheiten vorgesehen, auch solchen, die erst bei eventuellen Grenzverschiebungen entstehen sollten.

Eine Schlüsselrolle spielte in dieser Entwicklung – die hier nicht im einzelnen verfolgt werden kann – eine Denkschrift, die auf Anforderung des Foreign Office von einer Oxforder Expertengruppe, dem „Foreign Research and Press Service“ (FRPS) im Mai 1942 erarbeitet worden war. Die Fragestellung des Foreign Office lautete: Welche Gesichtspunkte sollen bei der Grenzziehung der beiden nach dem Krieg in Ostmittel- und Südosteuropa zu errichtenden Föderationen (Polen-Tschechoslowakei und Jugoslawien-Rumänien-Bulgarien) beachtet werden? Wenn aufgrund dieser Grenzen ein Bevölkerungsaustausch ratsam erscheine, dann solle ein zweites Papier erstellt werden über „Lessons to be learnt from past exchanges of populations, particularly the Graeco-Turkish exchange and the forced removal of populations undertaken by the Germans in the Baltic States and in territory now occupied by Germany.“³⁹

³⁹ FO 371/30930 – C 2167/241/18.

In der Vorstellung dieser offensichtlich bestens informierten Expertengruppe war in der Tat mit den im östlichen Europa vorgesehenen Grenzänderungen nahezu regelmäßig ein Bevölkerungsaustausch verbunden. In einem Anhang „Transfer of German Population“ wurden die Vorstellungen über eine Abtrennung deutscher Ostgebiete und die zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Integration von Millionen deutscher Umsiedler ausgebreitet.

Großbritannien scheint in Hinsicht auf seine am meisten exponierte Stellung als kriegführende Macht im Zweiten Weltkrieg die wichtigste Rolle in der alliierten Planung für die Nachkriegszeit gespielt zu haben; erst gegen Kriegsende haben die Vereinigten Staaten die Führung auf westlicher Seite übernommen⁴⁰. Die „Erfindung“ des Gedankens der Vertreibung der Deutschen nach dem Krieg ist gerade von deutschen Vertriebenen vor allem zwei Akteuren angelastet worden: Stalin und dem tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Beneš.

Daß in der Stalinschen Sowjetunion Umsiedlungspläne für das besiegte Deutschland entwickelt worden sind, erscheint als durchaus wahrscheinlich, wenn man den Massenterror im Umgang der sowjetischen Führung mit Nationalitäten im eigenen Lande während des Zweiten Weltkriegs und danach in Betracht zieht⁴¹. Das wenige, was von den sowjetischen Planungen für die Nachkriegszeit bisher sichtbar geworden ist – vor allem im Zusammenhang mit den alliierten Kriegs- und Nachkriegskonferenzen –, weist auf die Forcierung von weit über die westalliierten Pläne hinausreichenden Gebietsabtretungen Deutschlands im Osten hin. Damit war auch die Forderung nach einer Aussiedlung der Deutschen vor allem aus den an Polen oder an die Sowjetunion anzuschließenden Gebieten verbunden. Es ist aber sicher verfehlt, die Urheberchaft des Vertreibungsgedankens allein in der sowjetischen und dahinter in der perspektivisch bis ins Mittelalter zurückreichenden russischen „politischen Kultur“ zu suchen, wie das in der Nachkriegszeit gelegentlich auch von ernstzunehmenden deutschen Autoren gesehen wurde⁴².

⁴⁰ Die Entwicklung der Umsiedlungspläne für Nachkriegseuropa in den USA hat vor allem – mit anklägerischer Absicht – dargestellt: Alfred M. de Zayas, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen, München 1978³.

⁴¹ Vgl. dazu Robert Conquest, The Nation Killers. The Soviet Deportation of Nationalities, London 1970. Dieses Thema wird in der neuesten russischen Geschichtsschreibung im Unterschied zur früheren Tabuisierung intensiv behandelt.
⁴² Vgl. z.B. Gotthold Rhode, Zwangsumsiedlungen in Osteuropa vor der Oktoberrevolution, in: Geschichtliche Landeskunde und Universalgeschichte. Festschrift für Hermann Aubin, Hamburg 1950, S. 163–182.

Auch die Spur, die zu Beneš als Urheber des Gedankens einer Aussiedlung der Deutschen nicht nur aus der ČSR führt, ist gewöhnlich mit zu dickem Stift gezeichnet worden. Daß und wie sich in der tschechoslowakischen Exilregierung in London im Verlauf des Zweiten Weltkriegs im Zusammenspiel mit den tschechischen Widerstandskräften im Protektorat der Vertreibungsgedanke nach und nach entwickelt hat, ist seit geraumer Zeit bekannt⁴³. Zunächst entstand der Plan, nach der Aufhebung des Münchener Abkommens das Problem der Minderheiten in der von Lausanne her geläufigen Weise zu regeln: durch Abtretung der fast rein deutsch besiedelten Grenzvorsprünge im Norden der Tschechoslowakei und des Egerlandes an Deutschland und einen darauf folgenden nationalen Bevölkerungsaustausch. Einer solchen Lösung glaubte selbst der Londoner Vertreter der sozialdemokratischen Sudetendeutschen, Wenzel Jaksch, teilweise zustimmen zu können⁴⁴.

Erst im weiteren Verlauf des Krieges ist zu dem Aspekt der nationalen Homogenisierung der nach dem Krieg wiederzuerrichtenden tschechoslowakei der Aspekt der Bestrafung der sudetendeutschen Nazis getreten. Die Endstufe der Planung wurde dann nach dem Krieg auch verwirklicht: Wiederherstellung des tschechoslowakischen Staatsgebietes, Austreibung potentiell aller Deutschen und Ungarn.

Die Umsiedlungspläne für Ostmitteleuropa wurden von der britischen Regierung mit den ostmitteleuropäischen Exilregierungen, den Vereinigten Staaten, dem European Advisory Committee (EAC) und anderen abgestimmt. Als – fast in der Endphase der Planungen – im Dezember 1944 Churchill in einer Unterhausrede bekanntgab, Polen werde nach Kriegsende sich nach Westen ausdehnen und die dortige deutsche Bevölkerung werde „total ausgewiesen“ werden (*total expulsion*), war freilich weder die Ausdehnung dieses Bereichs noch die zeitliche Abfolge der Umsiedlungen bekannt.

43 Vgl. neuerdings dazu Jan Křen/Václav Kural/Detlef Brandes, *Integration oder Ausgrenzung. Deutsche und Tschechen 1890–1945*, Bremen 1986; Tomáš Staněk, *Odsun Němců z Československa (Die Ausweisung der Deutschen aus der Tschechoslowakei) 1945–1947*, Praha 1991 (dort Hinweise auf weitere Literatur).

44 Vgl. Detlef Brandes, *Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939–1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran* (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, 59) München 1988, S. 111. Ein anderer sudetendeutscher Sozialdemokrat hat schon 1939 sich grundsätzlich gegen Umsiedlungen ausgesprochen: Walter Brünner (= Johann Wolfgang Brügel), *Umsiedlung?*, in: *Der Sozialistische Kampf (Paris)* vom 2. 12. 1939.

Unter dem Eindruck der deutschen Besatzungspolitik in Osteuropa kann man in den britischen Akten jener Zeit zwischen 1942 und 1945 gelegentlich recht drastische Vorschläge finden, so etwa den, die auszusiedelnden Ostpreußen und Oberschlesier am besten in Sibirien „verschwinden zu lassen“: „*Such a solution might please the Russians, who in any case will probably be on the spot . . . Moreover the future of these people is much less likely to attract attention and give rise to political agitation if they disappear into Siberia, instead of forming themselves into a compact and indigestible mass in Germany.*“⁴⁵

Den Befürwortern der totalen Deutschaustreibung standen allerdings gewichtige Skeptiker im Regierungsapparat entgegen. Ihr Hauptexponent war wohl der Vorsitzende des „*Interdepartmental Committee on the transfer of German Populations*“, John Troutbeck. Er und einige andere nachdenkliche Deutschlandexperten wie Con O'Neill wiesen auf die Schwierigkeiten und Risiken der Ausführung hin: Je größer die Gebietsabtretungen Deutschlands an Polen, desto größer die Gefahr eines deutschen Revanchismus. Andererseits habe es keinen Zweck, deutsche Restbevölkerungen in den Nachbarstaaten zu belassen, die Aussiedlung müsse vollständig sein⁴⁶.

Je näher deren Verwirklichung rückte und je klarer die tatsächliche Kriegszerstörung bewußt wurde, desto deutlicher stellte sich das Problem, wie die zu erwartenden und bald auch tatsächlich einströmenden Massen der Flüchtlinge und Vertriebenen untergebracht und ernährt werden sollten, von einer möglichen Integration an den neuen Wohnorten ganz zu schweigen.

So wurde seit Ende 1944 immer dringender die von allen Westalliierten, zum Teil sogar von der Sowjetunion, getragene Forderung laut, die Staaten, die deutsche Bevölkerung aussiedelten, dürften dies nicht einseitig und ohne Absprache mit dem European Advisory Council bzw. den aktuellen Besatzungsverwaltungen in Deutschland tun. Die Vorstellung allerdings, der Transfer müsse sich auf mehrere Jahre erstrecken, wurde dann von der Vertreibungs-Realität des Jahres 1945 überholt.

45 Sir Orme Sargent, 28. 10. 1943. FO 371/34460 – C 11913/279/18.

46 Vgl. Lothar Kettenacker, *Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkriegs*, Göttingen 1989, S. 454 ff.

VII. Höhepunkt und Ende der Umsiedlungen nach dem Zweiten Weltkrieg?

Die praktische Durchsetzung des „Transfers“ der Deutschen, vor allem aus Polen und der Tschechoslowakei, ging dann in ihrer Dramatik, in ihrer Massenhaftigkeit und Brutalität weit über die Ausführung des in London oder in Jalta und Potsdam geschriebenen Drehbuchs hinaus. Der „Transfer“ schloß unmittelbar an die panische Fluchtbewegung des Kriegsendes im wesentlichen in zwei Phasen an: der wilden Vertreibung und den nach der Konferenz von Potsdam eingerichteten Güterzug-Transporten, die nach der dort aufgestellten Vereinbarung „*orderly and humane*“ sein sollten. Die Forderung nach „ordnungsmäßiger“ Abwicklung der Transporte ging vor allem auf die Unterbringungsschwierigkeiten in den Aufnahmegebieten Deutschlands zurück. Daß die Transporte weiterhin alles andere als „human“ waren, wurde in zunehmendem Maße in der britischen und amerikanischen Öffentlichkeit kritisiert. 1946 und noch im Winter 1946/47 kam es zu empörten Anfragen im britischen Unterhaus und zum Versuch, die Transporte wenigstens in der Winterzeit zu stoppen – mit nicht allzugroßem Erfolg; die Dampfwalze mußte erst zum Stehen kommen.

Wie wenig die Realität manchmal mit der Vorstellung eines geregelten Bevölkerungs-„Transfers“ übereinstimmte, kann eine Episode zeigen, die in die unmittelbare Nachkriegszeit fällt: Um vollendete Tatsachen zu schaffen und ebenso den Rückstrom von Millionen deutscher Flüchtlinge über die Oder-Neiße-Linie nach Ende der Kampfhandlungen zu verhindern wie auch um interalliierten Abmachungen zuvorzukommen, hatte die polnische Armee schon seit Anfang Juni 1945 eine Militärsiedlung entlang dieser Linie begonnen⁴⁷. Für die an der Rückkehr gehinderten Flüchtlinge ging hier – wie auch anderswo – Flucht in Vertreibung über.

Die gewaltigen Bevölkerungsverschiebungen der vierziger Jahre (allein die Zahl der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen überstieg elf Millionen⁴⁸) sind von einer intensiven Kontroverse in der

47 Vgl. Heinrich Mrowka, Bodenreform und Kollektivierung als Instrumente der Integration nationaler Minderheiten in Polen, in: Hans Lemberg u. a. (Hrsg.), Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg (= Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, 7), Marburg 1991, S. 244ff., Karte S. 252f.

48 Vgl. Eugen Lemberg/Friedrich Edding (Hrsg.), Die Vertriebenen in Westdeutschland, 3 Bde., Kiel 1959; Theodor Schieder (Hrsg.), Dokumentation der Vertreibung der

Publizistik begleitet worden. Darin finden sich unterschiedene Befürworter; so der wohlinformierte Bernard Newman, der schon 1943 – aufbauend auf seinem früheren Buch „*Danger spots in Europe*“ – recht vehement die Idee des Bevölkerungsaustausches vertrat. Der Hauptbeweggrund: „*The inconvenience of the few cannot be allowed to prejudice the safety of the many.*“ Die Härten müßten eben in Kauf genommen werden für den wichtigen Zweck der Befriedung⁴⁹. Ex-US-Präsident Herbert Hoover befürwortete den Bevölkerungstransfer als „heroisches Heilmittel“; „die Härte des Wegbewegens“ sei zwar groß, aber sie sei „geringer als das dauernde Leid der Minderheiten und die dauernde Wiederkehr von Kriegen“⁵⁰.

Ähnlich äußerte sich der frühere liberale US-Vize-Staatssekretär Sumner Welles, der Minoritäten als „ewige Bedrohung freundlicher Beziehungen zwischen den Völkern“ ansah: „Ist es nicht besser, in Hinsicht auf die entsetzliche Tragödie in Europa, der wir jetzt gegenüberstehen, mit all dem Kummer (*heartaches*) in dieser Generation fertigzuwerden, wenn er eine unmittelbare Folge der Planung einer friedlichen und glücklicheren Welt ist, und auf diese Weise neuen Kummer in den künftigen Generationen zu vermeiden?“⁵¹

Es gab auch zahlreiche Kritiker der Bevölkerungstransfers, und es hatte sie schon in den Planungsorganen der Kriegszeit gegeben. So wies Eugene Kulischer, ein Experte für Migrationsgeschichte, in einem längeren Artikel 1946 darauf hin, Massenumsiedlungen könnten in ihrem negativen Charakter nicht rational verklärt werden. Überhaupt: „*No artificial ethnic segregation can be durable*“; kein Staat lasse sich rein, d. h. homogen erhalten⁵².

Gelegentlich kam es sogar zu unmittelbarer Konfrontation zwischen Befürwortern und Gegnern des nationalen Bevölkerungsaustausches, so in einer denkwürdigen Diskussion im Londoner Oberhaus im März 1944⁵³.

Daß die vom Bevölkerungsaustausch selbst Betroffenen oder diejenigen, denen ein solcher bevorstand, ihn auch dort, wo er freiwillig war, ablehnten, ja fürchteten, liegt auf der Hand. Es sei nur

Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, 5 Bde. und 3 Beihefte, Bonn 1956ff.; Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, hrsg. von Wolfgang Benz, Frankfurt 1985.

49 Bernard Newman, *The New Europe*, London 1943; ders., *Danger spots of Europe*, London 1938, new ed. 1939. Einige der Informationen und Vorschläge Newmans stimmen übrigens erstaunlich mit denen des FRPS von 1942 überein.

50 Zit. bei J. B. Schechtman (Anm. 4), S. 390.

51 Zit. ebenda.

52 Eugene Michel Kulischer, *Population Transfer*, in: *South Atlantic Quarterly*, 45 (1946) 4, S. 403–414.

53 Vgl. J. B. Schechtman (Anm. 4), S. 394f.

erinnert an die heftigen Proteste der griechischen Flüchtlinge; zu erinnern wäre ferner an den enormen Propagandaaufwand und den psychologischen Druck durch Drohungen und Verlockungen, die notwendig waren, um die Südtiroler oder die Deutschbalten in Bewegung zu setzen. Es gibt eindrucksvolle Berichte darüber, wie sich allein gegen die Aussicht, umgesiedelt zu werden, die Deutschen in Südosteuropa 1939/40 heftig gewehrt haben⁵⁴.

Als Beleg dafür, daß die Idee des „unmixing of peoples“ trotz aller negativen Erfahrungen auch nach den Erfahrungen von 1945/46 in der britischen Diplomatie weiterlebte, seien zwei Beispiele erwähnt:

Die Aufregung über die im Spätsommer 1949 aufgekommene Nachricht über die Verschleppung von mehr als hunderttausend „griechischen“ Kindern nach Jugoslawien in der Zeit des griechischen Bürgerkriegs⁵⁵. Eine Analyse des Foreign Office ergab, daß es sich wahrscheinlich um „slawischsprechende“ Mazedonier handelte. Der Lösungsvorschlag des Foreign Office: Ein Bevölkerungszwangs-austausch zwischen Griechenland und Jugoslawien. Hier winkte die Britische Botschaft in Athen ab: Die Sache sei viel zu kompliziert und schon der Austausch vor drei Jahrzehnten ein Fehlschlag gewesen.

Ein anderes, vielleicht weniger am Rand gelegenes Beispiel: Im April 1948, als ein Teil Istriens in der Gegend von Triest unter einer gemeinsamen britisch-amerikanischen Militärverwaltung stand, kam es im Vorfeld von Verhandlungen um das Schicksal Triests zu einem internen Schriftwechsel über eine mögliche Minderheitenvertretung der Slowenen. In den Stellungnahmen der britischen Diplomaten wurde mehrfach warnend auf die Erfahrungen mit „the Sudeten Germans“ von 1938 hingewiesen, „it would be disastrous to encourage unassimilated minorities“. Fast reflektorisch tauchte auch hier wieder der Gedanke auf: Wenn es zu einer Teilung des Triester Gebiets käme, sollte man sprechen „about the possibilities of an exchange of populations between Yugoslavia and Italy“. Nur zwei Diplomaten äußerten in diesem umfangreichen, sich über Monate hinziehenden Schriftwechsel gewisse Bedenken gegen einen Bevölkerungsaustausch⁵⁶.

54 Vgl. FO 371/25035 - R 505/505/92; FO 371/24429 - C 4668/1967/21.

55 Die Zahl 140 000 wurde genannt; eine Kinderpetition enthielt 5748 Unterschriften. Vgl. Telegramm der Belgrader Botschaft vom 19. 8. 1949; FO 371/78363 - R 8020/10111/19; der ganze File 10111, paper Nr. 6647 bis Ende geht um diese Kinderangelegenheit. Der Brief der Athener Botschaft vom 22. 9. 1949 (Sir C. Norton) reagiert auf das Belgrader Telegramm: Confidential 245/49/49.

56 Vgl. FO 371/72493 - R 7051/44/70.

VIII. Wiederaufnahme der ethnischen Säuberungen in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts?

Nach dem Abflauen der Vertreibungswelle in Mitteleuropa bis zum Ende der vierziger Jahre schien es, als sei der Höhepunkt des nationalstaatlichen Zeitalters endlich überschritten und als käme die in seinem Zeichen ausgelöste große Welle der Zwangswanderungen zur Ruhe⁵⁷. Europa schien sich auf größere, übernationale Einheiten zuzubewegen - und sei es auch nur im Rahmen der auf Dauer angelegten großen Machtblöcke des Ostens und des Westens. Sozio-ökonomisch orientierte Ideologien und Modernisierungsstrategien der einen oder anderen Art schoben sich vor den Gedanken des reinen Nationalstaats.

Nur an der Peripherie der europäischen Staatenwelt gab es noch Überreste des alten nationalen Haders: in Irland, in Mazedonien, in Südtirol, im Nahen Osten, allenfalls in den Entwicklungsländern der Dritten Welt, wohin sich der Nationalismus als angeblich „gesunkenes Kulturgut“ verzogen hatte, wo im Zeichen der Entkolonialisierung neue Nationalstaaten entstanden und verschiedene Begleiterscheinungen dieses Vorgangs, auch Umsiedlungen von Angehörigen „fremder“ Nationalitäten oder Stämme auftraten. Vor allem wäre hier auf den Millionen von Menschen erfassenden, gewaltigen „population exchange“ zwischen Indien und dem nach der Teilung Indiens im Jahre 1947 neuentstandenen Staat Pakistan zu verweisen; ein Bevölkerungsaustausch, der in seiner Dramatik und in der gleichzeitigen Gegenseitigkeit die Vorgänge in Europa wohl noch überstiegen hat⁵⁸.

Entsprechend hat es nach dem langsamen Aufhören der Deutschen-Aussiedlungen aus Ostmitteleuropa und anderer zwischenstaatlich vereinbarter Bevölkerungstransfers (so etwa auf der Grundlage der sogenannten Repatriierungsverträge zwischen Polen und den westlichen Unionsrepubliken der UdSSR sowie der Bevölkerungsaustausch zwischen Ungarn und der CSR und andere in Südosteuropa) jahrzehntelang kaum mehr Austauschiedlungen dieser Art gegeben. Sie sind entweder (siehe Mazedonien oder Triest) nicht bis zur Vertragsphase gekommen oder gehörten eher zu einem anderen Typus, wie beispielsweise der bis in die Gegenwart andauernde Zustrom von sogenannten Deutsch-

57 Vgl. J. B. Schechtman (Anm. 4).

58 Vgl. Joseph B. Schechtman, Population Transfers in Asia, New York 1949.

stämmigen aus Osteuropa in die Bundesrepublik Deutschland.

Zwar beruhen diese Umsiedlungen tatsächlich auf zwischenstaatlichen Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen oder anderen Staaten. Diese Vereinbarungen dienten aber keineswegs dem Wunsch der polnischen, sowjetischen oder rumänischen Regierung, ihren jeweiligen Staat ethnisch zu „reinigen“, sondern kamen eher dem Wunsch der Aussiedler nach einer ihnen genehmeren ethnischen oder ökonomischen Umgebung entgegen. Solche Wanderungsbewegungen gehören also nicht zum Typus „population transfer“ in der bei uns verwendeten Definition, auch wenn deutschstämmigen Umsiedlern aus den nach dem Krieg so genannten „Vertreibungsgebieten“ aus juristischen Gründen nach wie vor der Status von Vertriebenen nach dem Gesetz für Flüchtlinge und Vertriebene von 1953/1971 zugebilligt wurde und wird.

Die Wende zu den neunziger Jahren unseres Jahrhunderts sollte freilich erweisen, daß es sich bei der Annahme, die nationalstaatliche Ideologie habe ihre Kraft verloren, um eine Illusion, um ein allzu verständliches Wunschdenken handelte. Gab es Flüchtlinge und Vertriebene in den achtziger Jahren in Mitteleuropa fast nur noch als historische Erinnerung an die Nachkriegszeit oder als lediglich potentielle Gefahr für die Zukunft und hatte sich das reale, massenhafte Flüchtlingsproblem in die Dritte Welt verlagert⁵⁹, so hat der Zusammenbruch des Ostblocks offenbart, daß der Nationalismus auf diesem Gebiet nur unterdrückt, nicht aber überwunden worden war. Mit der „Rückkehr nach Europa“ der ehemals sozialistischen Länder Osteuropas und dem Zerbrechen des Eisernen Vorhangs ist das Asylanten- und Flüchtlingsproblem auch in Deutschland wieder alltägliche Realität geworden: Wohncontainer und Asylantenheime gehören neuerlich ins Bild der Städte und Dörfer; die Reaktion darauf bewegt sich in einem breiten Spektrum zwischen organisierter Hilfsbereitschaft und gewalttätigem Ausländerhaß.

Wendet man den Blick von dieser Szenerie der Aufnahmelande auf die Entstehungsgebiete der erneuerten Massenwanderung und vernachlässigt dabei das häufige Motiv der Wirtschaftswanderung – vor allem aus der Dritten Welt, aber auch aus Osteuropa –, dann stößt man vor allem auf solche

⁵⁹ Dieser Eindruck tritt uns aus Übersichtsdarstellungen der achtziger Jahre entgegen, z. B. Peter J. Opitz, Das Weltflüchtlingsproblem im 20. Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/87, S. 25–39; ders., Menschen auf der Flucht. Aspekte und Dimensionen des Flüchtlingsproblems im 20. Jahrhundert, in: Peter J. Opitz (Hrsg.), Weltprobleme, München 1982, S. 341–387.

Menschen, die aufgrund von Willkürakten verschiedener Seiten mit dem Ziel einer „nationalen Reinigung“ aus ihrer Heimat geflohen oder vertrieben worden sind, insbesondere aus den Bürgerkriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawien.

In kaum einem Fall handelt es sich hier also um Betroffene jenes Vorganges, mit dem wir uns hier beschäftigt haben: mit einem vertraglich zwischen mehreren Staaten vereinbarten Bevölkerungsaustausch oder -transfer. Ohnehin läßt sich eine Abstraktion dieses Modells, seine sozusagen anatomische Trennung von anderen Vorgängen der Massenwanderung und -zwangswanderung, nicht ganz verwirklichen. Allzuoft ging die eine Form in die andere über: Flucht in Vertreibung, Deportation in Emigration. Auch die Motive waren nicht immer eindeutig: Die Idee der nationalen Entmischung und der Erzielung eines homogenen, also konfliktfreien Nationalstaats war oft mit ökonomischen, machtpolitischen, militärstrategischen oder mit ideologischen Interessen, mit Revanche, Bestrafung oder mit übernationalem Blockdenken verweben.

So ist das, was heute in den kroatisch-serbischen Mischgebieten Kroatiens oder Serbiens, vor allem aber in Bosnien-Herzegowina geschieht, in seiner Willkür und Gewalttätigkeit eher mit dem Chaos vor der Konferenz von Lausanne zu vergleichen als mit dem „geregelten“, wenn auch zwangsweisen Bevölkerungsaustausch danach. Immerhin aber erinnern die Bemühungen der verschiedenen Beauftragten der UNO oder der Europäischen Gemeinschaft, die sich um eine Konfliktlösung bemühen, oder die Ansätze zu einer Jugoslawien-Konferenz an die Situation von 1923 und ihre Akteure am Curzon und Nansen. Die heutige Lage mutet freilich fast noch schwieriger an: Die Einrichtung geschlossener nationaler Siedlungsgebiete oder wenigstens nationaler Kantone, seien sie auch noch so ausgeklügelt, erscheint angesichts der kleinräumigen Vermischung von meist mehr als zwei Nationalitäten⁶⁰ als nahezu unmöglich.

Gegenwärtig wird von den verschiedenen nationalen Bürgerkriegsparteien (Serben, Muslimen und Kroaten) der Versuch unternommen, vollendete Tatsachen durch wilde Vertreibung von jeweils andersnationalen Bevölkerungsgruppen und damit Regionen von „gereinigtem“ nationalem Charak-

⁶⁰ Vgl. u. a. Adolf Karger, Die serbischen Siedlungsräume in Kroatien, in: Osteuropa, 42 (1992) 2, S. 141–146; Wolfgang Höpken, Die jugoslawischen Kommunisten und die bosnischen Muslime, in: Andreas Kappeler u. a. (Anm. 2), S. 181–210. Zur aktuellen Situation s. auch Mojmir Krizan, Nationalismen in Jugoslawien. Von postkommunistischer nationaler Emanzipation zum Krieg, ebd., S. 121–140.

ter zu schaffen⁶¹. Auf diesem Hintergrund mag Beobachtern der Gedanke einer einvernehmlichen Grenzänderung und des Zusammenschlusses national „relativ kompakter Gemeinschaften... eventuell durch freiwillige und geregelte Umsiedlung von Minderheiten, gewissermaßen im Austausch“⁶², als ebenso verlockend erscheinen wie auch eine „ethnische Entflechtung“ als wohl einzige Lösungsmöglichkeit für andere nationale Konflikte, etwa den armenisch-aserbaidschanischen⁶³.

Die für frühere Phasen des 20. Jahrhunderts skizzierte Geschichte des „chirurgischen“⁶⁴ Rezepts

61 Vgl. Ernst Levý, „Helsinki Watch“ macht die serbische Regierung und die Armee für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Februar 1992; Neuerliche Vertreibung, in: ebd. vom 18. März 1992; Alois Deubler, Jetzt flüchten die Menschen aus Bosnien-Herzegowina, in: ebd. vom 24. April 1992.

62 So Immanuel Geiss, Hegemonie und Genozid: Das Serbien-Syndrom 1991/92, in: Europa-Archiv, 47 (1992), S. 421-432, hier S. 431f.

63 So Uwe Halbach am 15. Januar 1990 in den „Tagesthem“ (ARD).

64 Joseph B. Schechtman, Postwar Population Transfer in Europe: A Survey, in: The Review of Politics, 15 (1953) 2, S. 151-178, hier: S. 178.

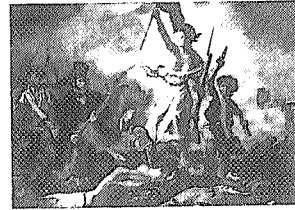
zur Lösung nationaler Minderheitenprobleme hinterläßt in dieser Hinsicht freilich eine erhebliche Skepsis. Sollten zur dauerhaften Befriedung nationaler Mischgebiete nicht doch eher föderale und autonomistische Konzepte tauglicher sein oder ein ausgebauter Minderheitenschutz? Sind nicht Regelungen des Minderheitenschutzes, etwa wie in der Völkerbund-Ära, besser, als es ihr Ruf war und ist? Hat ihre Fortentwicklung im Rahmen von UNO und KSZE, wenn sie denn nur konsequent vorangetrieben wird, eher Aussicht auf eine Befriedung?⁶⁵ Können nicht tatsächlich Autonomie-Modelle in der Art des heutigen Südtirol, ferner regionale Kooperationen oder föderative bzw. konföderative Modelle weit bessere Alternativen bilden als die Wahnvorstellung, von Nationalstaaten, wenn sie denn nur genug homogen, „gereinigt“ sind, sei der allgemeine Friede zu erhoffen?

65 Vgl. Rainer Hofmann, Minderheitenschutz in Europa. Überblick über die völker- und staatsrechtliche Lage, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, 52 (1992) 1, S. 1-65.

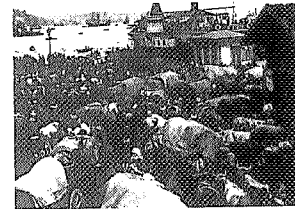
WOLFF LAMMERTHAU

Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem

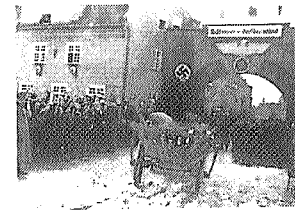
Zur Geschichte
eines europäischen Irrwegs



Nation –
National-
staat



Umsied-
lungen im
20. Jahr-
hundert



„Heim
ins Reich“



Flucht
und
Vertreibung



Integration
und
Neubeginn

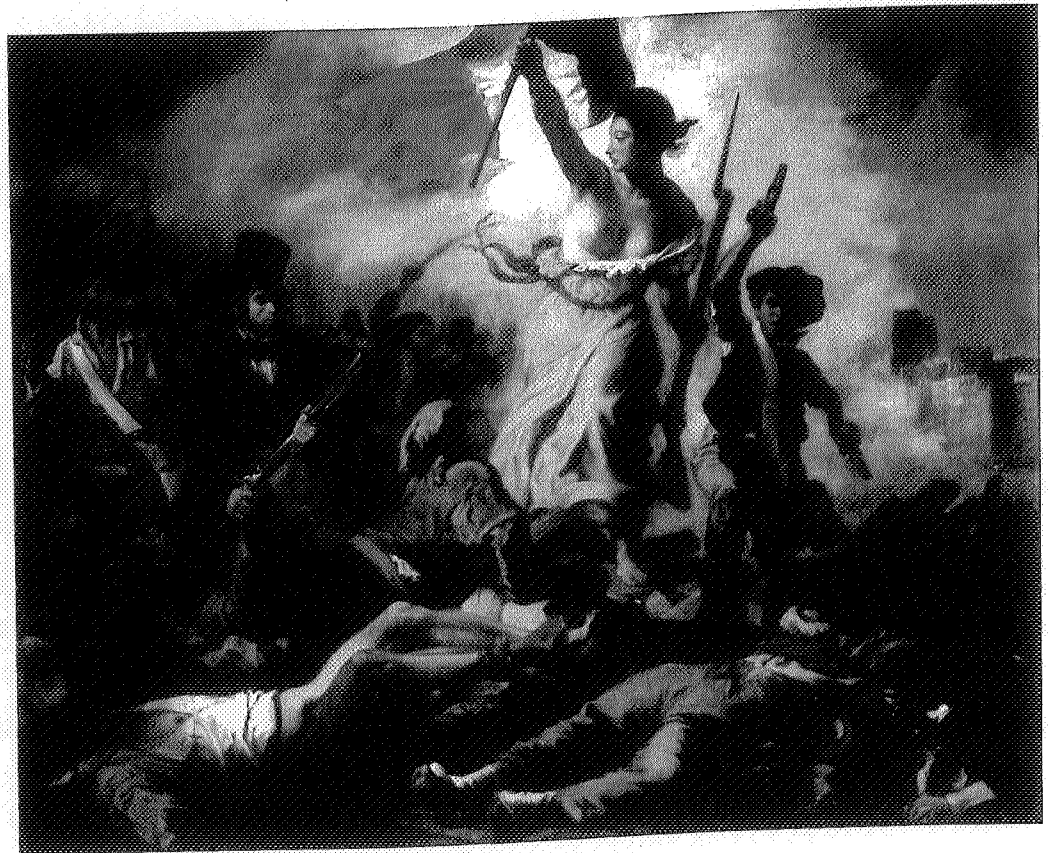


MS
3600
K91
U5

Darstellung und Perspektiven
Das Thema im Unterricht
Quellen und Materialien



HAUS DER HEIMAT
DES LANDES



„Die Freiheit führt das Volk, 28. Juli 1830“, Gemälde von Eugène Delacroix, 1830. Öl auf Leinwand, Louvre, Paris (akg)

garantierte die Grund- und Menschenrechte sowie freie wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten. Integration bedeutete, Teil eines Ganzen, friedlich zusammenlebender Nationsgenossen zu sein. So betrachtet, kann der Siegeszug des Nationalismus und des Nationalstaats nicht überraschen.

Zur Partizipationsverheißung der Nation und des Nationalstaates gehörte aber auch immer die aggressive Gewaltbereitschaft dazu. Die europäischen Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts sind das Ergebnis von Kriegen. Auch die großen nationalstaatlichen Gründungswellen des 20. Jahrhunderts vollzogen sich vor dem Hintergrund zweier blutiger Weltkriege. Bis in die Gegenwart, wie das jugoslawische Beispiel zeigt, gehören Nationalstaatsbildung und Krieg zusammen. Von Beginn an waren es, „die Abgrenzung gegen den Nachbarn, die Feindschaft und der Kampf, wodurch die europäischen Nachbarn zu sich selbst fanden.“ Diese Selbstdefinition durch Abgrenzung war nicht allein nach Außen gerichtet.

Zum Janusgesicht der Nation, welches auch dem Nationalstaat eigen ist, gehört auch die nach Innen gerichtete Ausgrenzung jener, die aus der Sicht des Staatsvolkes als nicht dazugehörig, als fremd gelten. Daher war die Legitimation aller Nationalstaaten, ob Staatsbürger- oder Volksnation, auf Homogenität abgestellt. Die postulierte und angestrebte Einheit des Staatsvolkes oder der Nation hatte ein breites Spektrum an Homogenisierungsmaßnahmen zur Folge. Es reicht von der gezielten sprachlichen und kulturellen Angleichungspolitik, mit dem Ziel des Aufgehens der Minderheiten in der Titularnation innerhalb einzelner Staaten, bis hin zum Anpassen der Grenzen an das Ethnikum bzw. des Ethnikums an die Grenzen. Assimilierung, Ausgrenzung, Umsiedlung, Vertreibung und Vernichtung der einmal hinausdefinierten religiösen, sprachlichen oder ethnischen Minderheiten war das Ergebnis.

Darstellung und Perspektiven

Kapitel 2: Zum Verhältnis von Mehrheit und Minderheit im Nationalstaat

2.1. Grenzveränderungen: Die neue Landkarte Europas nach dem Ersten Weltkrieg

Der amerikanische Diplomat und Publizist George F. Kennan hat den Ersten Weltkrieg als die europäische „Urkatastrophe“ bezeichnet. Das europäische System, das bis 1914 auf fünf Großmächten beruht hatte, existierte nach dem Ersten Weltkrieg nicht mehr. Eine nichteuropäische Großmacht, die USA, hatte im Grunde den Krieg entschieden; zwei europäische Großmächte, Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich, waren untergegangen; Russland war auch aufgrund der Oktoberrevolution als Ganzes gelähmt; das um 10% territorial verkleinerte Deutschland war seit den als Schmach empfundenen Friedensbedingungen von Versailles nicht aktionsfähig und unter den Siegermächten war Italien durch den Krieg außerordentlich geschwächt. Einem auf dem Kontinent dominierenden Frankreich stand zunächst keine kontinentale Großmacht mehr gegenüber.

In den Pariser Vorortverträgen veränderten die Siegermächte die politische Landkarte Europas von Grund auf. Dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ folgend, übertrugen sie das Modell des französischen Nationalstaats auf Ostmittel- und Südosteuropa. Als Ergebnis der Friedensverhandlungen entstand aus der Konkursmasse der Großreiche eine Reihe von mittleren und kleineren Staaten wieder oder sie wurde neu geschaffen: die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, Polen, die Tschechoslowakei, das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, Österreich, Ungarn sowie die Türkei. Andere, wie Griechenland und Rumänien, verbuchten beträchtliche territoriale Zugewinne. 20.000 Kilometer neuer Staatsgrenzen wurden in Europa fixiert.

In manchen Fällen sollten nach Maßgabe des Versailler Vertrages Volksabstimmungen die Zugehörigkeit strittiger Gebiete klären, so zum Beispiel in Oberschlesien. 1921 sprachen sich 60% der oberschlesischen Bevölkerung in einer Volksabstimmung für einen Verbleib bei Deutschland aus. Nach

anschließenden paramilitärischen Auseinandersetzungen zwischen polnischen und deutschen Verbänden wurde Oberschlesien einem Gutachten des Völkerbunds entsprechend geteilt: Westoberschlesien verblieb bei Deutschland, Ostoberschlesien mit den wichtigen Industrievieren gelangte zu Polen, ebenso wie bereits zuvor Teile des deutschsprachigen Pommern, Posen und große Gebiete der aufgelösten preußischen Provinz West-Preußen. Das vom amerikanischen Präsidenten proklamierte „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ wurde Deutschland gegenüber weitgehend machtpolitischen Gesichtspunkten der Siegermächte untergeordnet.

Ein Großteil der Bevölkerung Europas fand sich als Ergebnis des Ersten Weltkriegs, ohne dass er seinen Heimatort verlassen hätte, in einem neuen Staat wieder. Für etwa 80 Millionen Menschen änderten die Grenzziehungen die Staatsbürgerschaft.

2.2.: Minderheitenschutzregelungen

Die neuen Grenzziehungen verringerten zwar die Zahl der Minderheiten erheblich. Doch blieben auch jetzt aufgrund der ethnischen Gemengelage und weil die Alliierten den Interessen der mit ihnen verbündeten Staaten folgten, jene Staaten die Ausnahme, in denen eine Ethnie mehr als 90% der Bewohner stellte. Zahlreicher waren die Staaten, in denen eine oder mehrere Nationalitäten eine beträchtliche Minderheit bildeten. So lag der Anteil der ukrainischen, jüdischen, deutschen und weißrussischen Bevölkerung in Polen bei etwa einem Drittel, und in der Tschechoslowakei bei etwa 33% der Gesamtbevölkerung. Mit über 23% stellten hier die Deutschen, gefolgt von Ungarn und Ruthenen die größte Minderheit. Jeder Staat Ostmittel- und Südosteuropas hatte eine Diaspora in einer oder einer ganzen Reihe von Ländern. So lebten, um nur einige Beispiele zu nennen, 8,3 Millionen Deutsche – Auslandsdeutsche und später Volksdeutsche genannt – in 13 Staaten, zehn Millionen Ukrainer und drei Millionen Russen in jeweils fünf Staaten,

3,2 Millionen Ungarn in vier Staaten und 2,3 Millionen Polen in sieben Staaten.

Um einerseits die Interessen der Minderheiten gegenüber den neuen Titularnationen zu schützen und andererseits einem Revanchismus der betroffenen Mutterländer vorzubeugen, legten die Siegermächte Wert darauf, in den Pariser Vorortverträgen eine Reihe ostmittel- und südosteuropäischer Staaten auf Minderheitenschutzregelungen zu verpflichten. Die Unterzeichnung solcher Verträge, die den Minderheiten individuelle und nicht kollektive Rechte zu-

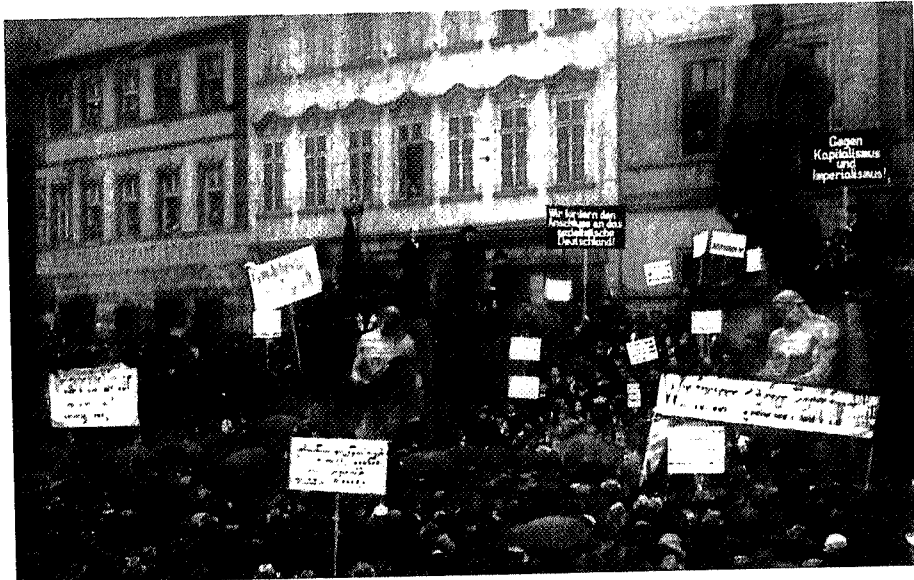
wenig erfolgreich. Zugleich verhinderte er aber zumindest kurzfristig, dass Minderheitenfragen zu internationalen Konflikten eskalierten.

2.3.: Zwischen kultureller Autonomie und Assimilation

Die ihnen von den Siegermächten auferlegten Minderheitenschutzregelungen wurden von den meisten Staaten als Eingriff in ihre auf der Grundlage des nationalen Selbstbestimmungsrechts als unantastbar geltende Souveränität empfunden. Das umso mehr, als sie, die sich oft zum ersten Mal in ihrer Geschichte mit der Existenz einer größeren Minderheit auseinander zu setzen hatten, im Zeichen der Nationalstaatsvorstellungen bestrebt waren, ihre staatliche Ordnung auf der Basis der herrschenden Volksgruppe im Sinne nationaler Ein- und Gleichförmigkeit auszubauen. Diesem Ziel dienten indirekt die in der Mehrheit dieser Staaten durchgeführten Agrarreformen. Sie enteigneten die häufig auch der nationalen Minderheit angehörenden Großgrundbesitzer zugunsten der Angehörigen des Staatsvolkes. Das damit verbundene soziale Ziel hatte tiefgreifende nationale Auswirkungen, die zu Lasten der jeweiligen Minderheiten gingen. So sahen sich z.B. in der Zwischenkriegszeit über eine Million Deutscher aus Polen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Durch solche Maßnahmen nicht selten in ihrer Existenz gefährdet, ließ die auf europäischer Ebene im Nationalitätenkongress zusammengeschlossenen Minderheiten wiederum um so deutlicher auf ihre Ansprüche gegenüber dem Mehrheitsvolk im jeweiligen Nationalstaat pochen.

Einen positiven Ansatz für das Zusammenleben von Mehrheitsbevölkerung und Minderheiten lieferte die Entwicklung in Estland. Auf Grund des Verhältniswahlrechts waren hier, wie in anderen Staaten auch, die nationalen Minderheiten im Parlament vertreten. Darüber hinaus verabschiedete das Parlament im Februar 1925 das Gesetz über die Kulturautonomie der nationalen Minderheiten. Es ermöglichte diesen, sich als öffentlich-rechtlicher Personenverband mit dem Recht der Steuererhebung zu konstituieren. Zugleich durfte er, was für die Minderheiten von zentraler Bedeutung war, das Schulwesen in eigener Regie führen. Die deutsche und die jüdische Minderheit machten von diesem Recht Gebrauch.

Der von der Republik Estland beschrittene Weg blieb die Ausnahme. Er fand trotz internationaler Anerkennung keine Nachah-



Protestkundgebung der Sudetendeutschen am 4. März 1919 auf dem Rathausplatz in Teplitz-Schönau (Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung – „Seliger-Archiv“)

sicherten, war eine Vorbedingung, um von den Alliierten als neuer, oder territorial erweiterter Staat anerkannt zu werden. Eine solche Regelung hatte bereits der Berliner Kongress von 1878 gegenüber Rumänien angewandt. Dem Vertrag zwischen Polen und den Alliierten, die es verstanden, sich von solchen Verpflichtungen freizuhalten, kam dabei eine Pilotfunktion zu. Weitere Verträge wurden mit dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, der Tschechoslowakei, Rumänien, Griechenland, Österreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei unterzeichnet. Vergleichbare Minderheitenschutzverträge wurden später mit Albanien sowie den drei baltischen Staaten vereinbart. Sie schrieben den Schutz „rassischer, ethnischer und religiöser Minderheiten“ zwingend vor. Den Minderheitenschutzregelungen mussten die neu gebildeten Staaten Verfassungsrang einräumen. Einer Zwangsassimilation an die Staatsnation sollte so vorgebeugt werden. Die Aufgabe, die Einhaltung dieser Verträge zu überwachen, fiel dem Völkerbund zu. Er war auch wegen kaum vorhandener Sanktionsmöglichkeiten mit seinem Anliegen, die Unterdrückung von Minderheiten zu vermindern,

mung. Im Gegenteil, in vielen Staaten Ostmitteleuropas, in denen sich mit Ausnahme der Tschechoslowakei nach und nach Diktaturen etablierten, wurde die Assimilation, d.h. die Angleichung an die herrschende Staatsnation und schließlich ihr Aufgehen darin, zielstrebig verfolgt und praktiziert. Unter der Parole der „Magyarisierung“, andernorts „Polonisierung“ oder „Romanisierung“, arbeiteten z. B. die Anhänger des ungarischen Nationalismus mit Erfolg darauf hin, Minderheitenrechte abzuschaffen. Dem Prinzip der einen, unteilbaren Nation folgend, wurde die Durchsetzung der ungarischen Sprache zu Ungunsten der Sprachen der Minderheiten staatlich verordnet. Nur als so verstandenes Mitglied der ungarischen Nation und Sprachgemeinschaft galt man als gleichberechtigtes Mitglied des Staates.

2.4.: Die Idee vom ethnisch homogenen Nationalstaat

Neben den regional unterschiedlichen, in ihrer Zielsetzung aber gleichen Assimilationsbestreben der Titularnationen gegenüber ihren Minderheiten, um so einen einheitlichen, möglichst nur von einer ethnischen Gruppe bewohnten Nationalstaat zu schaffen, gewann seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts ein weiterer Gedanke an Boden: der nationalstaatlich begründete Bevölkerungsaustausch. Danach waren Minderheiten an und für sich ein Problem, störten sie doch dieser Auffassung zufolge durch ihre bloße Existenz sowohl den inneren Frieden von Nationalstaaten als auch deren Beziehungen untereinander. Eine Lösung des Minderheitenproblems war in den Augen der Anhänger dieser Auffassung dadurch zu erreichen, dass Bevölkerungsgruppen entmischt werden. Das konnte dadurch geschehen, dass Minderheiten in ihr jeweiliges Mutterland ausgesiedelt wurden, oder aber mehrere Länder ihre jeweiligen Minderheiten gegenseitig austauschten. Über „massive Verpflanzungen“ von Nichtangehörigen der Nation oder solchen, die dafür erklärt wurden, in Gebiete jenseits der Grenze, machte sich 1915 der Schweizer Anthropologe und Völkerkundler Georges Montandon Gedanken. Einer ganzen Reihe anderer Autoren gleich, versprach er sich davon einerseits, die europäischen Staaten zu „reinigen“, national zu homogenisieren. Andererseits verband er damit, wie sich bald herausstellen sollte, die trügerische Hoffnung, durch solche Maßnahmen das Konfliktpotential zwischen den europäi-



schen Staaten abbauen, ja Kriege überhaupt verhindern zu können. Ein Großteil der nicht nur von ihm vorgeschlagenen Umsiedlungen bezogen sich auf das Gebiet des Balkans.

Kundgebung in Berlin für den Verbleib Oberschlesiens beim Deutschen Reich, 1921 (Ullstein bild)



Deutsches Plakat für den Verbleib Oberschlesiens beim Deutschen Reich



3.1.: Die Balkankriege

Im ersten Balkankrieg 1912/13 wurde der europäische Teil des Osmanischen Reiches bis auf einen kleinen Rest von den angrenzenden Nationalstaaten Serbien, Bulgarien und Griechenland annektiert. Albanien erlangte dank Unterstützung Österreich-Ungarns und Italiens seine Unabhängigkeit. Über die jeweiligen Eroberungen kam es, insbesondere wegen der „mazedonischen Frage“, auf der Friedenskonferenz in London 1913 zum Streit unter den Siegern. Nach dem zweiten Balkankrieg 1913, der sich mit Unterstützung des Osmanischen Reiches gegen Bulgarien richtete, wurde Mazedonien zwischen Serbien, Griechenland und Bulgarien dreigeteilt. Der Einmarsch in die neu eroberten Gebiete und die damit einhergehenden Verbrechen lösten Fluchtbewe-

Verwaiste armenische Kinder in der syrischen Wüste (Armin T. Wegner, Deutsches Literaturarchiv Marbach a. N.)



gungen aus. Mit Billigung der jeweiligen Regierungen wurden jene Teile der Bevölkerung, die nicht in die nationalstaatliche Struktur passten, vertrieben. Allein im Kosovo sollen 20.000 Albaner getötet worden sein. Die türkischen Großgrundbesitzer wurden enteignet und das Land aufgeteilt, Moscheen der osmanischen Zeit zweckentfremdet und beseitigt, um so die kulturelle Prägung der Gebiete zu verändern.

Besessen vom Ideal ethnisch-sprachlicher Uniformität betrieben die Staaten der

Region in der Folgezeit eine Homogenisierungspolitik, die den westeuropäischen Nationalstaat zum Vorbild hatte. Ihr diene auch der in diesem Rahmen erste, international sanktionierte Bevölkerungsaustausch. In der türkisch-bulgarischen Konvention von 1913 wurde die Umsiedlung von etwa 48.500 Türken und 46.500 Bulgaren aus einem 15 Kilometer breiten Grenzstreifen der beiden Staaten vereinbart. Wie bei späteren vergleichbaren Vorgängen handelte es sich auch hier lediglich um die formale Bestätigung von bereits durchgeführten Vertreibungen.

Die mit Flucht, Umsiedlung und Vertreibung einhergehenden Verbrechen an der Zivilbevölkerung erschütterten die Öffentlichkeit West- und Mitteleuropas. Sie sollten aber bald vom Ereignis des Ersten Weltkriegs und seiner prägenden Wirkung überlagert werden. Erst die Balkankriege der neunziger Jahre riefen sie wieder ins Gedächtnis der Weltöffentlichkeit zurück.

3.2.: Die Armenierfrage

Seit dem Berliner Kongress von 1878 bildete die Armenische Frage, d.h. die Frage nach der Stellung dieser christlichen Minderheit im Osmanischen Reich, einen Kernpunkt der europäischen Orientpolitik. Nach dem Zusammenbruch des Osmanismus in den Balkankriegen war es Ziel der 1908 an die Macht gelangten Jungtürken, das Osmanische Reich in Richtung auf einen türkischen Nationalstaat umzubauen. Dieser sollte mit den Turkvölkern vor allem im Kaukasus und Zentralasien verbunden werden. Das zwischen Russland und dem Osmanischen Reich aufgeteilte Siedlungsgebiet der Armenier stand solchen Bestrebungen entgegen.

Bereits 1909 kam es zu einem Armenierpogrom mit ca. 300.000 Opfern. Unter dem Vorwand der Kollaboration mit dem Russischen Reich im ausgebrochenen Ersten Weltkrieg wurden seit dem April 1915 Angehörige der armenischen Elite von jungtürkischen Kommandos in Konstantinopel/Istanbul ermordet. Dem anschließenden Pogrom fielen mehr als 5.000 Armenier zum

Opfer. Abgeschirmt von der Weltöffentlichkeit wurde in den folgenden Monaten nahezu die gesamte armenische Bevölkerung der nordöstlichen Provinzen des Osmanischen Reiches nach Mesopotamien und die nordsyrische Wüste deportiert. Diese Umsiedlung entwickelte sich zu einem Genozid, dem ein Großteil der deportierten Armenier zum Opfer fiel. Die Zahl der durch Hunger, Gewalt und unzureichende Versorgung verstorbenen Opfer wird auf etwa 800.000 geschätzt. Als die Regierung des verbündeten wilhelminischen Deutschen Kaiserreichs, die über die Ereignisse in Kleinasien gut unterrichtet war, nach dem Schicksal der armenischen Christen in Istanbul fragte, erhielt sie die lakonische Antwort: „La Question Arménienne n'existe plus“ – Die armenische Frage existiert nicht mehr. Bis heute ist sie eine offene Wunde der türkischen und europäischen Geschichte geblieben.

3.3.: Der Vertrag von Lausanne

1914 trat das Osmanische Reich in den Ersten Weltkrieg ein, in dem es an der Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns gegen die Sieger der Balkankriege, Serbien und Griechenland, kämpfte. Der im August 1920 zwischen der Türkei und den Alliierten unterzeichnete Vertrag von Sèvres war der einzige der Pariser Vorortverträge am Ende des Ersten Weltkrieges, der bereits wenige Monate nach dem Abschluss aufgrund des griechisch-türkischen Krieges hinfällig wurde.

Gegen den Friedensvertrag, welcher das kleinasiatische Smyrna/Izmir Griechenland zugesprochen hatte, formierte sich in Anatolien eine türkische Nationalbewegung unter Mustafa Kemal, genannt Atatürk. Sie stürzte im September 1922 das Sultanat in Istanbul, führte die Republik mit der Hauptstadt Ankara ein und begründete die moderne Türkei. Die griechische Invasionsarmee wurde 1921/22 zurückgeschlagen. Dabei kam es zur gewaltsamen und wilden Vertreibung Hunderttausender von Griechen aus Kleinasien und Thrakien, wobei Zehntausende ums Leben kamen. Die unter Federführung des britischen Außenministers eingeleiteten Friedensverhandlungen mündeten in den am 24. Juli 1923 abgeschlossenen Vertrag von Lausanne. Er definierte die Türkei als Nationalstaat in seinen heutigen Grenzen.

Zugleich wurde auf der Grundlage eines Papiers des Flüchtlingskommissars des Völkerbundes, Fridtjof Nansen, ein Umsied-

lungsabkommen vereinbart. Es sanktionierte im Wesentlichen die bereits durchgeführten Vertreibungen. Betroffen waren 1,35 Millionen Griechen aus Kleinasien und dem Pontus sowie 430.000 Türken bzw. Muslime aus Griechenland. Um der nationalstaatlichen Logik und um des „Friedens“ willen mussten sie, ohne Wahlmöglichkeit, ihre jahrhundertealten Wohngebiete aufgeben. Nur Istanbul wurde ausgenommen. Die Stadt Smyrna/Izmir wurde vollständig zerstört. In Griechenland war nun jeder sechste Einwohner außerhalb der Staatsgrenzen geboren. Erst dadurch haben Süd-Mazedonien, wo die Zwangsumgesiedelten hauptsächlich untergebracht wurden, sowie Epirus im griechisch-albanischen Mischgebiet ihre heutige überwiegend griechische Prägung erhalten. Die sich über Jahrzehnte erstreckende und unter katastrophalen Bedingungen sich vollziehende Integration der Zwangsumsiedler, die nur Handgepäck mitnehmen durften, stellte für beide Staaten und für die Betroffenen selbst eine außergewöhnliche Herausforderung dar.

Die mit dem Abkommen verbundenen Erwartungen, beiden Ländern zu einer größeren Homogenität der jeweiligen Bevölkerung zu verhelfen und damit zu einer Beseitigung der tief wurzelnden Streitfragen beizutragen, erfüllten sich nicht. Die Spannungen zwischen den beiden Staaten reichen bis in die Gegenwart. Hinzu kommt, dass mit dem Abkommen Menschen, die differenziert nach Berufen, Wohnviertel, Traditionen und Glauben Jahrhunderte, wenn auch nicht ohne Streit zusammengelebt haben, buchstäblich entwurzelt, zu bloßen Objekten des modernen Nationalstaatsgedankens degradiert wurden.

Griechische Umsiedler in den Logen des städtischen Theaters von Athen nach dem Vertrag von Lausanne (1923): Eine Loge für eine Familie (Archiv des Völkerbunds, Genf)





Volksdeutsche Umsiedler aus Litauen treffen in Eydkuhnen, der ostpreußischen Grenzstation, ein (SV-Bilderdienst).

Dennoch setzte sich in der europäischen Öffentlichkeit die Vorstellung durch, dass durch das Abkommen die ethnische, in diesem Fall konfessionell begründete Gemengelage beispielhaft „gelöst“ worden sei. Weil man meinte, mit der „Entmischung“ ein Modell für die Lösung von Nationalitätenfragen gefunden zu haben, sollte das Abkommen von Lausanne zum Prototyp für die künftige Umsiedlung und Vertreibung von Minderheiten in Europa werden.

3.4.: „Heim ins Reich“

Nach der Annexion Österreichs 1938 wurde die Tschechoslowakei mit Billigung der europäischen Großmächte (Frankreich, Großbritannien, Italien) Opfer der Hitlerischen Pläne zur „Neuordnung Europas“. Das Münchner Abkommen vom 29. September 1938 enthielt auch einen Abschnitt zum „Austausch der Bevölkerungen“. Er ging auf den englischen Premierminister Chamberlain zurück, der dabei auf das in Griechenland, Bulgarien und Türkei angewandte „Prinzip des Bevölkerungsaustauschs“ verwiesen hatte. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht und der endgültigen „Zerschlagung“ der Tschechoslowakei am 15. März 1939 löste Hitler mit dem Angriff auf Polen am 1. September 1939 den Zweiten Weltkrieg aus. Britischen Bemühungen, den deutsch-polnischen Konflikt in letzter Minute durch einen Bevölkerungsaustausch von Danzigern, Westpreußen oder Oberschlesiern zu vermeiden, war kein Erfolg beschieden. Sie zeigen aber, dass Bevölkerungsumsiedlungen zu einem selbstverständlichen Instrument europäischer Politik geworden waren.

In seiner Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939, in der er eine Bilanz des

Polenfeldzugs zog, kündigte Hitler eine „neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“ an, „um auf diese Weise wenigstens einen Teil der europäischen Konfliktstoffe zu beseitigen“. Zwar bezog er sich dabei angesichts des ihm verhassten Völkerbundes nicht auf den Vertrag von Lausanne. Doch zweifellos waren seine Überlegungen nicht zuletzt dank der positiven Einschätzung, der sich dieses Umsiedlungsabkommen erfreute, auch ihm verpflichtet. Umsiedlungen waren ein willkommenes Mittel, die zur rassistisch fundierten Volksgemeinschaft umgedeutete Nation zu stärken.

Bei seinem Entschluss, „die nicht haltbaren Splitter des deutschen Volkstums“ in Ost- und Südosteuropa umzusiedeln, ließ sich Hitler von einem rassistisch und völkisch aufgeladenen Nationalismus leiten. Die militärisch-strategischen Überlegungen wurden der Rasse-, Expansions- und Lebensraumpolitik mit dem Ziel eines nationalsozialistischen „Großgermanischen Reiches deutscher Nation“ untergeordnet. War der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt ein vergeblicher Versuch, die Westmächte von einem Eintritt zugunsten Polens abzuhalten, so wurden im deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 die Interessensphären gegenseitig abgegrenzt. Eines der dafür vorgesehenen Mittel waren die vereinbarten Umsiedlungen.

Strategischen Überlegungen war auch der erste Umsiedlungsvertrag, den das Deutsche Reich abschloss, verpflichtet. Um das faschistische Italien an sich zu binden, einigten sich Hitler und Mussolini auf die Umsiedlung der deutschsprachigen Südtiroler. Zwar entschied sich, nicht zuletzt aufgrund nationalsozialistischer Propa-



Ausweisung einer polnischen Familie aus dem von der deutschen Wehrmacht besetzten Westpolen, 1940 (Bundesarchiv 146/89/119/2)

ganda, ein Großteil der Südtiroler auf Grund des vertraglich festgelegten Optionsrechts für Deutschland. Letztendlich machten aber nur 75.000 Südtiroler davon Gebrauch. Anders als geplant wurden sie auch nicht im Elsass, in den Beskiden oder auf der Krim angesiedelt, sondern in nächster Nähe der deutsch-italienischen Grenze.

Dem Abkommen mit Italien folgten weitere 14 Umsiedlungsverträge mit einer Reihe ost- und südosteuropäischer Staaten. Unter der Parole „Heim ins Reich“ wurde die deutsche Bevölkerung aus den drei baltischen Staaten, aus Wolhynien, Bessarabien, der Bukowina, der Dobrukscha, aus der Gottschee, aus Bulgarien, Bosnien und Ungarn von der Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums umgesiedelt. Für die großangelegte, planmäßig und systematisch durchgeführte Umsiedlung von über einer Million Volksdeutscher wurde ein spezialisierter Apparat aufgebaut. Er sicherte die technische Abwicklung der einzelnen Umsiedlungen, die auch eine rassische Prüfung mit einschloss. Zudem sorgte er auch dafür, dass sowohl die Betroffenen als auch die Reichsbevölkerung unter der Losung „Ihr verliert die Heimat, um das Vaterland zu gewinnen“ propagandistisch darauf eingestimmt wurden. Das war auch notwendig, wurde doch die überwiegende Mehrheit der Umsiedler nicht im Reich, sondern zur Eindeutschung der eroberten Gebiete, vor allem im sogenannten Warthegau angesiedelt. Von dort hatte man zuvor die polnische und jüdische Bevölkerung ausgesiedelt. Für die Ansiedlung einer deutschen Umsiedlerfamilie wurden in der Regel drei „Fremdvölkische“, so die NS-Bezeichnung für die ansässige Bevölkerung, vertrieben.

3.5. Umsiedlungen und Deportationen in Russland und der Sowjetunion

Die Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts von der russischen Regierung im Zuge der Russifizierungspolitik erlassenen Gesetze schränkten den Zuzug und den Landerwerb von seit dem 18. Jahrhundert von den Zaren ins Land gerufenen deutschen bzw. nichtrussischen Ansiedlern ein. Im Zuge des Ersten Weltkrieges wurden zunächst die deutschen Kolonisten im Bereich der russisch-polnischen Front aufgefordert, dieses Gebiet zu verlassen. Es war ihnen freigestellt, wohin sie umsiedelten. Nach der deutschen Frühjahrsoffensive wurde dann im Juni 1915



der Befehl zur Umsiedlung der deutschen Bevölkerung erlassen. Etwa 20.000 Personen deutscher Nationalität aus Wolhynien, etwa 10.000 aus Kiew, etwa 20.000 aus Podolien und dem nördlichen Bessarabien sowie etwa 11.500 aus Cernigov wurden nach Sibirien oder in die baskirische Steppe deportiert. Die unter chaotischen Bedingungen, mit Viehwaggons, Schiffen und Pferdefuhrwerken durchgeführte Umsiedlung, forderte eine nicht bekannte Zahl von Todesopfern.

Meldeten sich damals noch kritische Stimmen zu Wort, so gingen diese in den 1920er Jahren, als Umsiedlungen in Kasachstan, Kirgisien und dem nördlichen Kaukasus durchgeführt wurden, zurück und verstummten während des stalinistischen Terrors der 1930er Jahre, die von Umsiedlungen und Deportationen in großem Umfang gekennzeichnet waren. Sie betrafen eine Vielzahl der auf dem Territorium der Sowjetunion lebenden Nationalitäten.

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges und erst recht nach dem Angriff des nationalsozialistischen Deutschlands im Juni 1941 griff die sowjetische Führung verstärkt zum Instrument der Umsiedlung und Deportation ganzer Bevölkerungsgruppen. Die Deportation der Deutschen leitete der Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 28. August 1941 ein. Zwischen September 1941 und Januar 1942 wurden bis zu 1,2 Millionen Deutsche aus der Autonomen Wolgarepublik, aber auch anderen Regionen der UdSSR in die Rayons Novosibirsk und Omsk, das Altaigebiet, Kasachstan und Kirgisien deportiert. Man geht davon aus, dass 30% der Deportierten

Deutsche Umsiedler beziehen einen Bauernhof in Polen, deren Besitzer kurz zuvor vertrieben wurden oder geflohen waren (SV-Bilderdienst)



Niederbrennung der Synagoge in Troppau/Sudetenland, „Kristallnacht“ 1938

umkamen. Vergleichbare Verlustzahlen hatten die 1944 ebenfalls in das Gebiet Zentralasiens deportierten Bevölkerungsgruppen der Tschetschenen, Inguschen und Krimtataren zu beklagen.

3.6. Umsiedlungen in Europa während des Zweiten Weltkrieges

Kriege und ihr Umfeld bildeten schon bis in die 1940er Jahre den Hintergrund sowie den Anlass, um durch Umsiedlungen und Vertreibungen nationale Minderheitenprobleme „zu lösen“. Während des Zweiten Weltkrieges erreichten sie im Schatten des seine Fangarme auf ganz Europa gerichteten nationalsozialistischen Deutschlands ein bis dahin nicht gekanntes Ausmaß. Elsass-Lothringer wurden ebenso umgesiedelt, wie die Niederschlagung Jugoslawiens und die Errichtung des unabhängigen Staates Kroatien die Umsiedlung, Vertreibung und auch Massakrierung von Slowenen, Serben und Kroaten zur Folge hatte. Die Annexion der südlichen Dobrudscha durch Bulgarien war mit einem Bevölkerungsaustausch verbunden. 100.000 Rumänen mussten dieses Gebiet, 61.000 Bulgaren jenes der nördlichen Dobrudscha verlassen. Nach der Eroberung Mazedoniens wies

Bulgarien hunderttausende von Griechen und Serben aus.

Dem Radikationalismus in Deutschland dienten Umsiedlung und Vertreibung als Mittel zur Verwirklichung seiner Rassen- und Expansionspolitik. Von „ethnischer Flurbereinigung“ war in der Sprache der SS schon im Herbst 1939 die Rede. Die Umsiedlung und Ansiedlung von Volksdeutschen bildete nur den Auftakt groß angelegter Planungen, wie sie im Generalplan Ost konkretisiert wurden. Danach galt es, die sogenannte Volkstumsgrenze 1.000 Kilometer nach Osten zu verschieben, 30 bis 40 Millionen „Fremdrassige“ zu deportieren bzw. zu vernichten und die Gebiete mit deutschen Neusiedlern zu germanisieren. „Umvolkung der rassistisch Geeigneten, Aussiedlung von rassistisch Unverdaulichen, Sonderbehandlung destruktiver Elemente, Neubesiedlung dadurch freigewordenen Raumes mit frischem deutschem Blut“, war die Devise des zur „politischen Religion“ gesteigerten Radikationalismus.

3.7. Der Mord an den europäischen Juden

Organisatorisch, personell und in ihrer Zielsetzung mündeten die unter der Parole „Heim ins Reich“ durchgeführten Umsiedlungen von Volksdeutschen und die „Umvolkungspolitik“ gegenüber den slawischen Völkern in Osteuropa in die nationalsozialistische Vernichtungspolitik, deren Vorstufe sie bildeten. Die Züge, in denen Umsiedler ins Wartheland gebracht wurden, transportierten auf der Rückreise polnische Juden nach Osten. Zunächst wurde die „Lösung der Judenfrage“ noch im Rahmen der nationalsozialistischen Vertreibungen, des Hin- und Hersiedelns von als nicht arisch eingestuften Bevölkerungsgruppen gesehen. Der Madagaskar-Plan steht dafür. Nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges bildete sich dann der Entschluss zur physischen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Europas heraus. Hitlers Ankündigung vom 30. Januar 1939, die europäischen Juden zu vernichten, falls es zu einem Weltkrieg komme, entwickelte sich sukzessive zu einer grausamen Realität. Mit der Ermordung behinderter Menschen und der sogenannten „Fremdvölkischen“, u. a. auch Sinti und Roma, die im Vernichtungsantisemitismus gipfelte, war das Ziel der „vollendeten Nation“ verbunden.

Noch bevor im Januar 1942 auf der Wannsee-Konferenz in Berlin die konkrete Durchführung der „Endlösung der Juden-



Überlebende Häftlinge des Konzentrationslagers Auschwitz nach der Befreiung durch die Rote Armee (Ullstein bild)

frage“ erörtert wurde, hatte die systematische Tötung der europäischen Juden bereits begonnen: Am 24. Juni 1941, zwei Tage nach dem Überfall auf die Sowjetunion, fanden erste Massenerschießungen in der litauischen Stadt Garsden statt. Am 8. Dezember 1941 nahm das erste Vernichtungslager in Chelмно seinen mörderischen Betrieb auf. Vom Frühjahr 1942 an weitete das nationalsozialistische Deutschland das technisierte Töten dann auf ganz Europa aus. Das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau wurde schließlich zum zentralen Vernichtungsort und zum Symbol menschenverachtender Grausamkeiten.

Knapp die Hälfte der insgesamt fast sechs Millionen ermordeten Juden wurde in den Vernichtungslagern vergast. Die andere Hälfte starb unter den unmenschlichen Bedingungen bzw. durch Misshandlungen in den Lagern, als Arbeitssklaven in den KZs und Massenerschießungen. Der im Nationalstaat wurzelnde Gedanke, durch Trennung und Umsiedlung von Nationen und Nationalitäten, Frieden schaffen zu können, mündete in den die menschliche Vorstellungskraft sprengenden Genozid des nationalsozialistischen Deutschlands an den Juden.

Darstellung und Perspektiven

Kapitel 4: Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen



4.1. Entstehung und Ziele der Umsiedlungs- und Vertreibungspläne

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges setzten auf Seiten der Alliierten, und hier am frühesten bei den Briten, aber auch bei den Exilregierungen einzelner ostmitteleuropäischer Staaten Planungen für die Nachkriegszeit ein. So plädierte der Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung, Edvard Beneš, 1939 in London, sich auf das Lausanner Abkommen berufend, für einen wechselseitigen Bevölkerungs- und Gebietsaustausch zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland. Er glaubte damit das nachholen zu müssen, was 1918 nicht gelungen war: Staaten zu schaffen, die national und sprachlich einheitlich waren. Die Pläne, durch Umsiedlung möglichst homogene Nationalstaaten und damit eine stabile Friedensordnung im Nachkriegseuropa zu schaffen, mussten nicht erfunden werden und gehen auch nicht auf die Entscheidung einer Person zurück. Ebenso abwegig ist es, in ihnen eine bloße Reaktion auf die nationalsozialistische Rassen-, Eroberungs- und Vernichtungspolitik zu sehen. Vielmehr handelt es sich um einen unter den Bedingungen eines zum

Evakuierung von Siebenbürger Sachsen von Bistritz in Nordsiebenbürgen nach Deutschland im September 1944: Alltag auf der Flucht (Verlagskontor Osberghaus)



totalen Krieg ausgearteten Zweiten Weltkrieges allmählich gereiften Entscheidungsprozess. In ihm mündeten in einem komplizierten Wechselspiel der Gedanken des ethnisch homogenen Nationalstaats, der Minderheitenfragen zu einem ungelösten Problem werden ließ, die praktische Erfahrung mit Bevölkerungsaustausch und Umsiedlungen in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, die Folgen des deutschen Okkupationsregimes und dessen menschenverachtende Vernichtungspolitik sowie die nach Westen strebende Großmachtpolitik der Sowjetunion.

In den Kriegsjahren radikalisierte sich die Einstellung der in London residierenden Exilregierungen der Tschechoslowakei und Polen (wie 1944/45 auch in Ungarn und Jugoslawien) gegenüber den in ihren Ländern beheimateten Volksdeutschen. Diese wurden nunmehr als „Quartiermacher Hitlers“ und „fünfte Kolonne“ für die Verbrechen des Dritten Reiches kollektiv verantwortlich gemacht. Mit ihnen wollten diese Staatsvölker als Opfer der nationalsozialistischen Besetzung nicht mehr zusammenleben. Das Auftreten nationalsozialistischer Organisationen innerhalb der deutschen Volksgruppen schien den Vorwurf der „Kollaboration“ zu bestätigen. Dass diese Organisationen die Volksgruppen im Dienst des Dritten Reiches missbrauchten, wollten die Widerstandsgruppen, Partisanen und Exilpolitiker nicht zur Kenntnis nehmen. Sie nahmen sich die Bevölkerungsverschiebungen der jüngeren europäischen Geschichte und jene von Hitler in großem Maßstab durchgeführten zum Vorbild, um durch solche „ihre“ Deutschen los zu werden. Die Exilregierung der CSR wurde in ihren anfänglich noch sehr vorsichtigen Plänen zur Umsiedlung der 3,3 Millionen Sudetendeutschen und Karpatendeutschen von den Briten zu einer radikalen Lösung ermuntert. In ihrem Memorandum vom 23. November 1944 sprach sie sich dann neben der Vertreibung aller Deutschen, die sie auch für die Zerschlagung ihres Staates (1939) verantwortlich machte, auch für die Vertreibung der Ungarn vom wiederherzustellenden tschechoslowakischen Staatsgebiet aus.

Mit den alliierten Kriegskonferenzen erhielten die Umsiedlungspläne eine neue Dimension. Nicht nur die deutschen Minderheiten aus einzelnen Staaten sollten umgesiedelt werden, sondern die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus vom Reich abzutrennender Gebiete wurde beschlossen. Auf der Konferenz in Teheran Anfang Dezember 1943 kamen die „großen Drei“, Churchill, Roosevelt und Stalin, überein und besiegelten dann auf der Konferenz in Jalta im Februar 1945 die Westverschiebung der polnischen Grenzen bis an die Oder-Neiße-Linie zu Lasten Deutschlands. Damit war bereits klar, dass die deutsche Bevölkerung aus den zunächst nur unter polnische Verwaltung gestellten Ostgebieten des Reiches (Schlesien, Pommern, Danzig, Südliches Ostpreußen, Ostbrandenburg) vertrieben werden sollte.

Eindeutig war der Standpunkt der britischen Regierung, die bereits im Sommer 1942 der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus dem östlichen Europa grundsätzlich zugestimmt hatte und bis 1944 ausführliche Pläne über solche „Transfers“ erstellte. Schließlich erklärte der britische Premier Winston Churchill in seiner Unterhausrede vom 15. Dezember 1944 öffentlich seine Absicht, durch solche Vertreibungsaktionen „reinen Tisch zu machen“. Der Gedanke des ethnisch entmischten, von jeglicher Minderheit befreiten und damit vermeintlich konfliktfreien Nationalstaats wurde damit zu einem allseits anerkannten Grundsatz der internationalen Nachkriegsordnung. Das dadurch verursachte Unrecht und Elend nahm man billigend in Kauf. Die Zahl der Menschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg allein durch die Umsetzung der Transferpläne ihre Heimat verloren, wird auf 20 Millionen geschätzt. Davon waren 14 Millionen Deutsche.

4.2. Evakuierung und Flucht

Der Verlauf des Krieges, der spätestens nach Stalingrad den Aggressor Deutschland zusehends zum Besiegten und das Reichsgebiet zum Kriegsschauplatz werden ließ, führte dazu, dass 1944 von den Reichsbehörden Evakuierungen in großem Umfang durchgeführt wurden. Den Betroffenen gaukelte man vor, es handle sich um eine vorübergehende Maßnahme. Nachdem man die zur asiatischen Gefahr dämonisierten sowjetischen Truppen zurückgeschlagen habe, könnten die Evakuierten in ihre Heimatgebiete zurückkehren. Zwischen Oktober 1944 und März 1945 wurden etwa

100.000 der ca. 140.000 Deutschen aus der Slowakei, der sogenannten Karpatendeutschen, nach Westen evakuiert. Mit 95.000 Personen wurden die Deutschen aus dem unabhängigen Staat Kroatien fast vollständig evakuiert. Sie gelangten ins Protektorat Böhmen und Mähren, ins Sudetenland oder nach Österreich. Eine umfassende Evakuierung von Sudetendeutschen fand nur im Ostsudetenland statt.

Mit dem Vorrücken der Front setzte in vielen Gebieten die Fluchtbewegung der deutschen Bevölkerung ein. In Ostpreußen und weiteren Bereichen der Ostgebiete des Deutschen Reichs geschah das bereits im Herbst 1944, als die im Rückzug begriffene deutsche Ostfront sich schnell nach Westen verschob. Meist handelte es sich um einen überstürzten Aufbruch in letzter Sekunde vor den Truppen der sowjetischen Armee. Das Chaos der überwiegend spontanen Fluchtaktionen hatten die Nationalsozialisten mit zu verantworten. So verbot beispielsweise der Gauleiter Ostpreußens, Erich Koch, die Vorbereitung der Evakuierung der ansässigen Bevölkerung und propagierte auch Anfang 1945 noch Durchhalteparolen. Allerdings interessierte einen Teil der Bevölkerung das Warten bis zu einem offiziellen Evakuierungsbefehl wenig: man flüchtete auf eigene Faust. Aus der alteingesessenen deutschen Bevölkerung und den seit 1939 angesiedelten Umsiedlern wurden Flüchtlinge.

Die bekannt gewordenen Gräueltaten der sowjetischen Einheiten bei der Eroberung deutscher Ortschaften, wie z. B. Nemmersdorf, und zusätzlich propagandistisch geschürte Panik verstärkten bei vielen Flüchtlingen die ohnehin schon durch den extrem kalten Winter schlechten Bedingungen der Flucht. Die „Unfähigkeit zu kapitu-

Erschlagene Kinder in Nemmersdorf / Ostpreußen, Oktober 1944 (Bundesarchiv 101 I/464/383 I / 28)





Ein Treck von ostpreußischen Flüchtlingen bei Braunsberg, Januar 1945
(Bundesarchiv 146/76/72/9)

lieren“ zeigte sich auch in Breslau, der Hauptstadt Niederschlesiens. Wie im ostpreußischen Königsberg wurde auch hier so lange gekämpft, wie es überhaupt möglich war. Erst am 6. Mai 1945, kurz vor der Kapitulation des Deutschen Reiches, resignierte das zuständige deutsche Kommando vor der Belagerung durch die Rote Armee.

Nach der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht strebten viele der Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten in ihre Heimat zurück. Doch bereits im Mai und Juni 1945 begannen ihnen polnische Verbände den Übertritt an Oder und Neiße zu verweigern, um eine Rückkehr der Deutschen in ihre Heimat dauerhaft zu verhindern. Aus Evakuierten und Flüchtlingen sind so Vertriebene geworden.

4.3. Wilde Vertreibungen: Das Beispiel Polen und Tschechoslowakei

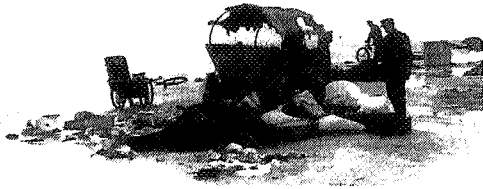
Die ersten Vertreibungen im Anschluss an die Eroberung deutscher Gebiete und der unter nationalsozialistischer Herrschaft stehenden Territorien durch die Rote Armee bis zur Potsdamer Konferenz im Juli/August 1945 werden als „wilde Vertreibungen“ bezeichnet, d. h. willkürliche Vertreibung ohne vertragliche Sanktionierung. Bereits im Winter 1944/45 entlud sich in den zuerst eroberten Gebieten Ostpreußens und Schlesiens in vielen Fällen der Hass der sowjetischen Soldaten, deren Land durch den deutschen Vernichtungskrieg schweren Schaden genommen hatte. Auch bei Teilen der polnischen und tschechischen Bevölkerung flossen Vergeltungsgefühle in die nun folgenden exzessartigen Ausschreitungen

gegen Deutsche ein. Vergewaltigungen und Lynchjustiz standen auf der Tagesordnung. Das hohe Maß an Brutalität gegenüber den Verfolgten kennzeichnet diese Phase des Vertreibungsprozesses.

Die „wilden Vertreibungen“ wirkten spontan, waren aber weitgehend auch gesteuert. Bis zur Potsdamer Konferenz sollten möglichst unumkehrbare Fakten geschaffen werden, nämlich die Gebiete „ethnisch zu säubern“: Aufgestachelt durch Aufrufe im Rundfunk und durch gezielte Hetze auf Flugblättern machten sich Armee-Einheiten sowie in der Tschechoslowakei auch spontan gebildete „revolutionäre Formationen“ und neugebildete Polizeiverbände daran, in kurzer Zeit möglichst viele Deutsche aus ihrer Heimat zu entfernen.

Nach dem Ende der Kampfhandlungen im Frühjahr 1945 übernahmen polnische Behörden unter Duldung, aber auch Kritik der sowjetischen Befehlshaber, die Verwaltung der besetzten deutschen Ostgebiete, in der Amtssprache als „Wiedergewonnene Gebiete“ bezeichnet. Damit verbunden war die „Lösung der Frage der Deutschen“. Von Juni bis Mitte Juli 1945 vertrieben polnisches Militär und die Miliz beispielsweise fast die gesamte deutsche Bevölkerung der Oder-Neiße-Region. Schätzungen gehen davon aus, dass darüber hinaus etwa 400.000 Deutsche in Polen und den deutschen Ostgebieten von der „wilden Vertreibung“ betroffen waren. Organisiert war die „wilde Vertreibung“ insofern, als Militäreinheiten nach einem festen Plan die Ortschaften nach Deutschen durchsuchten. Auf dem meistens zu Fuß zurückgelegten Weg waren die Vertriebenen Plünderungen und Gewaltakten ausgesetzt. Ein Teil der Deutschen wurde zunächst noch in Konzentrationslagern festgehalten, ein anderer Teil in den oberschlesischen Bergwerken zur Zwangsarbeit verpflichtet und eine weitere Gruppe von den Sowjets zur Zwangsarbeit in die UdSSR deportiert.

Tschechoslowakische Revolutionsgarden zogen aus dem ehemaligen Protektorat in die Grenzgebiete – das Sudetenland – und begannen dort mit der Vertreibung der Deutschen. Besonders hart traf es oft die Bewohner in Mischsiedlungen oder den sogenannten Sprachinseln. Die Exzesse z. B. in Prag, Brünn, Aussig und anderen Städten, die tausende von Opfern forderten, sind neben anderen gut überliefert. Schätzungsweise 450.000 Deutsche, meist Ältere, Frauen und Kinder, wurden in der Phase der „wilden Vertreibungen“ aus der Tschechoslowakei in die sowjetische Besatzungszone vertrieben. Die brutalen Aus-



Zerschossener Treckwagen auf dem Frischen Haff (SV-Bilderdienst)

schreitungen veranlassten die Amerikaner, ihre Besatzungszone im Juni 1945 kurzfristig für Vertriebene zu sperren.

In den Zeitraum der „wilden Vertreibungen“ fallen auch einige der vom tschechoslowakischen Staatspräsidenten Beneš erlassenen juristischen Anordnungen. Die sogenannten Beneš-Dekrete beinhalteten u.a. das Amnestiegesetz vom 8. Mai 1946 und die Enteignung der deutschen und ungarischen Bevölkerung sowie die Aberkennung ihrer tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft.

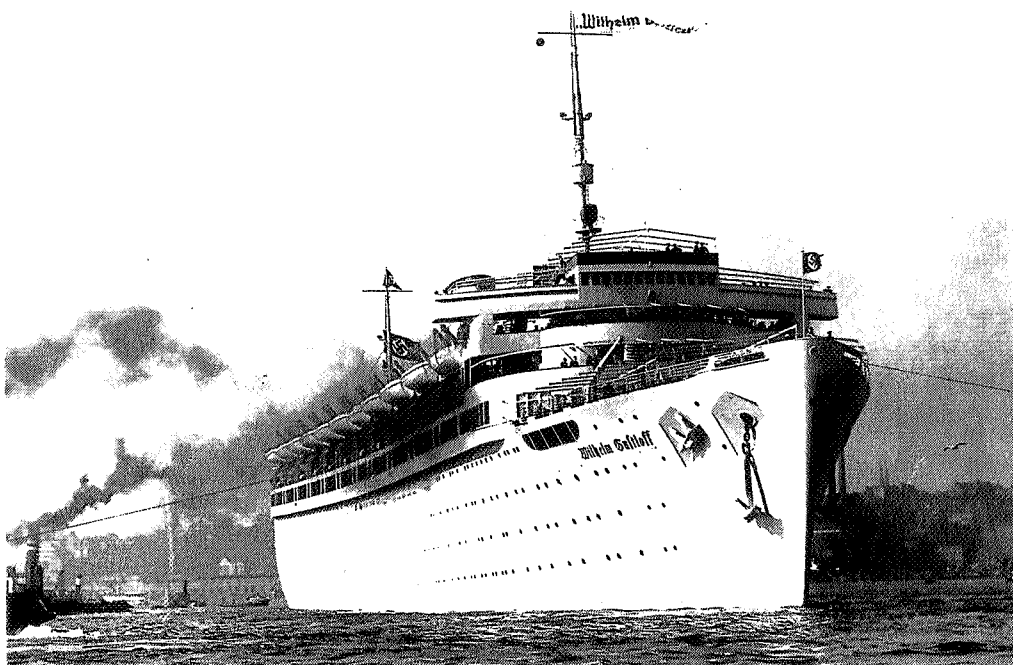
4.4. Die Konferenz von Potsdam und die Folgen

Als sich Mitte Juli 1945 die „großen Drei“, Generalissimus Stalin, Premierminister Churchill und Präsident Roosevelt, in Potsdam trafen, um nach der Kapitulation Deutschlands über dessen Zukunft und die europäische Nachkriegsordnung zu beraten, erreichte in Polen und in der Tsche-

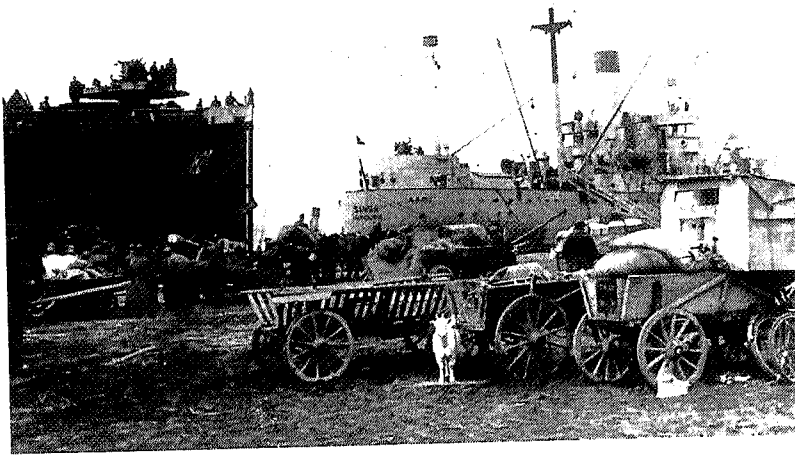
choslowakei die „wilde Vertreibung“ gerade ihren Höhepunkt. Um dieser Einhalt zu gebieten und als Ergebnis der gefundenen Kompromisse bei der Westverschiebung Polens und den Reparationen, billigten die Siegermächte mit dem am 2. August 1945 ausgehandelten Artikel XIII des Potsdamer Abkommens „die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben war“. Angesichts der in den letzten Wochen bekannt gewordenen unvorstellbaren Gräueltaten, mit denen eine solche „Umsiedlung“ offenbar verbunden war, verlangten die Westmächte, solche Maßnahmen künftig „in geordneter und humaner Weise“ durchzuführen. Mit Verweis auf den Vertrag von Lausanne und die „Heim ins Reich“-Umsiedlungen Hitlers war man sich in den Verhandlungen der Alliierten darüber einig,



Flüchtlingstreck auf dem Frischen Haff, Januar 1945 (Ullstein bild)



Im Januar 1945 wird das Lazarettsschiff „Wilhelm Gustloff“ eingesetzt, um Flüchtlinge aus Ostpreußen über die Ostsee zu evakuieren. Das Schiff legt mit ca. 10.600 Menschen an Bord ab, davon etwa 4.000 Kinder, da es die Anweisung gibt, vorwiegend Mütter und Kinder zu evakuieren. Das Schiff wird in der Nacht zum 30. Januar 1945 von einem russischen U-Boot mit drei Torpedotreffern versenkt, etwa 9.300 Menschen sterben, nur 1.300 können gerettet werden. (SV-Bilderdienst)



Von Flüchtlingen zurückgelassene Treckwagen am Kai von Gotenhafen (Gdingen) bei Danzig, Januar 1945 (SV-Bilderdienst)

dass es sich zwar um eine in ihrem Umfang bis dahin nicht gekannte, aber notwendige und durchführbare Umsiedlung handelte.

Nach der Potsdamer Konferenz wählten viele, bis zu 550.000 Ostdeutsche in Polen und in den von den Siegermächten unter polnische Verwaltung gestellten deutschen Reichsgebieten, den Weg der amtlich bestätigten „freiwilligen“ Aussiedlung, um der Entrechtung, Enteignung und Konzentration in Gefängnissen, Arbeits- und Internierungslagern zu entgehen.

Die 1946 einsetzenden Massenausiedlungen folgten einem vom Alliierten Kontrollrat am 21. November 1945 verabschiedeten Plan. Er war bereits bei seiner Verabschiedung überholt. Danach hatte die britische Zone 22,5%, d.h. 1,5 Millionen Deutsche ausschließlich aus Polen, die amerikanische 33,5%, etwa 2,25 Millionen, die sowjetische 41,5%, d.h. 2,75 Millionen Deutsche vor allem aus Polen und der Tschechoslowakei, und Frankreich 150.000 vor allem deutsche Reichsbürger aus Österreich aufzunehmen. Der erste Trans-

Die deutsche Bevölkerung der mährischen Stadt Brünn wird Ende Mai 1945 zusammengetrieben. (Sudetendeutsches Archiv)



port ging am 24. Februar 1946 von Kohlfurt in die britische Zone ab.

Die von Polen zentral gelenkte und von den Briten kontrollierte Massenausiedlung versuchte wenigstens einige Normen und Verhaltensregeln einzuhalten. Dennoch waren Diebstähle, Überfälle auf die Transporte, Raubzüge und in geringerem Maße auch die Bedrohung des Lebens der Vertriebenen an der Tagesordnung. Restriktionen beim Gepäck der Vertriebenen, fehlende oder unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln und katastrophale hygienische Verhältnisse bewogen die britischen Behörden im August 1946, die Tageskontingente von 8.000 auf 5.000 Menschen zu verringern, bis sie Ende 1946 jegliche weitere Aufnahme verweigerten. Insgesamt wurden im Rahmen der im Potsdamer



Flüchtlingskinder aus Pommern auf dem Bahnhof Lankwitz in Berlin, 1945 (Bundesarchiv 183/S 74035)

Abkommen als geregelt bezeichneten Ausiedlung 1,5 Millionen Deutsche aus Polen und den polnisch besetzten Gebieten in die britische Zone vertrieben, in die sowjetische Besatzungszone 1,8 Millionen, wobei in diese bis November 1947 die Transportzüge rollten.

Im Zuge des Vertreibungsprozesses der Sudeten- und Karpatendeutschen aus der Tschechoslowakei, von tschechischer Seite „odsun“, „Abschub“ genannt, wurden mit Eisenbahntransporten von Januar bis November 1946 1,4 Millionen in die amerikanische und bis einschließlich 1947 790.000 in die sowjetische Besatzungszone vertrieben. Die von den Alliierten ausgehandelten Bestimmungen sahen vor, dass 50 Kilogramm Gepäck und 500 Reichsmark mitgeführt werden durften. Ähnliche Regelungen galten auch in Polen und Ungarn, die aber in der Praxis nicht selten missachtet wurden. Zurück blieben

230.000, auf Grund der Beneš-Dekrete entrechtete Deutsche, deren Lage sich erst im Verlauf der 1950er Jahre allmählich verbesserte.

Die Initiative zur Vertreibung der Deutschen aus Ungarn ging einerseits von der politischen Führung des Landes, andererseits von der tschechoslowakischen Regierung aus. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten traten alle im Provisorischen Parlament vertretenen ungarischen Parteien für eine teilweise oder vollständige Vertreibung der Ungarndeutschen ein. Von Anfang an stand Ungarn jedoch auch unter dem Druck seitens der Tschechoslowakei. Sie wollte möglichst viele der in der Slowakei beheimateten Magyaren nach Ungarn abschieben. Um für diese Platz zu schaffen, setzte sich Ungarn bei den Siegermächten für die Vertreibung aller Ungarndeutschen ein. „Vom nationalitätenpolitischen Standpunkt ist es unzweifelhaft im Interesse Ungarns, dass die Deutschen in um so größerer Zahl das Land verlassen. Niemals wird eine solche Gelegenheit wiederkehren, sich von den Deutschen zu befreien,“ sagte der damalige Minister für Wiederaufbau. Solchen Überlegungen verpflichtet, ersuchte die ungarische Regierung bereits im Mai 1945 die Siegermächte um ihre Zustimmung zur Vertreibung von 200.000 bis 250.000 Ungarndeutschen. Das Potsdamer Abkommen entsprach diesem Plan. Die Regierungsverordnung vom 29. Dezember 1945 über die „Aussiedlung“ der Ungarndeutschen sah vor, aufgrund des Prinzips der Kollektivschuld mit 500.000 eigentlich alle Deutschen zu vertreiben. Die geregelte Massenausiedlung in die amerikanische Besatzungszone begann am 19. Januar 1946. Nachdem sie wegen wachsenden innen- und außenpolitischen Drucks Anfang Juni unterbrochen worden waren, wurden sie am 8. November wieder aufgenommen und nach wenigen Transporten im Dezember von den amerikanischen Behörden überhaupt eingestellt. Insgesamt kamen etwa 150.000 Ungarndeutsche in die amerikanische Zone, vorwiegend nach Nordbaden und Nordwürttemberg. Im Zeitraum vom 19. August 1947 bis zum 15. Juni 1948 wurden noch einmal 40.000 bis 50.000 Personen in die sowjetische Besatzungszone abgeschoben. An die 200.000 Ungarndeutsche, von denen bis zu 60.000 für Jahre zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert wurden, blieben zurück.



Sonderbefehl

**für die deutsche Bevölkerung der Stadt Bad Salzbrunn
einschliesslich Ortsteil Sandberg.**

Lauf Befehl der Polnischen Regierung wird befohlen:

1. Am 14. Juli 1945 ab 6 bis 9 Uhr wird eine Umsiedlung der deutschen Bevölkerung stattfinden.
2. Die deutsche Bevölkerung wird in das Gebiet westlich des Flusses Reiffe umgesiedelt.
3. Jeder Deutsche darf höchstens 20 kg Reisegepäck mitnehmen.
4. Kein Transport (Wagen, Ochsen, Pferde, Kühe usw.) wird erlaubt.
5. Das ganze lebendige und tote Inventar: in unbeschädigtem Zustande bleibt als Eigentum der Polnischen Regierung.
6. Die letzte Umsiedlungsfrist läuft am 14. Juli 10 Uhr ab.
7. Nichtausführung des Befehls wird mit schärfsten Strafen verfolgt, einschließlich Waffengebrauch.
8. Auch mit Waffengebrauch wird verhindert Sabotage u. Plünderung.
9. Sammelplatz an der Straße Bhf. Bad Salzbrunn-Abelsbacher Weg in einer Marschkolonne zu 4 Personen. Spitze der Kolonne 20 Meter vor der Ortschaft Abelsbach.
10. Diejenigen Deutschen, die im Besitz der Nichtevakuierungsbescheinigungen sind, dürfen die Wohnung mit ihren Angehörigen in der Zeit von 5 bis 14 Uhr nicht verlassen.
11. Alle Wohnungen in der Stadt müssen offen bleiben, die Wohnungs- und Hauschlüssel müssen nach außen gesteckt werden.

Bad Salzbrunn, 14. Juli 1945, 6 Uhr.

Abschnittskommandant

(-) Zinkowski
Oberstleutnant

4.5. Jugoslawien und Rumänien

Die gegen die beträchtlichen deutschen Minderheiten in Jugoslawien und Rumänien von den jeweiligen Regierungen eingeleiteten Maßnahmen unterscheiden sich bei durchaus vorhandenen Gemeinsamkeiten in wesentlichen Punkten von der Entwicklung in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn. Die deutsche Bevölkerung wurde entrechtet, es wurde ihr die wirtschaftliche Grundlage entzogen und ein erheblicher Teil war von der Deportation in die Sowjetunion betroffen. Aber keiner der beiden Staaten bemühte sich darum, in Art. XIII des Potsdamer Abkommen aufgenommen zu werden. Das sollte sich unterschiedlich auf ihre Politik gegenüber ihren deutschen Minderheiten auswirken.

Bis zum Herbst 1944 war ein großer Teil der Jugoslawiendeutschen bereits evakuiert oder geflüchtet. Zum Zeitpunkt der Machtübernahme durch die jugoslawische

*Vertreibungsbefehl der
polnischen Regierung für
Bad Salzbrunn, Schlesien
(akg)*



Unter dem Vorwand der Bedrohung Rumäniens durch den jugoslawischen Diktator Tito, der aus der von den Sowjets beherrschten kommunistischen Einheitsfront ausgespart war, wurden im Juni 1951 in der rumänischen Grenzzone zu Jugoslawien auf einer Breite von 25–35 km über 12.000 Familien mit über 40.000 Menschen (Deutsche, Serben, Rumänen) in die ostrumänische Bărăgan-Steppe deportiert. (Aus der Ausstellung zur Deportation aus dem Banat in die Bărăgan-Steppe Rumäniens der Landsmannschaft der Banater Schwaben, Landesverband Bayern)

Volksbefreiungsbewegung waren noch 200.000 Volksdeutsche im Land. Sie fielen nach der Machtübernahme durch die Partisanen vielerorts dem ungehemmten Drang nach Rache und Vergeltung zum Opfer. Kollektiv der Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht beschuldigt, hat die Tito-Regierung bereits am 21. November 1944 ihre Enteignung und die Aberkennung ihrer Bürgerrechte beschlossen. Ein förmlicher Vertreibungsbeschluss ist – soweit bisher bekannt – niemals gefasst worden. Erst im Januar und erneut im Mai 1946 hat die jugoslawische Regierung die Forderung erhoben, unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen die Zustimmung zu einem „Transfer der gesamten deutschen Minderheit“ nach Deutschland zu erlangen, was die Regierung der USA strikt ablehnte. Zu einer direkten Vertreibung kam es deshalb nur partiell, nämlich der Deutschen aus Slowenien und aus Teilen Slawoniens. Die Deutschen in den übrigen Gebieten, vor allem in der Vojvodina, wurde in Lagern zusammengefasst und zur Zwangsarbeit eingesetzt, sofern sie die an vielen Orten verübten Massaker überlebt hatten. An der Jahreswende 1944/45 wurden an die 30.000 Jugoslawiendeutsche zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion abtransportiert. Ein erheblicher Teil der in den Lagern Verbliebenen kam unter den Strapazen der Zwangsarbeit und der fortdauernden Misshandlungen – schätzungsweise über

70.000 Personen, darunter sehr viele Frauen und Kinder – ums Leben. Diese Lager werden von den Überlebenden als Todeslager bezeichnet. Der Rest der Bevölkerung wurde bis 1949 aus den Lagern entlassen und über die Grenze nach Ungarn und Österreich abgeschoben.

Ein Teil der deutschen Minderheit Rumäniens – Bukowina, Dobrukscha – wurde 1940 „Heim ins Reich“ geholt. Die Siebenbürger Sachsen aus dem Nordwesten Siebenbürgens, das im Zweiten Wiener Schiedsspruch Ungarn zugeschlagen worden war, wurden 1944 vorwiegend nach Österreich und nach Böhmen evakuiert. Nur ein sehr geringer Teil der im Südwesten Rumäniens siedelnden Banater Schwaben floh 1944 mit den sich zurückziehenden deutschen Truppen. Nachdem Rumänien im August 1944 die Fronten wechselte und sich der Anti-Hitler-Koalition anschloss, wurden etwa 70.000 Deutsche in sowjetische Arbeitslager deportiert. Die Zahl der Todesopfer wird auf über 15% geschätzt. Die Überlebenden wie auch ein Großteil der während des Krieges Evakuierten kehrten nach Rumänien zurück. Im Zuge der kommunistischen Umgestaltung des Landes wurde die deutsche Minderheit zunächst sowohl rechtlich als auch sozial und wirtschaftlich deklassiert. Von Deportationen innerhalb des Landes war die Banater Bevölkerung an der Grenze zu Jugoslawien betroffen. Dennoch und gerade weil Rumänien seine deutsche Bevölkerung nicht auswies oder vertrieb und sich in den fünfziger Jahren um eine Rückkehr der außerhalb des Landes Lebenden bemühte, bestand noch bis in die jüngste Vergangenheit eine in großen Zügen intakte deutsche Minderheit in Rumänien.

4.6. Ergebnis

Die Entscheidung, die deutsche Bevölkerung am Ende des Zweiten Weltkrieges aus den Ostprovinzen des Deutschen Reiches sowie aus einer Reihe von Staaten Ostmittel- und Südosteuropas umzusiedeln und zu vertreiben, ist das Ergebnis eines Prozesses, in dem zum einen tief verankerte Langzeitelemente ihre Wirksamkeit entfalteten. Dazu zählt der Siegeszug des übersteigerten Nationalismus und des Nationalstaates in Europa mit seinem Homogenisierungswahn ebenso, wie der damit verbundene Umgang mit nationalen Minderheiten und der in Europa weit verbreiteten Praxis, sie auf Grund zwischenstaatlicher Abkommen umzusiedeln oder



sie willkürlich zu verpflanzen. Hinzu kamen zeitspezifische Faktoren, wie die europäischen Auswirkungen der vom Rassegedanken bestimmten nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und die Nachkriegsziele der Alliierten. Bei allen Unterschieden bestand bei den Siegermächten grundsätzliche Einigkeit darüber, dass die Vertreibung zum Aufbau einer Nachkriegsordnung nicht nur praktikabel, sondern auch unumgänglich sei. Das Ergebnis dieses Entscheidungsprozesses waren bis zu zwei Millionen Todesopfer und etwa 14 Millionen deutsche Flüchtlinge und Vertriebene – der größten erzwungenen und vertraglich sanktionierten Umsiedlung der Geschichte. Das Vertreibungsschicksal jedes Einzelnen steht sinnbildlich auch für das 20. Jahrhundert, das „Jahrhundert der Flüchtlinge“.

Zweifellos trugen die Vertreibungsprozesse am Ende des Zweiten Weltkrieges, von dem neben der deutschen Bevölkerung Ostmittel- und Südosteuropas in kleinerem Umfang auch andere nationale Minderheiten wie Finnen, Polen, Tschechen, Ungarn betroffen waren, dazu bei, die ethnische Homogenität der europäischen Staaten zu erhöhen. Doch zu welchem Preis und mit welchem Ergebnis? Die Frage, nach der Beziehung von Nationalstaat und nationalen Minderheiten blieb ebenso unbeantwortet, wie Flucht, Umsiedlung und Vertreibung auch nicht die friedliche Koexistenz der Nationalstaaten im Nachkriegseuropa sicherten. Die Abwesenheit des Krieges in Europa nach 1945 war vielmehr das Ergebnis des bedrohlichen atomaren Gleichgewichts der beiden Großmächte. Als der Kalte Krieg Ende der 1980er Jahre mit dem

Zusammenbruch der Sowjetunion zu Ende ging, kehrten mit dem Zerfall Jugoslawiens auch wieder Umsiedlung, Flucht und Vertreibung bis hin zu Völkermord nach Europa zurück.

Zur Zwangsaussiedlung bestimmte Sudetendeutsche aus Pilsen sind zum Abtransport zusammengetrieben worden. (Sudetendeutsches Archiv)



Vertreibung aus dem Osten (Bundesarchiv 146/94/54/26)

Vertreibungen europäisch erinnern?
Historische Erfahrungen
Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeptionen

Herausgegeben von
Dieter Bingen, Włodzimierz Borodziej
und Stefan Troebst

2003

Harrassowitz Verlag · Wiesbaden

VICTOR NEUMANN	102
Erzwungene Auswanderungen	
PIOTR MADAJCZYK	110
Formen der Zwangsmigration in Polen 1939 – 1950	
DETLEF BRANDES	124
Thesen zur Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei	
Diskussion	127
ALEKSANDR GUR'JANOV	138
Überblick über die Deportationen der Bevölkerung in der UdSSR in den Jahren 1930 – 1950	
EDITA IVANIČKOVÁ	144
Die Zwangsmigration auf und aus dem Gebiet der Slowakei Ende der dreißiger und in den vierziger Jahren	
LÁSZLÓ SZARKA	150
Ungarn in der Region	
ZORAN JANJETOVIĆ	153
Die Vertreibungen auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien	
STEFAN TROEBST	158
Vom Grammos-Gebirge nach Niederschlesien: Bürgerkriegsflüchtlinge aus Griechenland in Osteuropa und Zentralasien (1946 – 2002)	
Diskussion	167
<i>Podium 3</i>	
<i>Zwangsmigration, Massenfluchtbewegung und Vertreibungen nach dem Kalten Krieg. Die Politik des »Ethnic Cleansing«</i>	
Moderation: Stefan Troebst	
GAZMEND PULA	177
Ethnic Cleansing as Policy – The Case of Kosovo	
SONJA BISERKO	188
Politics of »Ethnic Cleansing«	
MARIE-JANINE CALIC	194
»Ethnische Säuberungen« in Bosnien-Herzegowina	
Diskussion	199

PIOTR MADAJCZYK

Formen der Zwangsmigration in Polen 1939 – 1950

Am Beispiel Polens möchte ich zeigen, wie viele Formen der Zwangsmigration es gibt und wie schwer sie zu ordnen sind, denn sie gehen oft ineinander über. Die Zeit zwischen 1939 und 1950 war in Polen auch in Bezug auf die Migrationen der Bevölkerung sehr ereignisreich: Schon der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges brachte große Bevölkerungsgruppen in Bewegung, dann kamen die deutsche und die sowjetische Besatzungspolitik, die die Zwangsmigrationen als ein Werkzeug einsetzten. Das Jahr 1945 bedeutete für diese Bewegungen nicht das Ende, denn nun wurden sie zur Neugestaltung Polens als Nationalstaat und in neuen Grenzen eingesetzt.

Beginnen wir also mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939, als die Flucht der Zivilbevölkerung vor der deutschen Offensive einsetzte. Ein großer Teil der Flüchtlinge kehrte dann nach Hause zurück, ein anderer Teil ging weiter in die Emigration. Vor allem betrifft dies einen Teil der jüdischen Bevölkerung, der – mehr oder weniger über die deutsche Politik den Juden gegenüber informiert – die Rückkehr unter die deutsche Besatzung fürchtete und weiter nach Osten ging, in die Sowjetunion (ca. 150.000 Menschen von über insgesamt 300.000 Flüchtlingen, die in den Ostgebieten blieben). Viele andere Flüchtlinge zogen weiter in Richtung »Westen«, um sich dem Kampf gegen Hitler anzuschließen und dann, wie sie meinten, nach Hause zurückzukehren. Diese Fluchtmigrationen waren typisch für den Krieg; sie sollten nur kurzfristig dauern, bekamen aber infolge der späteren Ereignisse einen langfristigen oder endgültigen Charakter.¹

Die Zwangsmigrationen waren von Anfang an ein wichtiges Werkzeug der deutschen und der sowjetischen Besatzungspolitik. In der deutschen Politik entscheidend waren die Rassen- und in der sowjetischen die Klassenkriterien, die sich aber oft mit den Nationalitätengrenzen deckten (in Ostpolen gehörten Bürger polnischer Nationalität meistens zu den höheren Schichten). In beiden Systemen wollte man mittels Zwangsmigrationen die alten Gemeinschaften zerschlagen,

¹ Nach Ungarn, Rumänien, Litauen und Lettland gingen 125.000 – 150.000 Personen. Madajczyk, C.: *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce*. Warszawa 1970, Bd. I, S. 249. Es handelte sich um Personen, die höhere Positionen im polnischen Staat bekleideten, wie auch um solche, die den Kampf fortsetzen wollten. Bis zum Frühjahr 1940 erreichten 50.000 von ihnen Frankreich.

die »unerwünschten« Personen aus dem beanspruchten Gebiet vertreiben und damit die Voraussetzungen für eine schnelle Assimilation der Zurückgebliebenen schaffen.

In den polnischen Ostgebieten, die sich nach dem 17. September unter sowjetischer Besatzung befanden, nahmen die Zwangsmigrationen vor allem die Form einer Deportation unter dem Einsatz direkter Gewalt an. Diese Zwangsmigrationen verliefen aber oft in vielen Etappen oder Zwischenstationen, die auch jahrelang dauern konnten und starke Menschenverluste zur Folge hatten. Die einfachste Form der Deportation bedeutete, dass Menschen in den Osten der Sowjetunion gebracht und dort einfach abgesetzt wurden – ohne Recht auf Rückkehr in die alte Heimat und ohne Hilfe beim Aufbau einer Existenz in der neuen Umgebung. Andere Menschen wurden ins Lager gebracht – alle sowjetischen Lager stützten sich auf Zwangsarbeit, konnten aber sowohl Straf- als auch Vernichtungslager sein –, durften aber nach der Entlassung nicht nach Hause zurück, sondern mussten sich in der Verbannung ansiedeln. Unter den Deportierten und in die Lager Verbrachten waren auch jüdische Flüchtlinge aus anderen Gebieten Polens, die zeitweilig Zuflucht in Ostpolen gefunden hatten und dann, von den sowjetischen Behörden als politisch verdächtig eingestuft, nach Osten deportiert wurden. In den polnischen Ostgebieten mussten ca. eine halbe bis eine Million Menschen ihre Heimat verlassen. Etwa 300.000 wurden nach Osten deportiert, eine unbekannte Zahl flüchtete über die zunächst nur wenig geschützte sowjetische Grenze ins Generalgouvernement. Dorthin flüchteten auch einige Tausend Ukrainer aus den sowjetisch besetzten Gebieten der Westukraine.

Schwierig ist es, den speziellen Einsatz des Militärdienstes einzuordnen. Militärdienst an sich verbindet sich ja nicht unbedingt mit Bevölkerungspolitik und Zwangsmigrationen, er kann aber auch Integration oder Assimilation zum Ziel haben. Von den sowjetischen Behörden wurde er als eines von vielen Elementen der Bevölkerungspolitik eingesetzt, um die geschlossenen Siedlungen der polnischen Bevölkerung zu schwächen und in der Sowjetunion verstreute Personen polnischer Nationalität leichter zu assimilieren. Grundsätzlich also hatte der Militärdienst (ca. 100.000 Personen) in diesem Kontext eine andere Bedeutung, als er sie traditionell hat. Er glich mehr der Verschickung zur Zwangsarbeit, nur mit dem Unterschied, dass die Arbeit nicht für die Wirtschaft, sondern für die Armee genutzt wurde. Obige Maßnahmen trafen in den von der Sowjetunion annektierten Gebieten besonders scharf die polnische Bevölkerung (die, wie gesagt, dort meistens zu den höheren Schichten, also zum »Klassenfeind« gehörte), aber keinesfalls ausschließlich. Auf die gleiche Weise wurden auch Personen anderer Nationalität behandelt, die im sowjetischen System als politisch verdächtig galten. Etwa 50.000 Personen wurden zur Arbeit in andere Teile der Sowjetunion, meistens in den Donbas, verschickt.

In der deutschen Besatzungspolitik spielten Zwangsmigrationen eine noch wichtigere Rolle, und zwar deshalb, weil die ideologisch begründeten Rassenkriterien es schwieriger machten, ganze Bevölkerungsgruppen in das System einzugliedern. Nach den deutschen Plänen sollte die Bevölkerungspolitik in aufeinander folgenden Etappen realisiert werden: Zuerst sollte die Bevölkerung in den polnischen Gebieten aufgeteilt werden: Die nationalen Minderheiten wurden abgesondert, und in der polnischen Bevölkerung versuchte man Personen zu finden, die sich für eine »Germanisierung« eigneten (es geht hier um die Deutsche Volksliste und um zahlenmäßig begrenzte Versuche, ein sogenanntes Goralenvolk zu schaffen und für die Arbeit besonders nützliche Polen als »Leistungspolen« abzusondern). Dieses Vorgehen betraf eine verhältnismäßig kleine Gruppe von Personen, die von den Repressalien, auch von der Zwangsaussiedlung, ausgenommen wurden. In weiteren Schritten sollte die Ausrottung der aus unterschiedlichen Gründen unerwünschten Bevölkerungsgruppen erfolgen – der Juden, der Zigeuner, der polnischen Führungsschichten. Dann sollte die Zwangsaussiedlung der »weniger gefährlichen« Polen folgen, darunter auch der Rest der Führungsschichten, und als letzte Stufe war die Ansiedlung der Deutschen geplant. Den Gipfelpunkt dieser Pläne bildete der Generalplan Ost, der eine völlige Änderung der Nationalitätenstruktur (aus der Sicht des Dritten Reiches war es eine Änderung der Rassenstruktur) in Mittel- und Osteuropa vorsah. Als erstes sollten Polen und Juden aus den ins Reich eingegliederten Gebieten Polens abgeschoben werden. Deutsche Behörden empfahlen auch schärfste Strafen für diejenigen, die nach der Zwangsaussiedlung eventuell zurückkehren würden.

Der oben beschriebene Kontext zeigt, welche Rolle die Zwangsmigrationen in der Politik spielten. Dem Zwang waren vor allem Juden und Polen ausgesetzt, die von den deutschen Behörden ausgesiedelt wurden, aber auch teilweise die deutschen Ansiedler in den polnischen Gebieten. Betrachten wir uns zuerst genauer die Methoden der Zwangsaussiedlung der polnischen Bevölkerung. Zuerst stellte sich die Frage: Wohin? 1939 erwog man die Schaffung eines »Judenreservats« südöstlich von Krakau oder östlich von Lublin, in das Juden, nicht nur aus Polen, und vielleicht auch einige Polen zwangsweise übersiedeln sollten. Diese Pläne ließ man jedoch sowohl aus strategischen Gründen, als auch angesichts des Widerstandes der lokalen deutschen Behörden fallen. Letztlich wurden polnische Bürger jüdischer Nationalität oder Abstammung, wenn sie nicht gleich getötet wurden, ghettoisiert – also in die damals gebauten oder abgegrenzten Ghettos verwiesen. In größeren Städten bedeutete dies den Umzug in einen anderen, schlechteren Stadtbezirk, in einer ländlichen Umgebung den Umzug in eine der Ortschaften, wo Ghettos gebaut wurden.² Damit war meistens die Aufgabe der

² Dieser Prozess der Ghettoisierung wurde aus verschiedenen, auch technischen Gründen

früheren Wohnungen und Werkstätten verbunden. Diese Form der Zwangsmigration endete so: Die Ghettos wurden liquidiert und deren Einwohner in die Vernichtungslager gebracht. Die Zwangsmigration ging in Völkermord über.

In Bezug auf die polnische Bevölkerung setzte man vielseitigere Methoden der Zwangsaussiedlung ein. Zuerst erfolgte die Verdrängung aus den ans Reich angegliederten Gebieten Polens. Ende 1939 begannen die Aussiedlungen aus Gdingen, und bis Ende des Jahres umfassten sie ca. 90.000 Personen. Anfangs konnten die Polen Gdingen selbst verlassen, in anderen Gebieten wurden sie manchmal individuell dazu aufgefordert, die Ortschaft binnen 24 Stunden zu verlassen, sonst drohte das Konzentrationslager. Sie konnten selbst entscheiden, wohin sie gehen wollten. Die ansässigen Deutschen waren an der Aussiedlung der reicheren polnischen Nachbarn und an der Übernahme von deren Eigentum sehr interessiert; natürlich spielten auch alte nachbarschaftliche Konflikte eine Rolle. Ideologische und praktische Leitlinien der Aussiedlung standen manchmal miteinander in Konflikt – aus ideologischen Gründen wollte man sofort die Polen aussiedeln, die nach 1918 in die polnischen Westgebiete gekommen waren; sie waren aber nicht besonders reich, ihr Eigentum war nicht attraktiv, und man brauchte sie als Arbeitskraft. Besonders stark waren die polnischen Eliten von der Zwangsaussiedlung betroffen.

Zu Beginn konnten die Aussiedler selbst entscheiden, wohin sie gehen wollten, dann lief die Aussiedlung zunehmend planmäßig, mit Aussiedlungslisten und koordinierten Bahntransporten. Die Aussiedler kamen in Übergangslager, die aber für einen Teil der Polen bis zum Ende des Krieges zum Arbeitslager wurden. Andere fuhren in unbeheizten Güterzügen ins Generalgouvernement, besonders als Ende 1939 eine große Aussiedlungswelle kam und es sich zeigte, dass die Koordination fehlerhaft war – einige Züge standen wochenlang in der Kälte oder blieben im Generalgouvernement ihrem Schicksal überlassen. Seit 1941 wurden junge Menschen konsequent sofort zur Zwangsarbeit nach Deutschland geschickt, und die SS suchte verstärkt nach »rassisch wertvollen« Personen.³

Die erwähnte Zwangsarbeit wurde zu einer Form der Zwangsmigration, die die größte Bevölkerungsgruppe umfasste. Grundsätzlich ähnelte sie einer Deportation, da die betroffenen Personen nicht berechtigt waren, den ihnen zugewiesenen Wohn- und Arbeitsplatz zu verlassen oder zu ändern. Die NS-Führung

(Baumaterial, Wachpersonal usw.) erst in der Phase der großen Massenmord-Aktionen beendet.

3 Die Zwangsaussiedlung aus den eingegliederten Gebieten wurde früh in der polnischen Historiographie bearbeitet. Vgl. Madajczyk, C.: *Polityka III Rzeszy* (wie Anm. 1), Bd. 1, S. 306–310; Łuczak, C.: *Wysiedlenia ludności polskiej na tzw. ziemiach wcielonych do Rzeszy 1939–1945*. In: *Documenta Occupationis*, VIII. Poznań 1969, S. VII-133.

betrachtete das Generalgouvernement als ein großes Reservoir von Arbeitskräften. Von 1943 an arbeiteten im Reich über 1,6 Millionen polnische Zwangsarbeiter, insgesamt waren von diesem Schicksal ca. zwei Millionen Polen betroffen.

Die Aussiedlungen verliefen immer nach dem gleichen Muster, dem gleichen wie unter der sowjetischen Besatzung: meistens nachts oder am frühen Morgen, man bekam zehn bis zwanzig Minuten Zeit für die Vorbereitung des Handgepäcks und konnte eine kleine Summe Geld, aber keine wertvollen Gegenstände mitnehmen. Die Aktion wurde von Gendarmerie, Schutzpolizei, SA, SS und Nationalsozialistischem Kraftfahrer-Korps durchgeführt, oft unter Anwendung von Gewalt (auch mit Todesopfern). Die Versorgung mit Lebensmitteln bzw. warmen Mahlzeiten wie auch mit Wasser war oft sehr schlecht, ähnlich wie die mit Heizmaterial, oft genug bekam man nur Schläge. Ausgesiedelt wurden auch kranke und körperbehinderte Menschen. Viele starben in Güterzügen in Folge der Kälte. Die Zerstörung der sozialen Bindungen zeigte sich, wenn frühere Schulkameraden bei der Durchführung der Aussiedlung halfen.⁴ Insgesamt verliefen die Zwangsaussiedlungen in der sowjetischen Besatzungszone sehr ähnlich, allerdings gab es dort größere Menschenverluste (Tote, Kranke, Erfrierungen) während der Transporte in den Osten der Sowjetunion. Die Umstände der deutschen Zwangsaussiedlungen begannen sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1940 zu verbessern – aus größerer Rücksicht auf die internationale Öffentlichkeit und weil ungeordnete Transporte die Lage im Generalgouvernement destabilisierten.

Zwischen Februar und August 1940 sollten 160.000 Polen aus dem Warthegau ins Generalgouvernement umgesiedelt werden. Ende 1940 wurden 20.000 Polen aus dem Gebiet um Saybusch (Żywiec) ausgesiedelt. Dabei versuchte man auch eine direkte Übernahme der Bauernhöfe. Mit dem Problem der Übergabe des unzerstörten Eigentums der Aussiedler kämpften alle Behörden bei allen Zwangsaussiedlungen. Man wollte die Übernahme des konfiszierten Eigentums der Zwangsaussiedler möglichst effizient durchführen, wobei die deutschen Behörden glaubten, es sei besser, den Ansiedlern den Anblick der Aussiedler zu ersparen.

Frank widersetzte sich auch den chaotischen Transporten von Juden ins Generalgouvernement, vermutlich glaubte man noch an die Zwangsaussiedlung nach Madagaskar. Erst als diese Transporte gestoppt wurden, dachte man, Platz für polnische Aussiedler aus den eingegliederten Gebieten zu haben. Zwangsaussied-

⁴ Łuczak, C.: *Pod niemieckim jarzmem (Kraj Warty 1939–1945)*. Poznań 1996; Jastrzębski, W.: *Hitlerowskie wysiedlenia z ziem polskich wcielonych do Rzeszy w latach 1939–1945*. Poznań 1960; Dyliński, R.; M. Flejsierowicz, S. Kubiak (Hrsg.): *Wysiedlenie i poniewierka 1939–1945. Wspomnienia Polaków wysiedlonych przez okupanta hitlerowskiego z ziem polskich »wcielonych« do Rzeszy*. Poznań 1974.

lung und Ansiedlung bildeten eine Kette - bei der Aussiedlung der Polen aus den eingegliederten Gebieten musste man Platz für die Deutschbalten schaffen. Diese Aktion war noch nicht zu Ende, als die Wolhyniendeutschen »heim ins Reich« kamen. Einige Historiker sprechen deswegen sogar von »ad hoc vollzogenen Aussiedlungen«, die dazu dienten, die nächste Gruppe der Volksdeutschen anzusiedeln.⁵

Die Pläne für das Jahr 1941 waren noch breiter angelegt: 450.000 Polen aus den annektierten polnischen Gebieten, zusätzlich 50.000, um Platz für die deutschen Ansiedler aus Bessarabien und Wolhynien zu schaffen, 50.000, um das Lager Auschwitz zu vergrößern, 250.000 aus den Gebieten, die die Wehrmacht brauchte. Insgesamt waren es ca. 800.000 Personen, die pro Jahr ins Generalgouvernement umgesiedelt werden sollten. Diese Pläne waren aber unrealistisch, und zwar wegen der Vorbereitungen für den Krieg mit der Sowjetunion und weil es an Transportmitteln und Personal fehlte. In einer solchen Situation gewannen sogenannte »innere Umsiedlungen« an Bedeutung. In den Städten bedeutete dies eine Enteignung und Zwangsumsiedlung, manchmal alle paar Monate wiederholt, ein Zusammendrängen in schlechtere Wohnungen (manchmal Kellerräume) und Stadtbezirke. Auf dem Land - wo man Bauernhöfe brauchte - wurden die Familien auch enteignet und irgendwo in der Nähe unter schlechten Bedingungen angesiedelt, wobei jüngere Personen zur Zwangsarbeit verschickt wurden. Man versuchte auch die ausgesiedelte Landbevölkerung in bestimmten Gebieten zu konzentrieren. Das Zusammenpferchen der polnischen Bevölkerung in dieser kurzen Phase erinnert an die Ghettoisierung der Juden. Man verzichtete aber bald darauf, besonders weil dadurch der Arbeitseinsatz erschwert wurde.

Im Jahr 1941 erfolgten Zwangsaussiedlungen in dem Gebiet um Zamość, im Distrikt Lublin, die Versuchscharakter für die großangelegten Pläne der Umsiedlung von -zig Millionen Menschen in Mittel- und Osteuropa hatten. Dieser Plan war damals den Betroffenen im Zamość-Gebiet nicht bekannt, und die Zwangsaussiedlung wurde eher allgemein als eine nächste Stufe der wachsenden Bedrohung seitens der deutschen Besatzungsbehörden betrachtet. Die Bevölkerung war überrascht und leistete keinen nennenswerten Widerstand. 1942 wurde die jüdische Bevölkerung des Distrikts Lublin ermordet, ab November 1942 erfolgte die Zwangsaussiedlung der polnischen Bevölkerung. Hier sehen wir also die Zwangsaussiedlung als eine der Methoden, ein Gebiet für die Ansiedlung »rein zu machen« - einige Bevölkerungsgruppen (vor allem die Juden, aber auch einige Schichten der polnischen Bevölkerung) wurden zur Ausrottung verurteilt, andere

⁵ Aly, Götz: »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden. Frankfurt am Main 1995, S. 45, 96ff.

zur Zwangsaussiedlung. Was aber in diesem Fall besonders interessant ist, ist die Methode der sofortigen »Selektion« der ausgesiedelten Bevölkerung.⁶ Ein Teil sollte in Konzentrationslager verschickt werden, ein anderer gleich zur Zwangsarbeit ins Reich, wieder ein anderer sollte umgesiedelt und vermutlich, zumindest teilweise, ausgerottet werden. Die zur Germanisierung vorgesehenen Kinder wurden den Eltern weggenommen und nach Deutschland geschickt. Die sofortige »Selektion« der Bevölkerung war sehr wichtig, angesichts des groß angelegten »Generalplans Ost« und der damit verbundenen Überlegungen zu den Methoden seiner Finanzierung. Zu diesen Methoden gehörten die Enteignung und die zunehmend rationalisierte Nutzung der Ausgesiedelten: Ein Teil der Kinder wurde germanisiert, einige als deutschfreundlich geltende Familien wurden bei den Ansiedlern als Hilfskräfte eingesetzt, als nutzlos oder gefährlich eingestufte Personen wurden liquidiert, die jüngeren und stärkeren zur Zwangsarbeit verschickt, die anderen wurden umgesiedelt. Die klassische Zwangsaussiedlung umfasste also nur einen Teil der Bevölkerung, der für die Besatzungsbehörden nicht besonders nützlich, aber auch nicht gefährlich oder belastend (soziale Hilfe) war. Es bleibt umstritten, ob die Zwangsaussiedlung der Polen im Rahmen des Generalplans Ost eine solche innere Dynamik hatte, dass man ihr völkermörderische Züge zusprechen kann.⁷

In den folgenden Kriegsjahren wurden keine größeren Zwangsaussiedlungen mehr durchgeführt, meistens handelte es sich um ein Verschicken zur Zwangsarbeit. Im Warthegau dienten die Zwangsaussiedlungen dazu, Platz für die evakuierten Russlanddeutschen zu schaffen. Etwas Besonderes waren die Strafmaßnahmen gegen die Bevölkerung Warschaws während und nach dem Warschauer Aufstand; die Verfasser einer umfangreichen Dokumentation sprechen von einem »Exodus«⁸. Wir finden dort Elemente von Völkermord (später zurückgezogener Befehl Himmlers über die Tötung aller Einwohner), Kriminal- und Kriegsverbrechen, Verbringung in Konzentrationslager, Zwangsaussiedlungen über Übergangslager, Verschickung zur Zwangsarbeit. Einige der Ausgesiedelten kamen zurück, andere wollten nicht in die zerstörte Stadt heimkehren, wieder andere, die sich 1945 im

6 Zu früheren Versuchen der Selektion im Warthegau vgl. Marzewski, J.: *Hitlerowska koncepcja polityki kolonizacyjno-wysiedleńczej i jej realizacja w »Okregu Warty«*. Poznań 1979, S. 266–267, 272.

7 Vgl. dazu Madajczyk, C.: Einleitung, S. XVI. In: Madajczyk, C. u.a. (Hrsg.): *Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan*. München, New Providence, London, Paris 1994.

8 *Exodus Warszawy. Ludzie i miasto po powstaniu 1944*. E. Borecka, M.M. Dąbrowski, J. Górski, J. Kazimierski, Bd. 1–5, Warszawa 1992.

Westen befanden, wollten oder konnten aus politischen Gründen nicht wieder nach Hause.⁹

Insgesamt umfassten die Zwangsaussiedlungen in den polnischen Gebieten über 1,65 Millionen Personen, im Warthegau (das Posener Gebiet war am stärksten betroffen) trafen sie 15 Prozent der polnischen Vorkriegsbevölkerung.

In den polnischen Gebieten begann man sehr schnell mit der Ansiedlung von Deutschbalten und Russlanddeutschen. Schon im Herbst 1939 befahl Heinrich Himmler die Umsiedlung von 150.000 Deutschen aus dem Generalgouvernement in die ins Reich eingegliederten polnischen Gebiete und die Ansiedlung der Deutschen aus den baltischen Ländern im Warthegau. Wie wir wissen, entsprach dies den Plänen Hitlers, alle Deutschen »heim ins Reich« zu holen. Diese Deutschen – mit Ausnahme derer, die mit Begeisterung und überzeugt von der Richtigkeit der Vorgänge nach Deutschland kamen – kamen nur deshalb nach Deutschland, weil sie kaum eine andere Wahl hatten. Man musste außerordentlich stark mit der Heimat oder mit der kommunistischen Ideologie verbunden sein, um es als eine Lebensperspektive zu betrachten, in der Sowjetunion zu bleiben.¹⁰ Dies war ein indirekter Zwang, vergleichbar mit dem, unter welchem die Polen in den von der Sowjetunion annektierten Gebieten nach 1944 standen. Aber auch die Deutschen, die ihre Heimat unter Druck verließen und dann in polnischen Gebieten angesiedelt wurden, nahmen für die Polen die Rolle der Verdränger und bessergestellten Besatzer ein (vermutlich waren es bis zu 400.000). Sie waren die Ursache der Zwangsaussiedlung der Polen und hatten oft nicht den Mut, das Schicksal der Polen zur Kenntnis zu nehmen.

Während des Krieges kristallisierte sich – zweifellos unter dem Einfluss der deutschen und der sowjetischen Bevölkerungspolitik – unter der Mehrheit der Polen die Überzeugung heraus, dass es notwendig sei, die deutsche Minderheit auszusiedeln. Unter dem Einfluss der Kriegserlebnisse – aber auch schon vor dem Krieg hatte es eine solche Tendenz gegeben – wurden nationale Minderheiten nicht als Teil der polnischen Nation angesehen. Die Staatsangehörigkeit wurde immer stärker mit der Nationalität identifiziert. Diese Stimmung betraf alle nationalen Minderheiten – Ukrainer, Litauer, Weißrussen, Juden und sogar

⁹ Die Bevölkerung der Warschauer Stadtteile auf dem rechten Weichselufer wurde auf ca. 750.000 Menschen geschätzt. Davon wurden 150.000 getötet, 50.000 flüchteten, 550.000 gingen über deutsche Übergangslager – 60.000 kamen in Konzentrationslager, 90.000 in Arbeitslager, 18.000 in Kriegsgefangenenlager, und 350.000 wurden in andere Teile des Generalgouvernements umgesiedelt.

¹⁰ Vgl. Stossun, Harry: Die Umsiedlung der Deutschen aus Litauen während des Zweiten Weltkrieges. Untersuchungen zum Schicksal einer deutschen Volksgruppe im Osten, Marburg 1993, S. 43 – 52.

die ehemaligen deutschen Staatsbürger, deren polnische Nationalität anerkannt wurde und die in Polen bleiben konnten. Diese Stimmung ist zwar nicht Gegenstand unserer Analyse, sie liefert aber den Rahmen für den Prozess der Zwangsaussiedlungen nach dem Krieg, denn die Nachkriegsmigrationen wurden dadurch, dass man die Kriterien für die Zugehörigkeit zur polnischen Nation enger fasste, begünstigt. Dieser Prozess war auch in den polnisch-ukrainischen Beziehungen deutlich sichtbar, besonders nach den ukrainischen Morden an der polnischen Bevölkerung 1943, die den Charakter eines Völkermordes hatten und die Flucht von etwa 300.000 Menschen nach Zentralpolen auslösten. Außerdem stärkten sie die Überzeugung, dass die Ukrainer nach dem Krieg Polen würden verlassen müssen. Diese Meinung war sehr verbreitet, obwohl die Eliten versuchten, einen polnisch-ukrainischen Kompromiss zu finden.

Trotz der internen Motivationen war die externe Politik der Sowjetunion entscheidend, besonders die Westverschiebung Polens und seine Einbeziehung in die sowjetische Einflusszone. Da die Zwangsmigrationen die neue polnische Grenze im Westen wie im Osten stabilisieren sollten, konnten sie sich nicht nur auf die deutsche Bevölkerung beschränken. Sie umfassten verschiedene Nationalitäten, wobei der Zwang unterschiedlich ausgeübt wurde – auch entsprechend dem Grad der Feindschaft während des Zweiten Weltkrieges. Unter Zwang wurden aus Polen vor allem die Deutschen ausgesiedelt – auf diese Problematik werde ich noch genauer eingehen. In Bezug auf die Ukrainer, die Litauer und Weißrussen schloss Polen im September 1944 mit den entsprechenden sowjetischen Republiken Verträge über einen Bevölkerungsaustausch ab. Diese Verträge gaben den Ukrainern, den Litauern und Weißrussen das Recht zu entscheiden, ob sie in Polen bleiben oder in sowjetische Republiken übersiedeln wollten. Gleichzeitig erfolgte die Umsiedlung der Polen aus den von der UdSSR annektierten Gebieten, wobei »Polen« nicht bedeutete: »polnische Staatsangehörige vor dem Krieg«, sondern »polnische Staatsangehörige polnischer und jüdischer Nationalität«. Andere wurden von einer solchen Möglichkeit ausgeschlossen, was ganz der sowjetischen Tradition entsprach, Menschen auch gegen ihren Willen zum sowjetischen Bürger zu machen. Eine solche Politik wurde zuerst nach 1939 allen polnischen Staatsbürgern in den annektierten Gebieten gegenüber betrieben.

Nach dem Ende des Krieges herrschte also in diesen Gebieten eine recht komplizierte Lage – einigen Menschen wurde das Recht auf Ausreise verweigert, während andere, die formell freiwillig übersiedelten, faktisch unter einem sehr starken indirekten Zwang standen, einige sogar unter einem direkten, weil die Behörden der sowjetischen Republiken diese Polen, die (vor allem in den Städten) als nicht assimilierbar galten, am liebsten nach Polen schicken wollten. Einen solchen Druck bekamen sehr stark die Polen in der ukrainischen Republik zu spüren. Diese Menschen wurden verhaftet, zur Arbeit in andere Gebiete geschickt

und mit der Deportation nach Osten bedroht. In der litauischen Republik versuchte man die ausreisewillige Landbevölkerung einzuschüchtern und zwangsweise, als leicht zu assimilieren, von der Ausreise abzuhalten. Diese Situation war mit derjenigen, in der sich ein paar Jahre früher die Deutschen befunden hatten, vergleichbar. Man konnte sich zwar, mit einigen Ausnahmen, dafür entscheiden, in der Heimat zu bleiben, der Preis dafür aber war sehr hoch: Man musste zum sowjetischen Bürger werden. Die Einwohner der früheren polnischen Ostgebiete hatten schon eine reiche Erfahrung mit diesem Staat und diesem System. Einige entschieden sich dennoch dafür zu bleiben, vor allem auf dem Land, andere glaubten, keine Wahl zu haben, und sahen für sich angesichts der sowjetischen Bedrohung die einzige Chance in der Übersiedlung nach Polen. In die neuen polnischen Grenzen wurden etwa 1,2 Millionen Menschen umgesiedelt.¹¹

Unter direktem oder indirektem Zwang wurden aus Polen die Deutschen ausgesiedelt. Die zweite Nationalität, die nicht nur, aber auch unter Zwang ausgesiedelt wurde, waren die Ukrainer. Die polnisch-ukrainischen Beziehungen waren sehr gespannt und gestalteten sich seit den ukrainischen Morden 1943 – Stichwort »Wolhynien« – immer feindseliger. Diese Morde hatten nicht nur eine große Fluchtwelle der polnischen Bevölkerung in Richtung Zentralpolen verursacht, sondern auch zu blutigen Repressalien gegen die Zivilbevölkerung der jeweils anderen Nationalität geführt. Die Aussiedlung der Ukrainer begann also im Herbst 1944 als ein freiwilliger Bevölkerungsaustausch. Von Anfang an bestand aber in begrenzter Form Zwang; dabei gab es ebenso administrative wie finanzielle Schikanen, aber auch direkte Morddrohungen gegenüber der zivilen ukrainischen Bevölkerung. Morde wurden nicht nur vom Staat, oft in getarnter, provokativer Form, verübt, sondern auch von einigen Truppen der polnischen Unabhängigkeitsbewegung. Die Ausreise betraf vor allem diejenigen, die im polnisch-ukrainischen Konflikt, als Täter oder Opfer, mitgewirkt hatten. Als sich aber nach einer gewissen Zeit herausstellte, dass viele Ukrainer – zum Teil, weil sie in der Heimat bleiben wollten, zum Teil wegen der früheren Erfahrungen mit dem sowjetischen Staat – in Polen bleiben wollten, gewann der direkte Zwang an Bedeutung. Die Dörfer wurden von Militäreinheiten umzingelt, ihre Bewohner zu einem Sammellager oder zum Bahnhof gebracht und in Züge verfrachtet. Insgesamt betraf diese Aktion bis zu einer halben Million Ukrainer.¹²

¹¹ Aus den neuesten Arbeiten vgl. dazu die Dokumentation: Ciesielski, S. (Hrsg.): *Przesiedlenie ludności polskiej z kresów wschodnich do Polski 1944–1947*. Warszawa 1999. In den erwähnten Verträgen sprach man von »Evakuierung«, dann wurde in Polen bis 1989 offiziell der Begriff »Repatriierung« benutzt.

¹² Zu dieser Thematik siehe vor allem die Dokumentation: Misiło, E.: *Repatriacja czy*

Andere Nationalitäten waren weniger stark betroffen. Im Falle der kleinen litauischen Minderheit entschieden sich die polnischen Behörden, auf jeglichen Zwang zu verzichten. Bei den Weißrussen war die Lage nicht so einfach. Sie sollten freiwillig über ihre Ausreise entscheiden, was aber nicht unbedingt immer der Fall war, da sie von den polnischen Untergrundorganisationen als proso-wjetisch und damit als für die territoriale Integrität Polens gefährlich betrachtet wurden. Das führte auch zu einigen Verbrechen an der weißrussischen Zivilbevölkerung, denn in den Untergrundorganisationen dachte man, auf diese Weise die Weißrussen zur Ausreise aus Polen bewegen zu können.

Betrachten wir nun genauer die größte Aussiedlung, nämlich die von ca. 3,5 Millionen Deutschen, d.h. von denen, deren deutsche Nationalität feststand: entweder als deutsche Staatsbürger oder durch die Eintragung in die Deutsche Volksliste während des Krieges.¹³ Bei den deutschen Staatsbürgern gab es für Schlesier, Masuren und Ermländer die Möglichkeit, ihre polnische Nationalität nachzuweisen und damit von der Zwangsaussiedlung ausgenommen zu werden. Das Eigentum der Ausgesiedelten – oder genauer gesagt: aller Deutschen – wurde vom polnischen Staat konfisziert, mit Ausnahme einiger Haushaltsgegenstände, die man im Handgepäck mit sich führen durfte. Dabei stand der polnische Staat vor dem gleichen Problem wie früher der deutsche, nämlich das Eigentum der Aussiedler mit geringstmöglichen Verlusten den Ansiedlern zu übergeben. Grundsätzlich kann man feststellen, dass sich der polnische Staat in der damaligen Situation des Nachkriegschaos, der politischen Machtkämpfe und der Zerstörung staatlicher Strukturen nicht im Stande sah, diese Aufgabe ordnungsgemäß und entsprechend den eigenen Interessen bzw. denen der Ansiedler durchzuführen. Ein großer Teil des konfiszierten Eigentums wurde zerstört oder zum Gegenstand krimineller Aktivitäten und illegaler Geschäfte.

Die Aussiedlung der Deutschen begann bald nachdem die sowjetische Armee die Linie von Oder und Neiße erreicht hatte. Auf der einen Seite gab es die Aussiedlungen, die unter dem direkten Zwang von Militäreinheiten oder Miliz durchgeführt wurden, auf der anderen den indirekten Zwang: Die polnischen Behörden setzten viele Maßnahmen ein, um die Deutschen zur Ausreise zu bewegen – keine

deportacja. Przesiedlenia Ukraińców z Polski do USRR 1944 – 1946. Dokumenty. Bd. 1, Warszawa 1996, Bd. 2, Warszawa 1999.

¹³ Seit den neunziger Jahren entstand zu dieser Thematik eine umfangreiche Literatur. Von den neuesten Werken sind zu erwähnen: Nitschke, B.: *Wysiedlenie czy wypędzenie? Ludność niemiecka w Polsce w latach 1945 – 1949*. Zielona Góra 1999, und die Dokumentation unter der Leitung von Włodzimierz Borodziej und Hans Lemberg: *Deutsche in Polen 1945 – 1950. Wybór dokumentów*, die in vier Bänden in den Jahren 2000 – 2001 erschienen ist. Bis jetzt wurde nur der erste Band auf Deutsch veröffentlicht.

deutschsprachigen Schulen, keine Zeitungen, Zwangsarbeit und Lager, schlechtere Lebensmittelzuteilungen, schlechte ärztliche Versorgung (Deutsche mussten meistens dafür zahlen), lokale Anordnungen für Deutsche, weiße Binden oder andere Kennzeichen zu tragen, fehlender Rechtsschutz, Enteignung und Willkür des Sicherheitsapparates. Insgesamt gab es so viele Hindernisse, dass man kaum auf eine bessere Zukunft hoffen konnte. Letztlich ging es um Deutsche, die nicht in Polen bleiben wollten, weil dort alles fremd für sie war - die Sprache, die Kultur, die Sitten usw.

Es ist interessant, dass die kommunistischen Behörden keine Vorstellung von dem Ausmaß der Aktion hatten und planten, sie binnen kurzer Zeit zu Ende zu bringen. Die ersten Zwangsaussiedlungen wurden im Sommer 1945 von Militärdurchgeführt, jedoch ohne ausreichende Abstimmung mit den sowjetischen Einheiten. Die Aktion lief auch diesmal nach dem bekannten Muster: Das Dorf oder der Stadtteil wurde umzingelt, man hatte nur wenig Zeit, um zu packen, alles Wertvolle musste man zurücklassen, dann wurden die Menschen direkt in einem Transport oder zu Fuß über die Grenze nach Deutschland gebracht. Dafür, dass diese ziemlich chaotische Aktion dann unterbrochen wurde, gab es verschiedene Gründe: wirtschaftliche Schwierigkeiten und der Mangel an Arbeitskräften, die Tatsache, dass das Ziel der Aktion teilweise erreicht war, und die wachsende Kritik im Westen am Vorabend der Potsdamer Konferenz.

Die Zwangsaussiedlung der Deutschen aus Polen hatte vor allem die Form einer Übersiedlung von Polen nach Deutschland. Das »Wohin« war für die polnischen Behörden nur insoweit interessant, als man die Aufnahme der Aussiedler mit den Alliierten verabreden musste. Die Zwangsaussiedlung war aber zugleich mit einem Repressionssystem verbunden, man nutzte die Aussiedler zur Zwangsarbeit. Auch wenn der Kontext hier ganz anders war als im Dritten Reich und man die Fremdarbeiter dazu nutzte, die Kriegszerstörungen wiedergutzumachen, so haben wir es doch mit einer ähnlichen Rückkoppelung zwischen Zwangsaussiedlung und Zwangsarbeit zu tun. Diese Rückkoppelung war aber komplizierter, denn die Zwangsarbeit im Lagersystem war verbunden mit Rache, Bestrafung der Kriegsverbrecher, Abgrenzen von der polnischen Bevölkerung, Organisation von Sammeltransporten nach Deutschland und Nutzung der Kriegsgefangenen zur Arbeit. Einige Deutsche wurden, auch wenn sie nach Deutschland ausreisen wollten, von der Zwangsaussiedlung ausgeschlossen, da sie als besonders wichtige Arbeitskräfte eingestuft wurden. Das betraf hochqualifizierte Spezialisten ebenso wie diejenigen, die dort arbeiteten, wo es besonders an Arbeitskräften fehlte. Man kann also sagen: Die Zwangsarbeit war wichtiger als die Zwangsaussiedlung.

Im Jahre 1945 wurden bis zu einer Million Deutsche ausgesiedelt. 1946 begann die Aussiedlung auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens, also auf rechtlicher Grundlage; die freiwillige Entscheidung wurde allerdings weiterhin ver-

wehrt. Die Bedingungen verbesserten sich langsam, entsprechend der Normalisierung der Lage in Polen und den Bemühungen der Behörden. Es handelte sich aber um einen sehr langsamen Prozess, und bis zum Ende waren die Aussiedlungen, wenn auch immer seltener und am Ende sogar selten, von Misshandlungen, Diebstählen (besonders Lebensmittel), organisierten Raubüberfällen auf die Transporte, von der Unfähigkeit oder dem Unwillen, menschliche Transportbedingungen zu gewährleisten, begleitet. Besonders auf dem Weg zum Sammellager war die Situation schwer zu kontrollieren. Die ganze Zeit über meldeten sich auch solche Deutsche zur Aussiedlung, die unter dem schon erwähnten indirekten Zwang standen und für die Möglichkeit auszureisen sogar bereit waren, Bestechungsgelder zu zahlen. Ihre Zahl vergrößerte sich noch, als nach dem Frühjahr 1946 sichtbar wurde, dass sich das politische System in Polen stabilisierte und die zunächst von vielen erwartete Wiederherstellung der alten Grenzen in ferne Zukunft – wenn überhaupt – rückte.

Die Schwierigkeiten bei der ordentlichen Durchführung der Aussiedlungen ergaben sich nicht nur aus dem Nachkriegschaos und der verheerenden Wirkung des Krieges auf die Mentalität vieler Polen. Von Anfang an zeigte sich, dass der Prozess der Ausgliederung einer Bevölkerungsgruppe aus der Gesellschaft und deren Zwangsaussiedlung pathologische, ja kriminelle Handlungen in großem Ausmaß erzeugten. Das war sogar verständlich, denn eine solche Gruppe ist immer ein leichtes Opfer, das Kriminelle ebenso wie unehrliche Staatsbeamte anlockt. Am schwierigsten zu bekämpfen war die Zusammenarbeit zwischen Kriminellen und Mitarbeitern staatlicher Stellen. Der Staat war an solchen Übergriffen nicht interessiert, denn für ihn bedeutete das nur materielle Verluste und größere Probleme bei der Stabilisierung der Ansiedler. Die Frage ist nur, ob man über handlungsfähige Institutionen verfügte, um solche pathologischen Erscheinungen in Schranken zu halten. Das Dritte Reich hatte sie, der polnische Staat nicht.

In der letzten Phase der Zwangsmigrationen gewannen innere Umsiedlungen an Bedeutung, die man als eine Form der Deportation bezeichnen kann: Die betroffenen Personen durften vor allem nicht in ihre alte Heimat zurückkehren. Eine solche Aktion traf die nach dem Bevölkerungsaustausch mit der Sowjetunion in Polen gebliebenen ca. 140.000 Ukrainer, die die Sowjetunion – es bleibt umstritten, warum – nicht mehr aufnehmen wollte. Im April 1947 begann die Aktion »Weichsel«: Ca. 17.000 Soldaten siedelten auf oft sehr brutale Weise die ukrainische Bevölkerung aus. Das Muster war bekannt: Am frühen Morgen wurden einzelne Dörfer umzingelt, den Bewohnern ließ man ein paar Stunden Zeit für die Vorbereitung zum Transport zu den neuen Bauernhöfen in den Westgebieten. Die Ukrainer sollten dort aufgeteilt (bis zu 10 Prozent der Bevölkerung) und die Intelligenz isoliert werden; damit setzte man die Assimilation in der pol-

nischen Umgebung in Gang. Die aktivsten Mitglieder der ukrainischen Nationalbewegung, ca. 4.000 Menschen, wurden für eine gewisse Zeit in ein Straflager gebracht. Einige Ukrainer konnten sich zwar der Zwangsaussiedlung entziehen, große ukrainische Siedlungen in Südpolen aber gab es keine mehr.

Die Idee der Zwangsaussiedlung als einer Methode, schwierige politische und gesellschaftliche Probleme zu lösen, war im damaligen Denken noch stark verankert. General Aleksander Zawadzki, in den ersten Nachkriegsjahren Wojewode in Oberschlesien und später ein einflussreicher Politiker, überlegte 1948, dass nach der »Verifizierung« noch ca. 7.000 Deutsche, 200.000 »auf deutsch denkende« und ca. 10.000 Personen, die zum Deutschtum neigen und deswegen nach Zentralpolen umgesiedelt werden sollten, in Oberschlesien geblieben seien.¹⁴ Dieser Plan wurde nicht verwirklicht, nicht aus humanitären Gründen, sondern weil die Behörden durch eine solche Aktion die Destabilisierung der Bevölkerung fürchteten. Eine ähnliche Idee kam im Jahre 1952 auf, als ein Teil der als Polen anerkannten ehemaligen deutschen Staatsbürger keine polnischen Ausweise annehmen wollte. Solche Familien, so plante man, sollten von der Miliz in die Gebiete umgesiedelt werden, aus denen die Ukrainer ausgesiedelt worden waren. Die Aktion sollte ordentlich durchgeführt werden, um gute Voraussetzungen für das Leben in der neuen Umgebung zu schaffen, und sie sollte nicht Tausende von Menschen umfassen, sondern nur ausgewählte Familien. Aber auch auf diese Aktion hat man verzichtet.¹⁵

¹⁴ Notiz von Zawadzki, Aleksander: Problem niemiecki [1948]. Archiv des Instituts des Nationalen Gedenkens. Bestand Innenministerium, Bd. 1197/81.

¹⁵ Vgl. Madajczyk, Piotr: Niemcy polscy 1944–1989. Warszawa 2001.

ND E.V.

Jan M. Piskorski

Vertreibung und
deutsch-polnische Geschichte

Eine Streitschrift

Aus dem Polnischen von Andreas Warnecke

fibre

INHALTSVERZEICHNIS

EIN GRIECHISCHES RESTAURANT IN GÖTTINGEN (ANSTELLE EINER EINLEITUNG)	9
---	---

I.

ZWEI REITER DER APOKALYPSE.

UMSIEDLUNGEN IN EUROPA UNTER HITLER UND STALIN

Völkermord und Bevölkerungsverschiebungen in Europa 1938-1945	13
Der Exodus der Deutschen aus Mittel- und Osteuropa	20
Die Nachkriegsvölkerwanderung – Fortsetzung	28

II.

DIE DEUTSCHEN VERTRIEBENEN UND DAS „ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN“

Der Bund der Vertriebenen (BdV)	35
Aus der Terminologie: Aussiedlung, Transfer, Deportation, Zwangsmigration, Exodus, Flucht, Auswanderung, Austreibung, Vertreibung	53
Umsiedlungen als Begleiterscheinung der Menschheitsgeschichte	64
Verbrechen – Schuld – Strafe	66
Die Täter in der Opferrolle	90
In Polen, das heißt Nirgendwo	95
Das „Zentrum gegen Vertreibungen“	105
Muss die Vergangenheit ein Hindernis sein?	119

I. ZWEI REITER DER APOKALYPSE. UMSIEDLUNGEN IN EUROPA UNTER HITLER UND STALIN

Völkermord und Bevölkerungsverschiebungen in Europa 1938-1945

Das zufällige Treffen in Göttingen illustriert trotz der seltenen Orts-Übereinstimmung das Schicksal der mittel- und südosteuropäischen Völker im 20. Jahrhundert. Die Juden wurden von dort fast völlig weggefegt. Millionen, darunter drei Millionen polnische Juden, wurden ermordet, und nur verhältnismäßig wenigen gelang es, rechtzeitig zu fliehen oder wie durch ein Wunder zu überleben – dank der Hilfe von Nachbarn, Freunden, Klöstern (vor allem im Falle von Kindern) oder von Organisationen, die wie die polnische Żegota eigens zur Rettung der Juden gegründet worden waren. Der Auftakt der Massenumsiedlungen im Zweiten Weltkrieg war im Herbst 1938 die Deportation von 20.000 Juden mit polnischem Pass durch die deutschen Behörden; zuvor hatte man ihnen noch ihren gesamten Besitz geraubt. Zu dieser Gruppe gehörte auch der 1920 in Włocławek geborene spätere „Literaturpapst“ Marcel Reich-Ranicki, dessen Vater polnischer Jude und dessen Mutter deutsche Jüdin war. Seine Eltern wurden 1942 in Treblinka vergast, sein ältester Bruder etwas später erschossen. Marcel selbst überlebte dank der Hilfe von Polen.

Während der rassistisch, ethnisch oder durch Klassenzugehörigkeit bedingten Säuberungen unter Hitler und Stalin wurden, selbst wenn man die Juden nicht hinzuzählt, Millionen von Menschen umgesiedelt; wie viele genau, ist selbst Fachleuten nicht bekannt. Zuerst traf es die Polen, schon seit Herbst 1939 in Massen nach

Sibirien und Kasachstan deportiert, wo bald Litauer, Letten, Esten, Tataren, Schwarzmeergriechen und schließlich Wolgadeutsche hinzustießen. Zugleich begannen die deutschen Behörden mit der Umsiedlung von Polen aus den unmittelbar dem Reich angeschlossenen Gebieten (Großpolen und Pommerellen) ins so genannte Generalgouvernement, das die Rolle eines Übergangsreservats spielen sollte. In diesem Bereich entstanden zahlreiche Unterreservate – die geschlossenen Gettos für die aus ganz Europa deportierten Juden. Das erste von ihnen, das „Judenreservat Lublin“, nahm im Oktober 1939 einen Transport von Juden aus Mähren auf. Die Häuser der Vertriebenen übernahmen Deutsche aus Lettland, Estland und der Ukraine, die im Rahmen der mit Stalin vereinbarten Aktion „Heim ins Reich“ kamen.

Die Polen aus Großpolen und Pommerellen galten als besonders gefährlich, weil sie – wie der Polizeichef von Bromberg (Bydgoszcz), SS-Sturmabführer Dr. Roeder, im Oktober 1939 schrieb – gut deutsch sprachen, gute Anpassungsfähigkeiten besaßen und sich zum Teil sogar als polnische Preußen betrachteten. Weil es der preußischen Germanisierungspolitik in hundert Jahren nicht gelungen war, die Nationalitätenverhältnisse in Pommerellen zu verändern, verwarf man die im Herbst 1939 von einigen Historikern vorgeschlagene und auf Pläne General Ludendorffs von 1915 zurückgehende Schaffung eines deutschen „Schutzwalls“ von Ostpreußen nach Galizien. Massenerschießungen und -deportationen waren nun an der Tagesordnung. Besonders schlimm ging es in jenen Gebieten zu, wo junge Karrieristen, unterstützt von den örtlichen Gauleitern, die Verwaltung übernahmen. Sie tranken, raubten und erschossen manchmal Dutzende von Menschen eigenhändig, und wurden dennoch von den Behörden in Schutz genommen.

Das Ausmaß des Terrors entsetzte nicht nur einige Militärs, wie Martin Broszat festgestellt hat. Es wurde nach Berlin berichtet, dass man Leichen in Zügen transportierte, dass insbesondere Kinder im Winter die Anstrengungen der Deportation ohne jegliche Versorgung nicht aushielten. Am bekanntesten sind General Blaskowitz' detaillierte Protestbriefe an Hitler aus dem Winter 1939/40. Er schrieb über die Abschlachtungen von Polen und

Juden und über die entsetzliche Moral der Wehrmachtssoldaten, die sich diese Dante'schen Szenen tatenlos anschauen mussten. Schließlich stellt er abschließend in einem seiner Berichte fest: „Es besteht kein Zweifel, daß die polnische Bevölkerung, die alle diese Verbrechen wehrlos mit ansehen muß, jede Aufruhr- und Rachebewegung fanatisch unterstützen wird.“⁴³

Bald wurde die Umsetzung des so genannten Generalplans Ost in Angriff genommen, eines wahnsinnigen Projekts Himmlers und seiner nächsten Berater. Dessen erste Umrisse hatte Hitler schon 1929 skizziert, als er in einem Gespräch Sparta rühmte, „den klarsten Rassenstaat der Geschichte“, wo 6.000 Herren über 345.000 Sklaven geherrscht haben sollen. Dies galt ihm als hervorragendes Modell für die deutsche Ostpolitik.⁴⁴ Im Laufe einiger Jahrzehnte sollte das gesamte Gebiet von Deutschland bis zum Ural von fremden Elementen „gesäubert“ und mit Deutschen besiedelt werden, für die Millionen ansässiger Sklaven zu arbeiten hatten. Alles in allem wollte man mehr als 30 Millionen Menschen aussiedeln. Die übrigen sollten germanisiert oder aber vernichtet werden. Nun wurde der industrialisierte Mord an den Juden zur Staatsraison. Wo sich nach Berechnungen der nationalsozialistischen Fachleute die Deportation in die Todesfabriken nicht auszählte, führte man die Massaker vor Ort durch. Daran beteiligten sich Zehntausende von Deutschen, darunter auch „normale“ Soldaten der Wehrmacht. Diese Tötungsorgien wurden nicht in Westeuropa, sondern nur im Osten vollzogen. Der Grund dafür war prosaisch. Hier lebten die meisten „Untermenschen“, und auf deren Meinung brauchte man keine Rücksicht zu nehmen. Sie taugten fast alle nur zur Tötung oder zum Sklavendasein, und man konnte ihnen jeglichen Schulunterricht bis auf die Grundrechenarten, Lesen und Schreiben verbieten; denn als Analphabeten wären sie den neuen Herren nur wenig nützlich gewesen. 1940 schrieb Himmler, der nach der Eroberung Polens zum Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums ernannt worden war, dass die Kinder in Polen eine Vierklassenschule besuchen sollten; deren Hauptaufgabe solle es sein, sie das wichtigste göttliche Gebot, „den Deutschen gehorsam zu sein“, zu lehren. Als nächstes sollten „die Kinder guten Blutes“ germanisiert werden, um „dieses

Untermenschenvolk des Ostens“ der Führungselite zu berauben.⁵ Während der Umsetzung des Generalplans Ost, den Hitler als ethnographische Neuordnung Europas bezeichnete, deportierte man 1942 aus dem Gebiet um Zamosć mehr als 100.000 polnische Bauern, an deren Stelle deutsche Siedler aus ganz Ost- und Südosteuropa treten sollten, darunter die Eltern des Bundespräsidenten Horst Köhler, der 1943 in Skierpiezów zur Welt kam. Einen beträchtlichen Teil der Bauern verbrachte man einfach in Konzentrationslager, wobei man ihnen zuvor jene Kinder wegnahm, die angeblich zur Arisierung taugten. Die übrigen deportierte man zum Arbeiten nach Deutschland.

Je mehr Menschen das Dritte Reich an der immer weiter ausgreifenden Front benötigte, umso intensiver „gewann“ man Zwangsarbeiter in den unterworfenen Ländern. 1944 arbeiteten fast acht Millionen von ihnen in Deutschland, darunter fast 2,5 Millionen Polen. Der gesteigerte Bedarf an Arbeitskräften verzögerte weitere Umsiedlungen, auch die von der SS geplante Umsiedlung eines Drittels der niederländischen Bevölkerung nach Nordpolen, und rettete so vielen Gefangenen das Leben. In den Konzentrationslagern verbesserten sich die Bedingungen ein wenig („in der Sauerampfersuppe gab es nun ein paar Kartoffeln, und man schlug nicht mehr aus dem erstbesten Grund“, erinnerte sich mein Vater). Dies betraf freilich nicht die Juden, die das Dritte Reich bis zum letzten Augenblick auch in den entlegensten Winkeln der unterworfenen Territorien verfolgte. Ohne jegliche Rücksichtnahme sollte das „Judenproblem“, „die persönliche Angelegenheit des Nationalsozialismus“ (S. Lem), in Europa gelöst werden.

Um Michael Burleighs kürzlich erschienenen Buch zusammenzufassen, war das Ziel der nationalsozialistischen Politik gegenüber Polen die Ausrottung der polnischen Eliten, die totale Desintegration der Polen als Volk und schließlich die vollständige Barbarisierung der polnischen Kultur. Erreicht werden sollte dies durch groß angelegte ethnische Säuberungen, von denen Polen und polnische Juden seit dem Herbst 1939 betroffen waren. Der polnische „Misthaufen“ sollte, wie es Hans Frank 1943 ausdrückte, Brot liefern, Getreide und Arbeiter, Arbeiter und nochmals

Arbeiter. Mit der Zeit kam übrigens die Idee auf, alle Polen anzusiedeln: nach Westsibirien, nach Brasilien oder – wie einer der später einflussreichsten deutschen Historiker, Theodor Schieder, vorschlug – nach Westeuropa. Schließlich keimten bei den Nationalsozialisten erste Pläne auf, die Polen, wenn das „Judenproblem“ „gelöst“ sei, umzubringen, obwohl sie sich vom Anfang an bewusst waren, dass das der Masse wegen fast unrealistisch war.⁶

„Für kein anderes Land im besetzten Europa entwickelten die Deutschen derartig radikale, auf Massenvertreibungen und Massenmord ausgerichtete Umgestaltungspläne.“⁷ In Hitlers Plänen standen die Polen den Juden sehr nahe; übrigens beauftragte man mit der Schaffung eines Konzepts zur Lösung des „polnischen Problems“ und des „jüdischen Problems“ schon im Januar 1940 eben jene Personen, die etwas später den Plan zur Vernichtung der Juden ausarbeiten sollten. An ihrer Spitze stand Adolf Eichmann. Alles fing mit der Aussiedlung der Polen und der Verfolgung der Juden in polnischen Städten an – konstatierte vor kurzem Wolfgang J. Mommsen. „Sie haben jenen fatalen Kreislauf in Gang gesetzt [...], der mit deren [der Juden] physischer Vernichtung im Holocaust endete“ und schließlich zum Untergang der traditionellen deutschen Einflüsse in Ostmitteleuropa und der Vertreibung der dortigen deutschen Bevölkerung führte.⁸

Die deutschen Besatzer rächten sich sogar an den Steinen. Nicht genug, dass sie schon im September 1939 Warschau (und nicht nur Warschau) aus der Luft angegriffen und Bomben auf Zivilgebäude abgeworfen hatten, sie legten später die Millionenstadt in Schutt und Asche. Nach zwei Aufständen, dem jüdischen 1943 und dem polnischen 1944, hörte Warschau auf zu existieren. Die Juden wurden liquidiert, die Polen ermordet oder vertrieben. In die Stadt, aus der man schlichtweg alles geraubt hatte, was zu rauben war, kamen spezielle Brandkommandos, die Haus für Haus in Brand setzten, darunter das Königsschloss, alle Museen und Bibliotheken, Archive, Gotteshäuser, ohne dass man eigentlich wüsste, wozu. Anscheinend aus reinem Zerstörungstrieb und aus der Notwendigkeit, selbst im Angesicht der sicheren Niederlage die Widerspenstigen zu bestrafen.

Die Rote Armee stand zu diesem Zeitpunkt schon auf der anderen Seite der Weichsel und schaute der Zerstörung Warschaus seelenruhig zu. Erst nachdem die Deutschen ihr Werk vollendet hatten, griffen die Russen ein und „befreiten“ die Stadt. Die meisten Polen verstummten vor Entsetzen, waren sie doch nun trotz ihrer gewaltigen militärischen Anstrengungen unter sowjetischer Besatzung. Stanisław Lem erinnert sich, dass die Russen in Krakau, als sie vom Kriegsende hörten, „Feuer entzündeten“, während er „wie vergiftet auf den dritten Krieg“ wartete.⁹ Aus Paris schrieb der Philosoph Tadeusz Kroński an Czesław Miłosz, dass alle polnischen Emigranten nur noch über einen neuen Krieg debattierten. Zur gleichen Zeit kam mein Vater mit einer amerikanischen Bescheinigung zum ersten Mal wieder aus Linz nach Polen, fürchtete sich aber, offen seine Heimatstadt Posen zu besuchen, weil man seine Kameraden aus dem Untergrund – aus der Gruppe „Ojczyzna“ und der Heimatarmee – verhört und inhaftiert hatte. Er kehrte also – für einen Ring und einen Liter Wodka – aus Polen nach Linz zurück, um sich schließlich in Stettin niederzulassen. Hier gründete er mit einer Gruppe anderer Gefangener aus Mauthausen-Gusen eine Verlagsgesellschaft, die bald entreignet wurde. Bis zum Tode meiner Mutter waren meine Geschwister und ich immer wieder Zeugen des nicht enden wollenden Streits über das Jahr 1945. Während mein Vater nicht aufhörte, von einem anderen Ende des Krieges (aber nicht von einem neuen Krieg) zu träumen, betonte meine Mutter, dass ohne die Sowjets niemand von uns hier am Tisch sitzen und diskutieren würde. Mein Vater repräsentierte die Theorie der zwei Feinde und befahl mir, gut deutsch und russisch zu lernen; letzteres brachte er sich mit seinen Kindern selbst bei. Die viel jüngere Mutter war den Russen sehr dankbar. Hingegen empfand sie gegenüber den Deutschen eine tiefe Aversion, die sie bis zu ihrem Lebensende nicht verließ. Unmittelbarer Anlass war der Tod ihres einzigen Bruders, eines jungen Priesters im deutsch-polnischen Grenzgebiet, der die jüngeren Schwestern ernährt hatte; man hatte ihn in den ersten Septembertagen des Jahres 1939 mit Bajonetten erstochen. Der Streit über das Jahr 1945 war manchmal sehr heftig, und wenn er nach Meinung der Eltern nicht mehr für Kinderohren bestimmt war, sprachen sie auf einmal... deutsch.

Es muss nicht hinzugefügt werden, dass fast alle Juden verständlicherweise die Rote Armee mit offenen Armen begrüßten und dass außerdem viele von ihnen – aus Dankbarkeit, Glauben an ein besseres Morgen und nach der jahrelangen Furcht – eher geneigt waren, mit der moskautreuen Lubliner Regierung zusammenzuarbeiten, was die Polen wiederum als Verrat am Staat und den nationalen Interessen betrachteten. Zudem hatten sich viele Polen inzwischen in jüdischen Häusern eingerichtet und wollten sie nicht den rechtmäßigen Besitzern zurückgeben. Im neuen, kommunistischen Polen fürchteten die Polen also die Russen sowie polnische und jüdische Kommunisten, die Juden hingegen die Polen oder Polen und Russen, denn die wirklich kommunistische Gleichmacherei stand im Gegensatz zur gesamten jüdischen Tradition. Deshalb flohen sie aus dem kommunistisch werdenden Polen, am häufigsten über Stettin, das gleich nach dem Krieg in hohem Maße eine jüdische Stadt war. In die Emigration getrieben wurden sie auch durch mehrere Pogrome, unter denen das von Kielce im Juli 1946 besondere Konsequenzen hatten. Damals hatte ein rasender Mob mehr als 40 Menschen ermordet, weil man der Überzeugung war, dass die Juden im Ort kleine Kinder entführt hätten, um an ihnen einen Ritualmord zu vollziehen. In Polen blieb größtenteils die Intelligenz jüdischer Abstammung zurück, die nirgendwo anders einen Platz für sich sah. Dazu gehörte auch der bereits erwähnte Marcel Reich-Ranicki, der seit 1944 mit der kommunistischen Regierung Polens zusammenarbeitete. Einige Jahre später wählte er die innere Emigration, den Bruch mit der PZPR [Polnische Vereinigte Arbeiter Partei] und schließlich 1958 die Flucht.

Dem nationalsozialistischen Terror fielen allein in Polen ungefähr sechs Millionen Menschen, d.h. 20 % der Bevölkerung, zum Opfer. Der überwiegende Teil waren Zivilisten. Was noch schlimmer war: Jegliche Normen verloren ihre Gültigkeit, und dies führte zu einer starken Radikalisierung der Gesellschaft (N. Ascherson). Die Besatzungsbehörden taten alles, „um den Untergebenen das Prinzip der Legalität der Gesetzlosigkeit“ einzufloßen, und der Staat „trat vor allem als Terrororganisation und als Organisator der Ausbeutung“ auf.¹⁰ Wer überleben wollte, musste stehlen, betrügen, bestechen, illegalen Geschäften nachge-

hen. Es begann das „Leben als ob“ (K. Wyka), die Zeit der „zur Schlachtbank Geführten“ und zufällig Geretteten (T. Rózewicz), und schließlich begann die „andere Welt“ (G. Herling-Grudziński), die Welt der sowjetischen Lager und nationalsozialistischen Konzentrationslager.

Der Exodus der Deutschen aus Mittel- und Osteuropa

Das Schicksal, das die Polen und andere unterworfenen Völker schon 1939 getroffen hatte, ereilte die Deutschen, insbesondere jene im Osten, die weit entfernt von alliierten Fliegerangriffen lebten, im Grunde erst 1945. Während für die anderen der Krieg langsam zu Ende ging, begann er für die deutsche Zivilbevölkerung dort in Wirklichkeit erst. Bis dahin hatte sie in einer „Idylle“ gelebt, zum Teil ohne auch nur zu wissen, was um sie herum geschah. Unrecht, das man mit ansehen musste, verdrängte man in den tiefsten Winkel der Seele. Gerhart Hauptmann erwähnte mit fast keiner Silbe die Juden, die in den Konzentrationslagern umkamen (H. Bienek). Der ostpreussische Graf Hans von Lehndorff schrieb in seinem Tagebuch über jedes Detail aus dem Leben in seiner Umgebung, über jede von den „Hummen“ vergewaltigte Frau aus der Nachbarschaft. Unerwähnt blieb aber, dass Deutsche im Nachbarort Kriegsgefangene massakrierten. Es gab gewissermaßen zwei voneinander unabhängige Dimensionen (H. Orłowski).

Eine derartig unterschiedliche Erinnerung ist freilich keineswegs ein rein deutsch-polnisches Phänomen. Mit einem ähnlichen Problem haben wir es im Falle der polnischen und der jüdischen Erinnerung zu tun. Viele Polen – und selbst bedeutende Zeitgenossen – nahmen nicht wahr, dass vor ihren Augen die jüdische Bevölkerung, die seit Hunderten von Jahren in Polen ansässig war, umkam. Man konnte sogar in Warschau leben, ohne den Aufstand im Ghetto zu bemerken, wie das Beispiel Karol Irzykowski zeigt (F. Tych). Auf der anderen Seite nahmen die Juden, die in den Tod getrieben wurden, nicht die alles andere als geringe Hilfe wahr, die viele Polen ihnen trotz allem zuteil werden ließen.

Für die Deutschen begann nun eine wirklich schwere Zeit. Die Situation wurde noch dramatischer dadurch, dass die Opfer meist

persönlich unschuldige Menschen waren und zugleich die schwächsten – Alte, Frauen, Kinder. Die deutschen Männer kämpften ja noch oder saßen in Kriegsgefangenenlagern.

Die nationalsozialistische Propaganda vom Tausendjährigen Reich und die bis zum Ende wiederholte Parole vom „Endsieg“ führten dazu, dass die deutschen Lokalbehörden nicht rechtzeitig ernsthaftere Evakuierungspläne erstellt hatten, sondern sich stattdessen darauf konzentrierten, immer jüngere Jahrgänge einzuziehen, zum Schluss sogar Jugendliche, für die es nicht einmal die nötigen Waffen gab. Goebbels nutzte Fotografien aus dem zeitweise von den Russen besetzten Nemmersdorf in Ostpreußen, um in der deutschen Bevölkerung die Überzeugung zu festigen, dass der Untergang des Dritten Reiches das Ende der Welt bedeute. Sicherlich zeichneten Massaker an Zivilisten und insbesondere Massenvergewaltigungen den Weg der Roten Armee nach Berlin. Allerdings war der Effekt der Goebbels'schen Propaganda weniger die Stärkung der Verteidigungsmoral, als vielmehr panische Angst. Ganze Familien brachten sich gegenseitig um, junge Frauen begingen in Massen Selbstmord. Die Mehrzahl aber ergriff panisch die Flucht, soweit weg wie möglich von den Russen. Weil der Winter außergewöhnlich streng war, starben die Flüchtlinge an Erfrierungen oder Hunger, ertranken bei der Überquerung von Flüssen und des Hafes. Als Spuren dieser Flucht von vielen Millionen Menschen blieben Leichen zurück, für deren Bestattung die Zeit fehlte.

Selbst wer bis zu einem Hafen gelangte, war sich seines Schicksals nicht sicher. Die Flüchtlinge konnte der alliierte Bombenhagel treffen, wie in Swinemünde im März 1945, als ein starker amerikanischer Bombenangriff in den Morgenstunden die Menschen, die im Hafen müde auf Rettung warteten, völlig überraschend traf. Zurück blieben rauchende Krater und Tausende von Opfern. Aber auch für jene, die schließlich einen Platz auf einem Schiff ergatterten, war dies längst nicht immer das Ende der Qualen. Die deutschen Schiffe waren nämlich ständig den Angriffen der sowjetischen Kriegsflotte ausgesetzt, so etwa das moderne, riesige Kreuzfahrtschiff „Wilhelm Gustloff“, das im Januar 1945 in der Nähe von Kolberg (Kobobrzeg) von einem sowjetischen U-Boot versenkt wurde und dessen Untergang kürzlich

nicht noch mehr Flüchtlinge und Vertriebene aufnehmen, weil sie befürchteten, sie nicht mit Lebensmitteln versorgen zu können.

*

Die Alliierten waren sich darin einig, dass die Deutschen in das Gebiet des zukünftigen deutschen Staates zwischen Oder und Rhein umgesiedelt werden mussten. Man diskutierte höchstens noch über Mittel und Fristen. Eine Aussiedlung der Deutschen aus Ostmitteleuropa zog wohl als erster der britische Premier Chamberlain in Betracht, der 1939 das Scheitern seiner bis dahin nachgiebigen Politik gegenüber Deutschland erleben musste. Den Anstoß dazu lieferte angeblich der griechisch-türkische Frieden von Lausanne 1923 (V. Pavlíček), also gerade das Abkommen, das den Vater meines Stettiner Freundes Kostek dazu gezwungen hatte, die Umgebung Konstantinopels zu verlassen. Etwas später beauftragte Churchill Oxfordler Spezialisten damit, eine Expertise zu diesem Thema zu erstellen (H. Lemberg). Ende 1942 empfahlen auch amerikanische Politiker die Aussiedlung. Herbert Hoover stellte fest, dass „eine Umsiedlung schmerzhaft ist, aber nicht so sehr wie die unablässigen Leiden der Minderheit und die ständige Kriegsgefahr.“ Seit November 1943, seit der Konferenz der Großen Drei in Teheran, war die Entscheidung für die Westverschiebung Polens und die damit verbundenen Umsiedlungen eigentlich schon gefällig. Man musste sich jedoch noch über einige wesentliche Details einigen und den gewaltigen polnischen Widerstand sowohl im Land als auch in der Exilregierung brechen. Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 wurde in dieser Hinsicht die Übereinkunft – wieder ohne Beteiligung der polnischen Regierung – schließlich besiegelt.

Von Briten und Amerikanern bedrängt, sahen die Polen immer stärker die Notwendigkeit ein, ihren Staat nach Westen zu verschieben, bis in Gebiete jenseits der traditionellen deutsch-polnischen Grenze. Weiterhin rechneten sie aber damit, dass ihnen östlich der Curzon-Linie zumindest jene Gebiete zugesprochen würden, in denen die polnische Bevölkerung sogar trotz der systematischen Deportationen dominierte, so etwa in den Gebieten um Wilna (Wilno, litauisch Vilnius), Grodno und Lemberg (Lwów,

ukrainisch Lwiv). Einer Verschiebung der Grenze bis zur Oder und Neiße widersetzte sich deshalb am deutlichsten – und nicht völlig paradox – der Premier der polnischen Regierung in London, Tomasz Arciszewski, der nicht zu Unrecht befürchtete, dass Polen so zum Gefangenen Russlands werden würde. In der Hoffnung, bei den Alliierten Gehör zu finden, wies er vor dem Treffen in Jalta nachdrücklich darauf hin, dass Polen weder Stettin, noch Breslau noch acht oder zehn Millionen Deutsche brauche. Als dann bald darauf die Grenzfrage von den Siegermächten endgültig entschieden wurde, unterstützten die Polen anscheinend recht einmütig die Aussiedlung der Deutschen, weil nach ihrer Meinung – auch dies nicht zu Unrecht – die Staatsräson das verlangte. Sowohl der Minister für die Wiedergewonnenen Gebiete, Władysław Gomułka, der die polnischen Kommunisten repräsentierte, als auch Vizepremier Stanisław Mikołajczyk, früher Premier in der Londoner Exilregierung, stellten übereinstimmend fest, dass der Platz der Deutschen in Deutschland sei.

Weil es heute allzu schnell vergessen wird, soll in diesem Kontext darauf hingewiesen werden, dass das Ziel der Umsiedlung nicht die Bestrafung der Deutschen war, sondern eher die Schaffung einer sichereren Welt. Die weit gehende Unterstützung der aggressiven Pläne Hitlers durch die deutsche Minderheit in den Nachbarländern gab den Alliierten gewissermaßen eine *carte blanche* zur endgültigen Regelung der Nationalitätenfragen in Europa. Wie Churchill 1944 im Unterhaus sagte: „Man muss bei der [Nationalitäten-]Frage reinen Tisch machen.“ Die bekannte These von der „Rache der Opfer“, die seinerzeit durch die Journalistin Helga Hirsch aufgestellt wurde, ist also nur in gewissem Maße wahr, nämlich ausschließlich auf Exekutivebene.

Im August 1945 entschieden die USA, Großbritannien und die UdSSR in Potsdam über die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn. Frankreich – nicht nach Potsdam eingeladen und in seinem Stolz von den Angelsachsen getroffen – stimmte zumindest in diesem Punkt mit den Großen Drei völlig überein. Es sollte sich dann später auch am hartnäckigsten für die Anerkennung der neuen polnischen Westgrenze einsetzen, so dass General de Gaulle während eines Besuchs 1967 in

Zabrze, dem ehemaligen Hindenburg, von der „polnischsten der polnischen Städte“ sprach.

Die Aussiedlung sollte natürlich so human wie möglich stattfinden, aber die Praxis wich von der Planung ab, wie zeitgenössische Untersuchungen zeigen. Schon zu Anfang brachte man die Deutschen in Lager, Sammelpunkte genannt. Hier herrschten Hunger und ansteckende Krankheiten, die aber – ähnlich wie das Gefühl der Bedrohung – bis zu einem gewissen Grade damals in ganz Mitteleuropa allgegenwärtig waren, die amerikanischen Kriegsgefangenenlager nicht ausgenommen. Viele polnische Lager befanden sich jedoch in der Hand junger, hemmungsloser Verbrecher, häufig jüdischer oder polnisch-jüdischer Herkunft, die die Schule des Lebens in Konzentrationslagern durchlaufen hatten und nun solche Praktiken anzuwenden versuchten, die sie von den Nationalsozialisten gelernt hatten (J. Sack, P. Madajczyk). Besonders berüchtigt waren in dieser Hinsicht die Lager in Lamsdorf (Łambinowice) und Schwientochlowitz (Świętochłowice), aber auch in anderen Lagern und Durchgangspunkten waren die Verhältnisse nicht gut. Zwar bemühte sich der Staat wenigstens von normativer Seite, der auszusiedelnden Bevölkerung ein Minimum an Sicherheit zu gewährleisten, doch war er nicht in der Lage, Gewaltakte gegen sie völlig zu unterbinden. Außerdem hätte es die öffentliche Meinung verletzt, wenn man jene zur Rechenschaft gezogen hätte, die Deutsche verfolgten. Zwar hatte der pommerische Wojewode angeordnet, den Kampf gegen Banditen aufzunehmen, die Deutsche verfolgten, weil er zutreffend feststellte, dass ein Schurke nicht zwischen Deutschen und Polen unterscheidet, zwar hingen überall Bekanntmachungen, die den menschlichen Umgang mit der deutschen Bevölkerung anmahnten, doch blieb Raub an der Tagesordnung. Manchmal wurde er begleitet von Schlägen, in manchen Lagern auch von Vergewaltigungen (B. Nitschke). Die meisten Historiker stimmen jedoch darin überein, dass nach Potsdam die Brutalität der Deportationen nachließ, einerseits infolge der Stärkung der polnischen Staatsverwaltung, andererseits durch den Druck der öffentlichen Meinung in Großbritannien und den USA (N. M. Naimark).

*

Nach den neuesten Schätzungen polnischer und deutscher Historiker waren mehr als sechs Millionen Deutsche bereits vor der sowjetischen Offensive aus den Gebieten östlich der Oder geflohen. In der ersten, wilden Phase der Vertreibungen wurden aus Polen und aus der Tschechoslowakei je 300.000 bis 400.000 Deutsche vertrieben. Im Laufe der Aussiedlungen nach der Potsdamer Konferenz, die im Prinzip bis 1949 dauerten, wurden aus Polen 3,5 Millionen Deutsche entfernt, 2,5 Millionen aus der Tschechoslowakei. Aus dieser wurde auch eine beträchtliche Zahl von Ungarn ausgesiedelt, den unglücklichen Verbündeten des Dritten Reiches. Die Verluste der deutschen Bevölkerung in den polnischen Gebieten einschließlich des sowjetischen Teils Ostpreußens werden heute recht übereinstimmend mit ca. 400.000 angegeben. Die meisten von ihnen waren Opfer sowjetischer Deportationen. Den auf Polen entfallenden Teil der Opfer bilden, wie kürzlich Włodzimierz Borodziej festgestellt hat, vor allem Typhustote. Schätzungen über die Zahl der deutschen Verluste während der Aussiedlungen aus der Tschechoslowakei gehen dagegen weit auseinander – sie schwanken zwischen 40.000 und 130.000 Personen, wobei die neuere tschechische und deutsche Historiographie eher zur niedrigeren Zahl tendiert. Um vieles höher und schwer zu schätzen ist die Zahl der Opfer, die während der ungeordneten Flucht vor der Roten Armee ums Leben kamen. Allein die Evakuierung aus dem später von der sowjetischen Armee besetzten Breslau im Winter 1944/45 kostete einige Zehntausend Menschen das Leben; einige erfroren, andere verhungerten, begingen Selbstmord oder wurden vom Breslauer Sondergericht, das bis zum Tag vor der Kapitulation tätig war, zum Tode verurteilt. Jetzt verwandelte sich also der nationalsozialistische totale Krieg, der bis zum letzten Tag geführt werden sollte, in fast ausschließlich von Angst gelenkter Flucht⁴¹³ in Bewegung setzte. „Flucht, die bald in Vertreibung überging.“⁴¹³

Die Gesamtzahl der deutschen Opfer in Zusammenhang mit Flucht und Vertreibung könnte sogar die Zwei-Millionen-Marke

erreichen. Betonen wir aber deutlich, dass es sich dabei in der erdrückenden Mehrheit weder um Opfer tschechischer oder polnischer Gewalt, noch um Opfer gezielter russischer Verfolgungen handelt, sondern um Opfer des nationalsozialistischen Wahns, der nicht einmal den Gedanken einer Niederlage aufkommen ließ, und bei dessen Vorgehensweise im Osten man seit dem Herbst 1939 mit weit gehenden Gegenrepressionen rechnen musste.

Nach 1949 blieben in Polen einige Hunderttausend Deutsche zurück, die der Deportation nicht zustimmten (meist Alte), ihre Herkunft verheimlichten, von den polnischen Behörden gebraucht wurden und so einwilligten zu bleiben (was angesichts des Hungers in Deutschland nicht einmal selten war) oder die keine Ausreisegenehmigung erhielten. Letzteres betraf vor allem Oberschlesien, wo ein großer Bedarf an qualifizierten Industriearbeitern für die Steinkohleförderung bestand. In solchen Fällen überredeten die Behörden die Deutschen geradezu zum Bleiben und bald darauf sogar zur Rückführung der Familien aus der Bundesrepublik oder der DDR. In schlesischen Industriebetrieben kam es zu Unruhen innerhalb der polnischen Arbeiterschaft, die nicht unter deutscher Leitung arbeiten wollte. Die letzte Gruppe schließlich, die in Polen blieb, waren deutsche Frauen, die in der Zwischenzeit einen Polen geheiratet hatten. Das war gerade auf dem Dorfe und in Kleinstädten keine Seltenheit. Dieses Phänomen ist übrigens auch aus dem Emsland bekannt, einer kleinen polnisch besetzten Zone an der Grenze zu den Niederlanden. Während zunächst die deutschen Frauen dank ihrer Ehen mit polnischen Männern in Polen bleiben konnten, reisten interessanterweise später die Polen dank ihrer deutschen Frauen in die boomende Bundesrepublik aus.

Die Nachkriegsvölkerwanderung – Fortsetzung

Die Wanderungen und Leiden der europäischen Völker nahmen anscheinend kein Ende. Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen fanden jenseits der Oder keineswegs warmherzige Aufnahme. Hunger und Armut begünstigten kein Mitgefühl oder ein Gefühl der nationalen Gemeinschaft. So mussten sie viele Jahre in

Behelfswohnungen verbringen und immer wieder Demütigungen von ihren Nachbarn hinnehmen, die sie nicht selten für die schlechteren Deutschen hielten (W. Benz): Wenn sie eine so harte Strafe getroffen hatte, müsse ihre Schuld wohl bedeutend größer gewesen sein. Erst der Wirtschaftsaufschwung trieb in der Bundesrepublik die Integration voran; nun aber entstand neuer Unfrieden, weil man den Vertriebenen vorwarf, zu viel vom deutschen Kuchen zu bekommen.

Die von den Deutschen verlassenen Höfe und Wohnungen wurden meistens von Polen aus dem Osten bezogen, aus jenen Gebieten also, die nach dem 17. September 1939 von der UdSSR annektiert worden waren. Alles in allem wanderten mehr als 2,5 Millionen Menschen zu, ein Teil unmittelbar von jenseits des Bug und des Njemen, ein Teil auf dem Umweg über Deutschland, wohin man sie zur Zwangsarbeit verschleppt hatte. Manche meinen, dass die Transferbedingungen an der Wende zum Jahr 1946 für die polnischen Ansiedler aus dem Osten schlechter waren als für die deutschen (E. Męclewski). Auch wenn es an neueren Untersuchungen fehlt, die diese Behauptung bestätigen würden, hilft sie, die Fakten in ihrem historischen Kontext wahrzunehmen. Jedenfalls waren die meisten Reparations, wie man in Polen die Flüchtlinge aus dem Osten offiziell nannte, auf sich selbst gestellt, weil sie nicht nur mit ihren Gedanken im Osten geblieben waren und dort ihren Besitz zurückgelassen hatten, sondern dort bleiben auch viele Familienmitglieder, die von den Sowjets verschleppt worden waren. Über deren Schicksal erfuhren viele erst nach 1956, teilweise sogar erst nach 1989.

Besonders schlecht war der Zustand der Polen, die aus Wolhynien zuwanderten, wo es am Ende des Krieges zu einem wahren Blutbad gekommen war – dabei waren mindestens 80.000 Polen und nicht weniger als 30.000 Ukrainer gestorben. Mehr als 300.000 Polen suchten ihr Heil in der Flucht (W. und E. Siemaszko). Die Grausamkeit dieser Kämpfe, bei denen die polnische Seite bedingt durch die sowjetischen Deportationen die schwächere war, lässt sich nur im Kontext von Bürgerkriegen zwischen Völkern verstehen, die seit Jahrhundertern eng miteinander verbunden sind und gleichzeitig um jeden Fußbreit Landes rivalisieren. Die Ukraine war Polens

Irland, wo es zur Durchmischung nationaler, religiöser und sozialer Faktoren kam. Die Polen-Katholiken – übrigens meistens lokaler Herkunft, nur polonisiert – herrschten in der Ukraine, dominierten an Adelshöfen, in Städten und wohlhabenderen Dörfern. Die orthodoxen oder griechisch-unierten Ukrainer arbeiteten auf dem Feld. Die Juden vermittelten zwischen beiden. Während früherer antipolnischer Aufstände in der Ukraine, die sich seit der Mitte des 17. Jahrhunderts wie ein schwarzes Band durch die Geschichte ziehen, ermordete die benachteiligte ukrainische Bauernschaft zuerst Juden, denen man alle denkbaren Verbrechen vorwarf, unter anderem Wucher und Vergewaltigung. Dann traf es die polnischen Höfe, wo in der Regel die Juden Zuflucht gefunden hatten, denen die Flucht vor den Pogromen gelungen war. Unter „normalen“ Umständen endeten diese Aufstände mit einem polnischen Sieg, der dann häufig die Gestalt eines Pogroms an der „widerspenstigen“ Bauernschaft annahm. Das wiederum verstärkte deren Feindschaft gegenüber den reicheren und privilegierten Nachbarn und den mit ihnen zusammenarbeitenden Juden, was die Schraube gegenseitiger Vorbehalte und Feindseligkeiten anzog.

Im Zweiten Weltkrieg hatten die Nazis die Stimmung in der Ukraine gut erspürt und den Ukrainern vor Ort die Ermordung vieler Juden erlaubt – natürlich unter deutscher Aufsicht. Dann gestattete man ihnen, sich auf den nächsten ewigen Feind zu werfen – die Polen, die sich jedoch durch Flucht retteten. Ukrainische SS-Divisionen beteiligten sich an der Befriedung vieler mitteleuropäischer Städte, wo sie die schlechtesten Erinnerungen hinterließen. Auch an der neuen Grenze zwischen Polen und der UdSSR brachen hartnäckige und äußerst blutige Kämpfe aus, die erst 1947 mit der so genannten Aktion Weichsel, der Umsiedlung der polnischen Ukrainer in die neuen polnischen West- und Nordgebiete, endeten. Heute bekennen sich viele meiner Stettiner Studenten zu ihren ukrainischen Wurzeln, doch nur wenige halten ihre Beziehungen zur Ukraine aufrecht. Es lässt sich aber nicht abschließen, dass das Interesse an der ukrainischen Heimat in der nächsten, also der dritten Generation zurückkehrt.

Die ausgeblutete Ukraine blieb übrigens mit leeren Händen zurück. Hitler dachte nicht daran, ihr die Freiheit zu schenken,

und Stalin führte gewaltsame Säuberungen durch, die bald auch das kleinste Widerstandsnest ausräuerten. Ein Thema für sich bleibt die Frage nach der historischen Ohnmacht Polens in der Ukraine, die sich stark von der Situation in Litauen unterscheidet, das – bleiben wir bei britischen Vergleichen – an Schottland erinnert. Das Land wurde nämlich weitgehend polonisiert, behielt aber gleichzeitig fast bis zum Schluss seine staatlich-rechtliche Unabhängigkeit. Als sich nach dem Untergang der UdSSR der Ukraine wieder eine Chance auf die Unabhängigkeit bot, war Polen zum Glück der Aufgabe gewachsen und erkannte ohne Vorbedingungen und unnötige Umschweife deren Selbstständigkeit an. Als das itaische Parlament im März 1990, belagert von sowjetischen Panzern, über die Unabhängigkeit abgestimmt hatte, fehlte es zum Glück auch dort nicht an polnischer Unterstützung, obwohl Polen nicht sofort Litauens Selbstständigkeit anerkennen konnte, da es im Streit um die Grenze zu Deutschland von der UdSSR abhängig war und bis zur Unterzeichnung des deutsch-polnischen Grenzvertrages warten musste.

Der Mut, den Polen gegenüber der Ukraine aufbrachte, fehlte den Deutschen nach 1989, weil sie in dieser Frage lange manövrierten, was an der Wende zum Jahr 1990 zu einem tiefen Bruch in den deutsch-polnischen Beziehungen führte. Wie man Kanzler Kohls Herangehen an die Frage der deutsch-polnischen Grenze auch erklären möchte, bleibt es doch eine Tatsache, dass die Deutschen damals die Chance zu einer großen historischen Geste verpasst haben. Ihr damaliges Zögern lastet bis heute wie ein Schatten auf den deutsch-polnischen Beziehungen. Vielen Polen fehlt nämlich der Glaube daran, dass die Deutschen freiwillig auf ihre alten Ostgebiete verzichtet haben. Wenn man heute über die polnischen Bindungen zu den USA diskutiert, was angesichts der Traktate in Deutschland recht häufig und mit einer gewissen Verwunderung geschieht, darf man nicht das deutsche Zaudern an der Wende zum Jahr 1990 vergessen.

Die umgesiedelten Polen und Ukrainer fühlten sich lange Zeit an ihren neuen Wohnorten nicht wohl. Das zeigen die tatsächlichen Ergebnisse des gefälschten Referendums von 1946, bei dem sich

ungefähr drei Viertel der Gesellschaft gegen die Kommunisten aussprach. Unter den Umgesiedelten antwortete sogar die Mehrheit auf die Frage: „Willst du die Festlegung der polnischen Westgrenze an Oder und Neiße?“ mit Nein und fügte auf den Wahlzetteln die Namen von Städten im Osten zu – und das, obwohl alle wichtigen politischen Kräfte zu einer positiven Antwort aufgerufen hatten (M. Urbanek). Noch 1948 schrieb Zofia Kossak, was heute gewiss sehr naiv erscheint, die aus dem Osten vertriebenen Polen hätten sich „mit dem harten Urteil nicht abgefunden, sie wollten es nicht glauben, sondern hofften und warten...“¹⁴ Von einer völligen Integration polnischer Siedler ins neue Gebiet kann man erst seit den siebziger Jahren sprechen, seit dem Abschluss des Vertrages, der die Beziehungen zwischen Westdeutschland und Polen normalisierte, und seit Brandts berühmtem Kniefall vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Gettos. Noch langsamer verloren die Ukrainer in den polnischen West- und Nordgebieten ihre Wurzeln. In ihrem Falle wurde die Frage erst nach der Wende von 1989 gelöst. Viele polnische und ukrainische Umsiedler vereint das Gefühl, Unrecht erlitten zu haben, denn sie erhielten – anders als die deutschen Vertriebenen – von den verschiedenen polnischen Regierungen zumeist keinerlei materielle Entschädigung für den verlassenen Besitz jenseits der Ostgrenze. Das Problem beschäftigt bis heute das polnische Parlament und die Gerichte.

Nicht nur für die Deutschen dauerte das Inferno der Umsiedlungen nach dem Krieg an. 1945 befanden sich auf deutschem Gebiet ca. acht bis zehn Millionen „Displaced Persons“, vor allem Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aus der UdSSR, Polen, Frankreich, Jugoslawien und der Tschechoslowakei. Nicht alle hatten einen Platz, an den sie zurückkehren konnten, und vielen versperrte die Machtübernahme der Kommunisten in ganz Osteuropa den Weg nach Hause. Für viele, vor allem für die mit dem Reich verbündeten Ukrainer, aber auch für einige Russen – nicht nur aus der Wlassow-Armee –, kam eine Rückkehr dem Todesurteil gleich. So lebten noch 1947 in den verschiedenen Lagern und geschlossenen Sammelpunkten ungefähr eine Million Menschen. Viele von ihnen, die man schließlich zur Rückkehr in

die UdSSR zwingen wollte, begingen lieber Selbstmord, als in die Hände des sowjetischen Sicherheitsapparates zu fallen.

Seit 1945 führen die Züge, die polnische und ukrainische Ansiedler in den Westen brachten, an solchen vorbei, die deutsche Kriegsgefangene und Verschleppte in die entgegengesetzte Richtung transportierten. Es waren vermutlich mehr als drei Millionen. Die letzten kehrten erst nach Adenauers Moskaubesuch 1955 zurück. Ein Jahr später strömte die letzte größere Welle von Polen aus der UdSSR nach Polen.

*

Nach mehr als zwanzig Jahren Herrschaft verloren die beiden Reiter der Apokalypse – Hitler und Stalin – schließlich die Herrschaft über das Land. Hitler mordete schneller, organisierter, als habe er gewusst, dass ihm nur wenig Zeit bleibt. Deshalb wandte er als erster in der Geschichte eine industrielle Methode der Führung an und brach zum ersten Mal ein Tabu – er utillierte den Menschen, ja nutzte sogar Leichen. Der andere tötete langsamer, traditioneller, aber nicht weniger systematisch und bis zu seinem Lebensende, wobei er dabei auch die klimatischen Bedingungen im Osten seines Imperiums ausnutzte. Beide wurden über einen gewissen Zeitraum verehrt, obwohl sie anfänglich vor allem die „eigenen Leute“ trafen – Hitler nur leicht, weil er nicht stärker musste, während Stalin nie zwischen den „eigenen“ und den „anderen“ unterschied und sie gleichermaßen grausam behandelte. Hitler hatte sein „tausendjähriges“ Reich nach zwölf Jahren zu Grunde gerichtet und trat völlig unruhig in einem Meer von Schutt und Asche von der Bühne. Stalin war gerissener. Ihm gelang es, nach jahrzehntelanger Herrschaft eines natürlichen Todes zu sterben – und das sogar mit einer gewissen Gloriole. Viele rühmen ihn bis heute. Deshalb hatte er sicherlich auch mehr Nachhahmer.